D 1690 E
Offenbach Nr. 259 Dezember 1991
23. Jahrgang W: DM 6,—/O: DM 4,—

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

FREMDENHASS — AUSWURF DER MODERNE

Wilhelm Heitmeyer

Warum sich Jugendliche rechtsextrem orientieren

Nora Räthzel

Rassistisches Handeln als Rebellion

ISRAEL/PALÄSTINA

Amos Wollin / Mohssen Massarr

Doch noch Frieden in Nahost?

Th. Krischer / H.-D. Köhler

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Erstaunen darüber, daß die Zwillingsbrüder Rassismus und Nationalismus *immer noch* das politische Handeln bestimmen, führt am Kern des Problems vorbei. Letztlich gibt dieses Erstaunen nur die eigene Hilflosigkeit zu erkennen, die dem Versuch anhaftet, sie allein als Gespenster des 19. Jahrhunderts begreifen zu wollen. Wenn sie heute in zunehmendem Maße und an vielen Orten das Geschehen dominieren, dann muß dies unser Bild von gesellschaftlichen Zuständen verändern, die diese Denk- und Handlungsweisen neu hervorbringen. Der Zustand der Bundesrepublik läßt sich dabei an Hand des Versuchs von Verteidigern anschaulich machen, vor Gericht den Überfall auf ein Ferienheim von Kindern aus Tschernobyl als „entartete Vatertagsfeier" darzustellen — und damit zu glauben, dies könne zur Verteidigung des Überfalls dienen!

Dieser alltägliche Fremdenhaß als spezifischer Ausdruck unserer heutigen ‚zivilen' Gesellschaft ist Grund genug, dem Thema erneut einen Schwerpunkt zu widmen. S. Rheinfeldt gibt in seinem Beitrag einen Überblick über verschiedene Erklärungsvarianten und stellt die Frage, ob das rassistische Denken nicht als soziale Bewegung begriffen werden muß. W. Heitmeyer fragt nach den Erfahrungsmustern von Zeit und Geschichte, die bei der Entstehung von Rechtsradikalismus eine Rolle spielen und U. Brand kommentiert den Zusammenhang von ökologischer Angst und wachsender Fremdenfeindlichkeit. N. Räthzel analysiert den „alltäglichen Rassismus" als Versuch gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen, denen man ausgeliefert ist, handlungsfähig zu werden. Welche Konsequenzen es hat, wenn nationalistisches Denken zur Orientierung in sozialen Konflikten dient, wird nicht zuletzt im Bürgerkrieg in Jugoslawien deutlich. Damit und mit den Friedensbemühungen der EG beschäftigt sich der Kommentar von L. Lodovico. Außerdem dokumentiert die *links* einen Aufruf einer Reihe von Bürgerbewegungen und Parteien aus verschiedenen Teilstaaten und Regionen Jugoslawiens, die einen, vielleicht den letzten, Anlauf nehmen, den kriegswütigen nationalen Führern, ein auf Kompromiß zielendes übergreifendes Bündnis entgegenzustellen.

Ob es noch gelingen kann, dem auseinanderfallenden sowjetischen Imperium die *Balkanisierung* zu ersparen oder wenigstens ihre Folgen abzumildern, hängt u.a. vom Schicksal der Reformpolitik, von den neuen Machteliten, der weiteren Rolle Jelzins und der Armee ab. Diese und andere Fragen werden von Sovieticus und im Beitrag von Preobrashenskij analysiert.

Wenn nach 43 Jahren die verfeindeten Parteien im Nahen Osten wenigstens einmal an einem Tisch gesessen haben, so gibt dies sicherlich Anlaß zu Hoffnungen. Ob und inwieweit diese allerdings gerechtfertigt erscheinen, untersuchen M. Masserat und A. Wollin. Zur gleichen Zeit ist die israelische Gesellschaft tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt, mit denen sich der Beitrag von H.D. Köhler beschäftigt.

Nicht erst ein manifester Nationalismus, schon ein den nationalen Grenzen verhaftetes Denken kann den Abhängigkeiten und den Machtverhältnissen der sogenannten „Neuen Weltordnung" nicht gerecht werden. Am Beispiel des Sudan wird im Artikel von M. Duffield das Zusammenspiel von staatlicher Politik und Nicht-Regierungsorganisationen kritisch beleuchtet. Wenn sich die offizielle Entwicklungspolitik in den verschiedenen Formen so ziemlich restlos diskreditiert hat, dann hilft gleichzeitig auch die alte Revolutionsrhetorik nicht mehr weiter. Th. Krischer und H.D. Köhler schildern am Beispiel Kubas, wie die Parole „Sozialismus oder Tod" nicht nur an den Problemen des Landes mehr und mehr vorbeigeht und zur leeren Floskel verkommt, sondern auch bei uns die fällige Neubestimmung des Solidaritätsbegriffs verhindert.

Mit den kritischen, feministischen Nachfragen von S. Kontos an das Konzept der Zivilgesellschaft setzen wir die Diskussion um Demokratietheorie und um eine Neuorientierung linker Politik fort. In Zukunft wird es die nur schwer zu erfüllende Aufgabe sein, die Erfahrungen von Protestbewegungen der letzten Jahre mit einer Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im nationalen und internationalen Rahmen und mit den subjektiven Reaktionsformen zu vermitteln, die sich heute eben auch zunehmend in rassistischen und nationalistischen Denk- und Handlungsmustern äußern.

Trotz aller *Tragödien* des politischen Lebens: Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern, unseren Autorinnen und Autoren ein friedliches Weihnachten und einen guten Beginn im neuen Jahr.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Gerhard Krum, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, Carl-Wilhelm Macke, „Sovjeticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH
Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: Harald Goldhahn

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Januar-Ausgabe 1992 ist der 12.12.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Ludi Lodovico
Immer auf der falschen Seite
Zum Balkankrieg **5**

AKTUELL

Rolf Gössner
Eine historische Chance wird vertan
Das Elend mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz **6**

Catherine Samary
Serbien im Strudel des Krieges **8**

Kompromiß statt Krieg **10**

***links*-Interview**
Gemischt-nationales Forum als einzige Friedenschance **11**

Amos Wollin
Das Eis ist gebrochen
Zur Nahost-Konferenz in Madrid **12**

Mohssen Massarrat
Am seidenen Faden ...
... hängt der Friedensprozß im Nahen Osten **14**

HINTERGRUND

Holm-Detlev Köhler
Frieden bedeutet zuallererst eine Bedrohung.
Anmerkungen zur israelischen Gesellschaft **15**

Josef Esser
Das neue Deutschland — zwei Gesellschaften in einem Staat (Teil 2) **17**

THEMA: Fremdenhaß — Auswurf der Moderne

Wilhelm Heitmeyer
Der Verlust von Geschichtsbewußtsein.
Überlegungen zur Entwicklung rechtsextremistischer Orientierungen **21**

Nora Räthzel
Rebellierende Selbstunterwerfung
Ein Deutungsversuch über den alltäglichen Rassismus **24**

Sebastian Reinfeldt
Vom rassistischen Diskurs zur sozialen Bewegung **27**

Ulrich Brand
Ökologische Angst erzeugt Fremdenhaß **30**

Anton Maegerle
Muslimische Polit-Sekte auf dem Vormarsch **31**

INTERNATIONAL

Thomas Krischer / Holm-Detlev Köhler
Fidel-Macht plus Kraftstoff
Sozialismus in Kuba **32**

Nikolaj Preobrashenskij
Der nächste Zusammenstoß kommt bestimmt. Nur wann? **35**

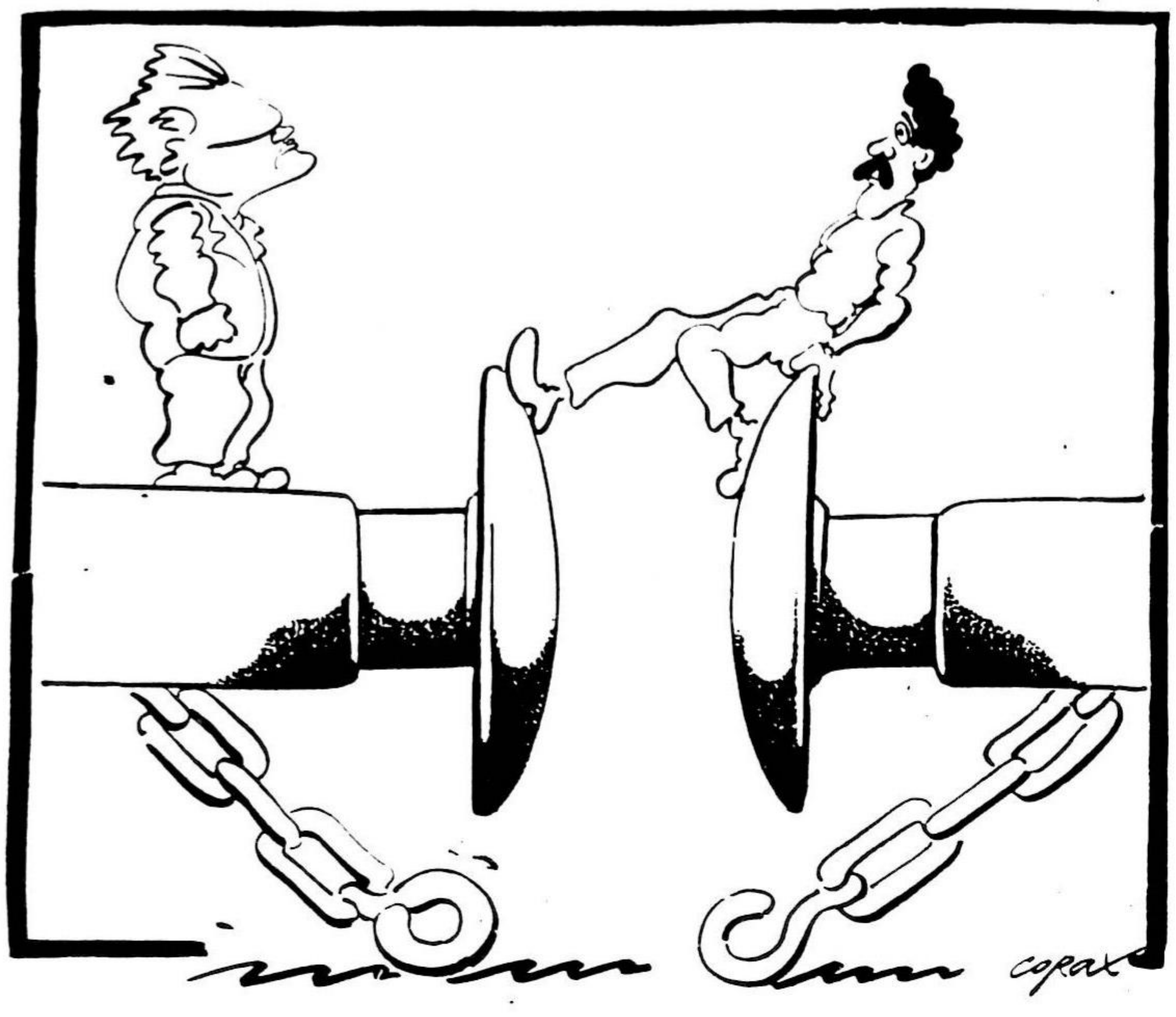
Mark Duffield
Funktionalisierung des Hungers
Reale Anpassungsstrategien und Hilfeleistungen in Sudan **38**

DOKUMENTATION

Silvia Kontos
Eine Strategie zur Entschärfung des Geschlechterkonflikts.
Anmerkungen zum Konzept der Zivilgesellschaft **40**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Lektüre **4**
Sovieticus
Der verlorene Sieg **20**
Termine **42**
Leserbrief **42**



Globale Revolution

Fast zwanzig Jahre nach der ersten Veröffentlichung (Die Grenzen des Wachstums, 1972) äußern sich die einhundert WissenschaftlerInnen des ,,Club of Rome'' in ihrem zwanzigsten Beitrag: Die globale Revolution (engl.: The First Global Revolution).

Was 1972 sicherlich erreicht wurde, war ein Aufrütteln und Anregung zum Nachdenken. Angesichts der Flut von Veröffentlichungen wird das mit diesem Bericht kaum mehr gelingen. Die Herangehensweise des Club — erstmals übrigens ein Bericht des ,,Club of Rome'' und nicht eine in Auftrag gegebene Studie an ihn — ist allemal interessant.

Auffällig ist die dramatische Realitätswahrnehmung der Autoren. Umweltzerstörung, Armut und Hunger, Rüstung und Kriege, staatliches Versagen, Institutionen, die Probleme nicht adäquat angehen, Überbevölkerung u.a. ,,Insgesamt wird die Menscheit heute (...) von der Größenordnung der Probleme, die von allen Seiten auf sie einstürzen, buchstäblich überwältigt.''

Der beschriebenen katastrophalen Realität folgt im Anschluß allerdings keine Analyse, wie es denn nun soweit kommen konnte. Dieser Mangel, Verdrängung, Leugnung oder wie die völlig unzureichende Ursachenanalyse interpretiert werden soll, hat weitreichende Konsequenzen für den weiteren Inhalt.

,,Die Weltproblematik'' — so ein vom Club geprägter Begriff — wird als Konglomerat untereinander verknüpfter Probleme gefaßt, die gemeinsam die Lage der Menschheit bestimmen. Eine zentrale These lautet, daß ,,wir uns im Entstehungsstadium einer neuen Weltgesellschaft befinden''.

Die Autoren haben eine klare Vorstellung davon, wer die handelnden Subjekte dieser globalen Revolution in Richtung neuer Weltgesellschaft sind: Wir sinds. Wir alle zusammen. Kategorien wie Herrschaft und Ausbeutung, Unterdrücker und Unterdrückte haben keine Bedeutung. Nach Profiteuren des status quo wird nicht gefragt. Am eklatantesten wird dies deutlich, wenn es um das Geschlechterverhältnis geht. Ganz auf der Linie des ,,Wir wollen doch eigentlich alle dasselbe'' wird die Unterdrückung von Frauen durch Männer in ihren verschiedenen Formen gar nicht erwähnt, Möglichkeiten zur Überwindung des Patriarchats nicht thematisiert (bei den siebzehn Autoren handelt es sich augenscheinlich um Männer).

Die Industriestaaten werden als monolithische Blöcke dargestellt, innerhalb derer es keine Interessenunterschiede und sozialen Kämpfe gibt. Die Devise lautet vielmehr ,,Versöhnung der Gegensätze''.

Auch bei der Untersuchung der Regierungssysteme gilt Konfrontation als out. Es gibt angesichts der schweren Aufgaben ,,triftige Gründe dafür, in Politik und Wirtschaft auf ein Umdenken in Richtung Konsensbildung hinzuwirken.''

Das Lieblingsthema der Club-Forscher ist wie gehabt die ,,Bevölkerungsexplosion''. Immer wieder wird betont, daß darin eine wesentliche Ursache für ungleiche Lebenschancen und Umweltzerstörung liegt. Das ist ja nicht verkehrt. Dennoch sollte auch nach den Gründen für die zunehmende Anzahl von Menschen gefragt werden.

Adäquat zur ,,Weltproblematik'' wird im zweiten Teil eine ,,Weltlösungsstrategie'' vorgestellt, wobei in drei Bereichen unverzüglich die Probleme angegangen werden sollen: Rüstung, globale Erwärmung und energie sowie in der Entwicklungspolitik. Die Mittel dazu sind Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Technik, Massenmedien. Eine gewisse Beliebigkeit läßt sich wohl schon aus dieser Aufzählung erkennen. Auffallend ist dabei die Technikgläubigkeit der Autoren. Voranzutreibende Technik wird dem Wohl aller dienen. Kernkraft inklusive. Unklar bleibt dabei, ob das westliche Zivilisationsmodell (an zwei Stellen wird das ,,japanische Modell'' gelobt) als Vorbild dienen soll oder gerade jenes grundlegend verändert werden muß. Soweit nur einige wesentliche Aspekte.

Die Funktion einer solchen Veröffentlichung — publikationsstrategisch sehr geschickt als ,,Spiegel Spezial'' mit einer Auflage von inzwischen 270 000 Stück veröffentlicht — ist ambivalent. Auf der einen Seite trägt die Darstellung der Probleme sicherlich zur Sensibilisierung und öffentlichen Diskussion bei. Angesprochen wird z.B., wenn auch nur am Rande, das Tabuthema materieller Konsumverzicht in den reichen Ländern. Positiv ist auch die Verbindung von ökologischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten. Andererseits wirkt die unzureichende Betrachtung der Ursachen, die fehlende Verbindung von Umweltzerstörung, Armut, Ausbeutung, Nationalismus, Identitätsverlust und anderes mit dem kapitalistischen Weltsystem, die Ausblendung des Patriarchats und die versuchte Vermittlung eines konfliktscheuen Wir-Gefühls verschleiernd. Insgesamt bleiben viele Punkte widersprüchlich.

Lesenswert ist der Bericht des ,,Club of Rome'' deshalb, weil darin der main-stream heutiger Problemwahrnehmung, Ansatzpunkte dringend notwendiger Veränderungen sowie deren Unzulänglichkeiten deutlich werden.

ULRICH BRAND

Spiegel Spezial:
Bericht des Club of Rome 1991
,,Die Globale Revolution''
Hrsg. vom Spiegel Verlag Rudolf Augstein, Hamburg Nr. 2/1991, DM 6,—

Spanien heute

,,Spanien heute'', d.h. sechzehn Jahre nach Francos Tod und kurz vor der Vollmitgliedschaft in der EG. Spanien hat in den letzten zwei Jahrzehnten den Weg beschritten, den die mittel-osteuropäischen Staaten jetzt verzweifelt einzuschlagen versuchen: zurück nach Europa. Bernecker/Oehrlein haben einen Sammelband herausgegeben, der einen breiten Überblick über das endlich modern gewordene Spanien gibt. Den Spanien-Kennern bietet er sicherlich nur in einigen Einzelbeiträgen neues, für alle anderen ist er interessant und nützlich.

Elf der achtzehn Einzelbeiträge beschäftigen sich mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation. Es bedarf einige synthetischer Leistungen, um ein zusammenhängendes Bild über die Ergebnisse der fast zehnjährigen sozialistischen Alleinregierung und der forcierten Westintegration zu bekommen. Das von H.-J. Puhle verfaßte Kapitel über die PSOE (Partido Socialista Obrero Espanol — Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) bringt eine Zusammenfassung der Wahlanalysen und internen Struktur der Partei, ihre politische Entwicklung spart es jedoch weitgehend aus. Diese muß man sich aus W. Langs Nachzeichnung der ökonomischen Entwicklung von der Krise der siebziger zur fragilen Erholung der achtziger Jahre, aus W.L. Berneckers Beitrag über die Gewerkschaften, die sich inklusive der sozialistischen UGT immer eindeutiger zur Regierungsopposition entwickelten und aus López Caseros Darstellung der sozialen Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik mit sozialistischem Antlitz rekonstruieren. Das starke regionale und soziale Wohlstandsgefälle, ,,die ständige Zunahme der sogenannten Problemgruppen'' und ,,der sozialen Ungleichheit'' bei einem hohen Dauerarbeitslosensockel bilden die Kehrseite der positiven Wachstumsziffern und des Lobs von IWF und EG für die restriktive Austeritätspolitik. Letzterer fiel auch die in den Jahren 1977-84 praktizierte ,,soziale Konzertation'' zum Opfer, da die Gewerkschaften in Legitimationsschwierigkeiten gegenüber ihrer immer unzufriedeneren Basis gerieten. Der liberale Politiker und Essayist J.L. Aranguren bringt die Situation treffend auf den Punkt: ,,Die Linke hat genauso regiert, wie die Rechte es gerne getan hätte. Das Ergebnis ist in doppelter Weise paradox: Zum einen hat die Linke aufgehört, links zu sein, und wegen der Krise der Kommunistischen Partei hat Spanien nunmehr überhaupt keine Linkspartei mehr. Zum anderen hat die Rechte keine politischen Inhalte mehr, keine raison d'être, seit die sogenannte Linke ihr Programm übernommen hat, und beschränkt sich lediglich auf lautstarke Rhetorik und Demagogie.''

Bei einigen Beiträgen werden wesentliche Faktoren vernachlässigt. So geht F. Aguero bei seiner allzu glatten Schilderung der Zivilisierung des rückständigen Militärs kaum auf die wichtige disziplinierende Rolle der militärischen Bedrohung in den Übergangsjahren ein. Die Regierungen waren zu ständigen Konzessionen und Balanceakten in den Geheimverhandlungen mit den Militärs gezwungen und weitergehende Reformforderungen der linken oder regionalistischen Gruppen konnten mit dem militärischen Argument zurückgewiesen werden. Bei P. Waldmanns Kapitel über das Baskenproblem wird zwar gut die Terrorstrategie der ETA gegen die eigene Bevölkerung aufgezeigt, es fehlt aber die andauernde Repression und Ignoranz der Zentralregierungen inklusive der sozialistischen gegenüber dem Baskenland.

Nicht erfüllt haben sich die Träume der spanischen Frauenbewegung nach mehr politischer und sozialer Partizipation. K.W. Kreis weist auf die nach wie vor marginale Rolle der Frauen im politischen- und Erwerbsleben hin.

HOLM-DETLEV KÖHLER

Walter L. Bernecker/Josef Oehrlein(Hg.)
Spanien heute: Politik — Wirtschaft — Kultur
Vervuert Verlag, Frankfurt a.M. 1991

LUDI LODOVICO

KOMMENTAR

Immer auf der falschen Seite

Zum Balkankrieg

Wer im aktuellen Krieg auf den Balkan glaubt, auf der richtigen Seite zu stehen, hat sich allemal schon vertan: er meint einzugreifen und wird nur verladen. Dieser Krieg löst kein Problem — so wenig wie der Golfkrieg: dort überlebte ein fürchterliches Regime, und ein ganz apartes wurde mit irrsinnigen Opfern an Menschenleben und Kosten restauriert. Zufrieden sind die Waffenfabrikanten in den Metropolen und die Waffenhändler überall. Den Balkan und die Konkursmasse aus der Sowjetunion nach dem Fähnchen-, Sprachen- und Uniformprinzip unter dem Biedermann-Motto „nationale Selbstbestimmung" zu reorganisieren, wird außer Bürgerkriegen nur ein sicheres Ergebnis hervorbringen: die UNO muß ihren Plenarsaal vergrößern: es ist nämlich ein Kinderspiel, aus dem Balkan und der ehemaligen Sowjetunion noch einmal so viele „Nationalstaaten" zu schneidern wie in New York schon vertreten sind. Allein die aus der alten Sowjetunion herstellbaren „Nationen" können — bei konsequenter Anwendung der „Prinzipien" — die Zahl der bestehenden UNO-Staaten leicht übertreffen. So um die zweihundert „Nationalstaaten" sind zwischen Kiew und Wladiwostok schon zu basteln.

Eine der wenigen Gewißheiten im Balkankrieg besteht darin, daß jede Seite immer schon die falsche ist, wie oft im Leben (im Gegensatz zu den forensischen und politischen Halb- und Kunstwelten, die sich notorisch für „die" Realität halten und immer wissen, was „richtig" bzw. „wahr" ist). Zumindest für jene, die sich nicht dem gemeingefährlichen Aberglauben hingeben, solche Konflikte seien mit vermeintlich realistischen Hausmittelchen aus dem Politikkoffer („militärische Gewalt", „Anerkennung", „nationale Selbstbestimmung", „Nationalstaat" etc.) oder den brutalen Rezepten von vorgestern („militärischer Gewalt", „Einheit", „Jugoslawien", „Großserbien") zu lösen. Weil Gewißheiten und solidaritätswürdige Konfliktteilnehmer gering sowie Lösungsmöglichkeiten kaum sichtbar sind, breiten sich Ohnmacht und Hilflosigkeit aus. Die EG-Bemühungen, die bezeichnenderweise von der Rechtspresse verspottet werden, erscheinen halbherzig. Aber was kann denn eine EG mehr tun, als die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu holen? Wogegen und wofür sollen Friedens- und andere oppositionelle soziale Bewegungen, soweit es sie noch gibt, eintreten? Ich weiß es nicht. Jenen lackierten Pfiffis allerdings, die aus dem Ausbleiben von Großdemonstrationen hämische Kommentare gegen die Friedensbewegung und andere oppositionelle Gruppen herausquetschen, kann man heimleuchten. Die Friedensbewegungen, die auf kleiner Stufenleiter übrigens alles andere als passiv sind, geben den falschen Adressaten ab für die billige Anmache. Friedensbewegungen sind — im großen und ganzen — rationale Bewegungen, nicht nationale, nationalstaatliche und nationalistische. Es bleibt Serbenfressern, der FAZ oder BILD und den von ihnen benebelten Köpfen freigestellt, für „ihre" Sache auf die Straße zu gehen. Die zeitgemäße Parole, die an das im Golfkrieg gepflegte Lieblingsspiel deutscher Intellektueller anschließt (wer macht heute auf Hitler, Stalin oder Pol Pot?), hat Reißmüller schon am 11.3.1991 ausgegeben: „Milosevic und sein Regime stehen Saddam Hussein näher als einem Stalin."

Die „Informations"-Politik ist auch in diesem Krieg ein Kapitel für sich. Wiederum prägt viel kriegslüsterne und ganz schlichte Propaganda, von der einen oder anderen Seite inspiriert, das Bild. Die kroatische Regierung richtet jetzt eine Zensurbehörde ein, um Westorientierung zu dokumentieren und auch einen Beitrag zu „neuen Weltordnung" zu leisten; die serbische Regierung führt nebenher schon lange einen medialen parolen-Krieg gegen den Rest der Welt (insbesondere Kohl und Genscher), und wie es in Slowenien um Presse und Pressefreiheit steht, seit Slowenien den „Slowenen" gehört, hat Peter Handke jüngst beschrieben.

„Frankfurter Rundschau" und FAZ publizierten am 14.11.1991 haarfscharf das gleiche dpa-Bild. Unterschrift in der „Rundschau" „Flammenmeer vor (!, Ludi Lodovico) Dubrovnik: Viele Geschosse waren am Dienstag unmittelbar vor (!, Ludi Lodovico) der historischen Altstadt eingeschlagen, hatten Hafengebäude und Schiffe in Brand gesetzt, Rauchwolken verfinsterten den Himmel". Bei der FAZ hat man den schärferen Durchblick — aus der Ferne: „Während Lord Carrington im Auftrag der EG abermals versucht, die Kriegsführenden zu mäßigen, steht Dubrovnik (! LL) in Flammen. Die Stadt (! LL) wurde bis zur Feuerpause am Mittwoch von der Volksarmee zu Lande, zu Wasser und aus der Luft angegriffen". Die Botschaft aus dem Vietnamkrieg, als die Medien die „Heimatfronten" in Europa und in den USA weich kochten mit harten Bildern und Informationen, ist in den Frankfurter Redaktionsköpfen angekommen; eine alte, aber erst im Golfkrieg voll systematisierte Lehre ist zur redaktionellen Prämisse geworden: Zensur oder cleared information, im Jargon postmoderner Gegenaufklärung: „Nachrichtensperre", ist eine „Sekundärwaffe" in den medial aufbereiteten Kriegen.

Wichtige Meldungen über diesen Krieg sucht man deshalb in vielen Blättern vergeblich, oder sie stehen irgendwo im „Kleingedruckten". Am 12.11. haben in der bosnischen Stadt Sarajewo 100000 Menschen unter dem Motto „Arbeit statt Krieg" demonstriert. Vier Regierungen in Bulgarien, Griechenland und „Jugoslawien" eröffnen den Kampf um die Seele des authentischen, also „nationalen" Mazedoniers: für die Regierungs-Bulgaren sind „alle Mazedonier Bulgaren", für die Regierungs-Serben sind sie mazedonische Jugoslawen, für die Regionalregierung in Skopje sind alle Mazedonier heimzuholen in ein „richtiges" Mazedonien und für die Regierungsgriechen gibt es in „Jugoslawien" gar keine „mazedonische Nation". Regierungs-Ungarn, Regierungs-Rumänien, Regierungs-Albaner und Regierungs-Türken haben sich noch nicht zu Wort gemeldet.

Beim Zerfall des türkischen Reiches wurden mit dem Frieden von 1913 Teile des heutigen Konflikts erzeugt: die „nationale" Territorialisierung macht dort jede Nachkriegszeit zur Vorkriegszeit und jeden Friedenschluß zum Ausgangspunkt für die nächste Kriegserklärung. Schließlich wenig bis nichts davon in der Tagespresse und in den Medien, daß von der BRD aus kleinere Hilfswerke und das „Komitee für Grundrechte und Demokratie" Medikamente für die Zivilbevölkerung auf den Weg geschickt haben. Die mediale Desinformation berieselt uns stattdessen täglich mit den gleichen nichtssagenden und nichtüberprüfbaren Scheinmeldungen unter den Chiffren „Vukovar", „historische Altstadt", „serbischer Block", „Okucani", „Blauhelme" etc.

In aller Ohnmacht und Bescheidenheit: Wie wäre es dagegen mit energischen Maßnahmen seitens der umliegenden Staaten und der EG, um Verhandlungen zu erzwingen: also mit einem Wirtschafts-, Finanz- und Energie-Embargo, vor allem aber mit einem umfassenden und gesicherten Waffenembargo, das „zu Lande, zu Wasser und aus der Luft" durchgesetzt wird. Warum gibt es keine Chancen für rationale Maßnahmen unterhalb des Geredes von „Intervention"? Sicher werden wir dagegen in einigen Monaten mehr darüber wissen, wer außer Israel noch bedient wurde aus der Konkursmasse der NVA in den letzten Monaten. Die Bundeswehr-Uniformen, die der Zoll jüngst beschlagnahmt hat, werden nicht die einzigen „Hilfs"-Lieferungen aus der BRD gewesen sein. ■

ROLF GÖSSNER

Eine historische Chance wird vertan

Das Elend mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz

Der Bundestag beschloß jetzt das Stasi-Akten-Gesetz. Alle Stasi-Opfer erhalten von Januar 1992 an Zugang zu den über sie angelegten Akten. Die Mehrzahl des Bündnis '90 und die PDS lehnten das Gesetz jedoch ab, weil es den Geheimdiensten zu umfassende Einsichtsrechte einräume.

Die Nichtaufarbeitung der Geschichte hat immer gesellschaftliche (Langzeit-)Folgen. Je problematischer diese Geschichte war, desto fataler auch die Folgen. Nicht zuletzt die individuelle und kollektive Verdrängung der NS-Zeit in der Bundesrepublik bestätigt diese Erkenntis.

Die DDR hat ihr vierzigjähriges Bestehen nicht lange überlebt. Die Chance einer eigenständigen demokratischen Entwicklung wurde frühzeitig vertan bzw. konnte nicht durchgesetzt werden — trotz (später) guter Ansätze wie etwa der Einrichtung des ,,Runden Tisches''. Hierfür gibt es viele Ursachen. Die DDR und ihre Funktionäre, aber vielmehr noch die DDR-Bevölkerung insgesamt und ihre oppositionellen Teile, die die ,,Wende'' erst herbeigeführt haben, finden sich im vereinten Deutschland als geschichtliche ,,Verlierer'' wieder. Diese schwer zu verkraftende individuelle und kollektive Niederlage respektive Zäsur fordert von allen Betroffenen eine differenzierte Aufarbeitung ihrer Geschichte — sowohl der positiven Ansätze, als auch insbesondere der menschenrechtswidrigen Strukturen und Methoden des DDR-Herrschaftssystems, das mitverantwortlich gemacht werden muß für die weltweite Diskreditierung des Sozialismus.

Diese bedeutende Aufgabe muß prinzipiell von allen ehemaligen DDR-Bürgern und —Bürgerinnen bewältigt werden und darf keinesfalls den gesamt-deutschen Gerichten und Geheimdiensten überlassen bleiben. Um eine solche kollektive und individuelle Aufarbeitung zu gewährleisten, müssen entsprechende klare rechtliche und politische Bedingungen geschaffen werden, die insbesondere auch von den Betroffenen akzeptiert werden können. Es steht ansonsten zu befürchten, daß staatliche Instanzen die ,,Aufarbeitung'' in ihrem vorrangigen Staatssicherheitsinteresse und im Sinne einer Abrechnung mit dem ,,Realsozialismus'' betreiben. Die Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte darf den Bürgern und Bürgerinnen der ehemaligen DDR, der politischen Opposition, die erst die Auflösung der Stasi ermöglichte — aber auch der Gesellschaft insgesamt — unter keinen Umständen (staatlich) ,,enteignet'' werden. Denn eine solche staatsferne, unabhängige Aufarbeitung ist notwendige Voraussetzung für eine wirklich demokratische Entwicklung im gesamten Deutschland.

Wie ist nun vor diesem Hintergrund das sogenannte Stasi-Unterlagen-Gesetz zu bewerten, das Anfang 1992 in Kraft treten soll?

Es geht bei dem anliegenden Gesetzesvorhaben um die Bewältigung einer gigantischen Menge an Stasi-Unterlagen, die aneinandergereiht eine Strecke von über zweihundert Kilometern ergeben: es geht um einen Staatssicherheitsapparat, der über mehr als 100 000 offizielle sowie 500 000 inoffizielle Mitarbeiter verfügte und der weite Teile der DDR-Gesellschaft flächendeckend mit geheimdienstlichen und geheimpolizeilichen Mitteln und Methoden durchdrungen hat. Und vor allem geht es um eine unbekannte Zahl von Betroffenen in Millionenhöhe (Stasi-Datensätze bzw. -Dossiers über schätzungsweise sechs Millionen Menschen), die zu den mittelbaren oder unmittelbaren Opfern dieses Apparates zählen und deren Lebensgeschichten von diesem nachhaltig geprägt und beeinträchtigt worden sind.

Das anvisierte Gesetzesvorhaben ist ein Novum in der Geschichte und von größter politischer Tragweite für die demokratische Entwicklung in diesem Land. Noch nie wurde der Umgang mit der Hinterlassenschaft eines Staatssicherheitsdienstes rechtlich mit der Intention geregelt,

- allen ehemals Betroffenen, also den Stasi-Opfern, ohne Angabe von Gründen Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen zu ermöglichen,
- ihnen damit den Weg zur persönlichen Aufarbeitung ihrer Lebensgeschichte sowie den Weg zur individuellen Rehabilitierung und Wiedergutmachung/Entschädigung für erlittenes Unrecht zu ebnen,
- die Feststellung der hauptamtlichen und inoffiziellen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten in diesem Zusammenhang zu ermöglichen,
- und darüber hinaus die wissenschaftliche, juristische, historische und politische Aufarbeitung zu gewährleisten und zu fördern.

Diese wesentlichen Grundlinien eines Stasi-Unterlagen-Gesetzes entsprechen auch den Intentionen der Bürgerbewegung, insbesondere den Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi. Allerdings werden diese Prinzipien durch den Gesetzentwurf von CDU/-CSU, FDP und SPD (Mehrheitsentwurf) stark in Mitleidenschaft gezogen: Mit einer Fülle von Einschränkungen und Regelungen werden letztlich vorrangig staatliche Interessen zulasten der Betroffenen befördert — Regelungen, die VertreterInnen der Bürgerbewegung als schwere Niederlage empfinden:

- So soll eine vollständige Erfassung und Archivierung der Stasi-Unterlagen dadurch verhindert werden, daß bestimmte Teile der Akten — teilweise ersatzlos — an den Bundesinnenminister bzw. die Sicherheitsorgane herausgegeben werden müssen; andere ,,gefährliche'' Teile werden in einen ,,Giftschrank'' des Sonderbeauftragten ausgesondert (,,gesonderte Verwahrung'') und damit

der öffentlichen Aufarbeitung und der Forschung weitgehend entzogen

● z.B. „Unterlagen mit technischen oder sonstigen fachlichen Anweisungen oder Beschreibungen über Einsatzmöglichkeiten von Mitteln und Methoden auf den Gebieten der Spionage, Spionageabwehr oder des Terrorismus". Solche Unterlagen sollen nur mit Einwilligung des Bundesinnenministers verwendet werden dürfen.

● Besonderen Wirbel verursacht hat in jüngster Zeit eine Regelung, die in der Öffentlichkeit zurecht als „Maulkorb für die Presse" gebrandmarkt wurde. Danach könnte die Veröffentlichung über ehemalige Stasi-Mitarbeiter in der Presse kriminalisiert werden (bis zu drei Jahren Gefängnis) — aber auch die wichtige Aufklärungsarbeit der Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi und bloße Mitteilungen der Opfer über ihre Fälle und über Stasi-Täter. Sämtliche Stasi-Unterlagen, die sich bei den Medien befinden bzw. dort eingehen, müßten dem Sonderbeauftragten ersatzlos (d.h. auch die Kopien) herausgegeben werden. Eine Welle von Durchsuchungen und Beschlagnahmungen könnte die Folge sein. Die Verwendung von Stasi-Informationen müßte vom Sonderbeauftragten zuvor genehmigt werden — praktisch eine verfassungswidrige Vorzensur in Reinkultur.

Der Sturm der Entrüstung, den insbesondere die Medien-Vereinigungen daraufhin entfachten, hat doch noch eine Überarbeitung dieser Gesetzespassage bewirkt. Allerdings mehr als eine Abmilderung scheint dabei nicht herauszukommen.

● Die Rechte der Stasi-Opfer auf Auskunft, Einsicht und Herausgabe ihrer Akten sollen stark eingeschränkt und vom dafür nötigen bürokratischen Aufwand abhängig gemacht werden.

● Das prinzipiell anvisierte Nachteilsverbot gegenüber Betroffenen und unbeteiligten Dritten wird mit dem neuesten Entwurf erheblich ausgehöhlt: Danach können auch gegen Stasi-Opfer allein aufgrund der von der Stasi gesammelten Informationen Strafverfahren eingeleitet werden. Damit könnten sie erneut belastet und erneut zu Opfern gemacht werden.

● Was die Überprüfung von Personen auf frühere Stasi-Mitarbeit anbelangt, so fehlt bis heute eine differenzierende, verbindliche Bewertung der jeweiligen Funktionen und Tätigkeiten für das MfS — das bedeutet: das Gesetzesvorhaben basiert mehr oder weniger auf einer vorweggenommenen Pauschalverurteilung jeglicher MfS-Mitarbeit, also auch solcher Tätigkeiten, die nach internationalem Standard zu den „legitimen" Tätigkeiten eines (geheim operierenden) Sicherheitsdienstes gehören, ob man diese im einzelnen für gutheißen mag oder nicht. Außerdem wäre zu berücksichtigen, daß es Fälle gab, in denen Stasi-Opfer in eine Täter-Rolle gepreßt wurden. Insofern müßten auch die konkreten Umstände und Motive, die zur Mitarbeit (und später evtl. zum Ausstieg führten sowie die Art der gelieferten Informationen Berücksichtigung finden — ohne dabei allerdings die Tatsache aus den Augen verlieren, daß alle Mitarbeiter zwar in unterschiedlicher Intensität, aber letztendlich doch objektiv und aktiv einem Unterdrückungsapparat dienten, der sich nachweislich gegen weite Teile der eigenen Bevölkerung richtete.

● Entgegen der Bestimmungen des Volkskammergesetzes, dessen Leitprinzipien laut Einigungsvertrag in ein Stasi-Unterlagen-Gesetz eingehen sollten, wird den Nachrichtendiensten der Zugriff auf beschränkte — aber kaum beschränkbare — Aktenteile zugestanden: so auf Akten aus den Bereichen Spionage, Spionageabwehr, „gewalttätiger Extremismus" und „Terrorismus". Abgesehen davon, daß Stasi-Unterlagen, gemessen an rechtsstaatlichen Verhältnissen, in zumeist rechtswidriger Weise zustandegekommen sind, müßte eigentlich eine solchermaßen eingeschränkte Verwendung von Stasi-Akten durch Geheimdienste auch aus folgendem Grund untersagt werden: In die Stasi-Unterlagen der Bereiche Spionage/Spionageabwehr und Terrorismusbekämpfung sind Angaben über eine Vielzahl von Betroffenen/Opfern und Dritte untrennbar von den Angaben zu MfS-Mitarbeitern eingeflossen. Außerdem hat das MfS die Begriffe Spionage und Terrorismus sehr weit definiert und nachweislich auf die Aktivitäten politisch unliebsamer Personen ausgedehnt.

Mit der geplanten Regelung würden die bundesdeutschen Geheimdienste „Verfassungsschutz", Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst die Stasi mit ihrer rechtsstaatswidrig zustande gekommenen Hinterlassenschaft letztlich — legalisiert — beerben. Demgegenüber ist meines Erachtens daran festzuhalten, daß der Zugang zu Stasi-Unterlagen und ihre Nutzung durch Geheimdienste prinzipiell ausgeschlossen wird. Es ist in Erinnerung zu rufen, daß es sich beim „Verfassungsschutz" und den anderen deutschen Nachrichtendiensten um Geheimdienste handelt, die klandestin und abgeschottet arbeiten und die deshalb, schon ihrem Wesen nach, kaum oder doch nur sehr schwer demokratisch zu kontrollieren sind — das hat die Vergangenheit immer wieder deutlich gezeigt. Geheimdienste, die als Schutz der Demokratie legitimiert werden, widersprechen — auch im Westen — ihrerseits selbst dem Prinzip der demokratischen Transparenz und der öffentlichen Kontrolle. Angesichts der Tatsache, daß Stasi-Akten unbekannten Umfangs bereits ohne rechtliche Grundlage, ja entgegen gültiger Rechtsvorschriften, an den „Verfassungsschutz" gelangten und damit auch Daten von Betroffenen, kommt diesem gesamten Problem noch besondere Bedeutung zu: Bereits nach dieser nicht gerade vertrauensbildenden Vorgehensweise erscheint zumindest der „Verfassungsschutz" als illegitimer Erbe der Stasi-Hinterlassenschaft. Die von der Stasi verfolgten Personen müssen befürchten, wiederum in Geheimdienstdateien registriert zu sein. Und ihre Befürchtungen bekommen Nahrung durch Regelungen, wie sie im interfraktionellen Mehrheitsentwurf vorgesehen sind und die wie der Versuch einer nachträglichen Legalisierung dieser illegalen Transfer-Praktiken erscheinen. Die Beförderung des „Verfassungsschutzes" zum Legal-Erben der Stasi-Hinterlassenschaft steht bevor. ■

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt und Publizist. Er war Sachverständiger in der Anhörung zum Stasi-Unterlagen-Gesetz vor dem Innenausschuß des Bundestages.

Hier wird ein Prozeß gestört: Der der kollektiven Verdrängung.

Terroristen & Richter

von Heinrich Hannover, Rolf Gössner und Margot Overath
3 Bände, zus. 980 Seiten, **Subskriptionspreis (bis** 31.12.1991 **) DM 110.-**

Heinrich Hannover
Terroristenjustiz
Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers
ca. 280 Seiten; DM 39,80
ISBN 3-87975-575-2

Im ersten Band rechnet Heinrich Hannover mit der Politischen Justiz der Bundesrepublik ab, der er als Strafverteidiger seit mehr als drei Jahrzehnten Gerechtigkeit abzutrotzen versucht.

Rolf Gössner
Das Anti-Terror-System
Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat
ca. 400 Seiten; DM 49,80
ISBN 3-87975-575-2

Rolf Gössner nimmt sich der Entwicklung des polizeilich-geheimdienstlichen-justiziellen Sonderrechtssystems und seiner gesellschaftlichen Funktionen an. Wen oder was schützen die Sicherheitsgesetze und wen bedrohen sie?

Margot Overath
Drachenzähne
Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz
ca. 300 Seiten; DM 39,80
ISBN 3-87975-577-9

Margot Overath hat zusammen mit Angeklagten, Verurteilten und deren Verteidigern die Geschichten einzelner Terroristenprozesse rekonstruiert.

DM 110,- für alle 3 Bände zusammen!
Subskriptionsbestellungen bitte bis 31.12.1991:
VSA-Verlag, Postfach 50 15 71, 2000 Hamburg 50

Heinrich Hannover · Rolf Gössner · Margot Overath
VSA
VSA-Verlag

CATHERINE SAMARY

Serbien im Strudel des Krieges

Alle Friedensvorschläge der EG werden von Serbien und Kroatien abgelehnt oder sabotiert. Und so tobt der Krieg zwischen beiden Republiken weiter. Ein ,,schmutziger'' Krieg, der die alte, lange eingekapselte und durch das wirtschaftliche Chaos noch virulenter gewordene Haßgeschwüre hat aufbrechen lassen und die einen wie die anderen zu unzähligen Grausamkeiten treibt. Die serbische Regierung, die das jugoslawische Staatspräsidium unter ihre Kontrolle gebracht hat, und die Bundesarmee kämpfen nunmehr um ein Großserbien. Doch was heißt das im Balkan? Was für einen Sinn können dort ethnische Grenzen haben?

Das auf den serbischen und montenegrinischen Block reduzierte jugoslawische Staatspräsidium hat die Einberufung der Reservisten mit ,,der emminenten Kriegsgefahr'' begründet. Daß es trotz der Kriegshysterie in Belgrad nicht zum Verbot einer Friedensdemonstration gekommen ist, dürfte wohl eher dem Zufall zu verdanken sein. An jenem 5. Oktober, als etwa dreitausend Personen, jene, die es immer noch wagen, ihre Meinung über den Beschluß von Dubrovnik zu sagen und mit Petitionen das Recht der Jugendlichen unterstützen, die in diesen Krieg nicht zu ziehen bereit sind, weilte nämlich ein Mitglied der alten Karadjorde-Dynastie in Belgrad. So demonstrierte die Regierung denn gern königliche Gelassenheit und ließ auch das kleine Häuflein demonstrieren. Dreitausend Demonstranten sind wenig, aber für die Zukunft könnten sie entscheidend werden, denn diese serbische Friedensbewegung hat damit begonnen, ihre Aktionen mit pazifistischen Gruppen in Bosnien-Herzegowina, Slowenien und Kroatien zu koordinieren. Sie könnte zu einer echten Verweigerungsfront anschwellen und damit der Äußerung pluralistischer Ansichten den Weg bahnen und ihrer Stimme gegen die von den amtlichen Medien geschürte Kriegspsychose Gehör verschaffen: In Belgrad ist die Zeitschrift ,,Vrema'' zum Hauptsammelort des Widerstands gegen den Krieg geworden. Anhänger eines Großserbiens finden sich auch in der Opposition gegen Slobodan Milosevic und gar in den Reihen der Antikriegsbewegung. Dies ist zum Beispiel der Fall für die Anhänger von Vuk Daskovic, Führer der serbischen Erneuerungsbewegung; diese streben zwar ein Großserbien an, wollen dies jedoch auf dem Verhandlungsweg erreichen. Über den Willen hinaus, sich als Opposition gegen Milosevic zu profilieren, widerspiegelt diese Haltung auch die Sorge um die Auswirkungen des Krieges und die Weigerung, eine Politik mitzutragen, die über kurz oder lang — wahrscheinlich ersteres — unter dem Vorwand, alle haben es auf Serbien abgesehen, fleißig an der Vertatsächlichung ihres propagandistischen Hirngespinstes strickt.

In den Belgrader Zeitungen ,,ist ohne Wenn und Aber immer nur von Befreiung usw. die Rede... und derart indoktriniert, gewinnt das Volk die Überzeugung, daß wir Serben dabei wären diesen Krieg zu gewinnen. Was für ein fürchterlicher Irrtum! Worauf dieser Krieg in Wahrheit hinsteuert ist die Zerstörung des serbischen Bewußtseins, alle bisherigen von Serben geführten Kriege seien gerecht gewesen und die Serben hätten sich immer ehrenhaft verhalten. Der Krieg, der da heute tobt, entbehrt alles Ehrenhaften'', sagt der für seine Denkmäler zu Ehren der Opfer des Zweiten Weltkrieges berühmte Architekt Bogdan Bogdanovic in einem Interview mit der im kroatischen Split erscheinenden Zeitschrift ,,Nedjeljn Dalmacijy'' vom 15. September 1991. Bogdan Bogdanovic war damals Partisan, außerdem ehemals Mitglied des Serbischen Bundes der Kommunisten, aus dem er ausgeschlossen wurde, als Slobodan Milosevic an die Macht kam.

Die Armee, die Regierung Milosevic und die sich auf die Tschetniks berufenden Gruppen haben sich alle für eine Trennung Serbiens von einem Kroatien entschieden, das sie ,,an sich'' als Bedrohung zu betrachten entschlossen sind.

,,Es ist offenkundig, daß wir uns in Serbien in Schrift wie in politischer Tat dafür

entschieden haben, daß alle Serben innerhalb eines einzigen Staates leben sollen. Natürlich möchten wir, daß dieser Staat Jugoslawien sei, in dem die Serben gemeinsam mit allen anderen Völkern Jugoslawiens leben, die dies wünschen", kann man in der Ausgabe der „Revue de politique internationale" vom 20. Juni 1991 lesen. Aber, so der Verfasser, der kein anderer als Slobodan Milosevic ist, sollte dieses Projekt scheitern, so müsse man die inneren Grenzen Jugoslawiens überdenken, damit die Serben sich in einem Staat wiederfinden. Dieses Überlegen neuer innerer Grenzen hat bereits eingesetzt ... dank der militärischen Überlegenheit Serbiens. Was denn nun? Historische Grenzen? Ethnische Grenzen? Oder vielleicht doch nur mehr strategische Interessen? Gibt es Grundsätze, von denen man sich bei der Neuvermessung des Landes Jugoslawien leiten lassen könnte?

Serben und Kroaten leben Haus an Haus

Ungefähr zwölf Prozent der Bevölkerung Kroatiens sind Serben. Aber etwa die Hälfte dieser halben Million Serben lebt in Kroatiens Großstädten. Weniger als die Hälfte lebt in Slawonien, in der Banja und in Krajina, in jenen Gebieten also, die ihre Autonomie ausgerufen haben. Nochmals: Die Mehrheit der in Kroatien lebenden Serben lebt in den Großstädten, Haus an Haus mit den Kroaten. Also brächte der Anschluß der autonomen Gebiete an Serbien nur die Hälfte aller dieser Serben heim nach Großserbien... Dann gibt es noch weitere „distinguos", denn Slawonien ist nicht gleich Banja und diese beiden sind wiederum nicht gleich Krajina. Keines dieser Gebiete hat je in der Geschichte zu Serbien gehört. Es haben sich in jene an das Habsburgische Reich grenzenden Gebiete im sechzehnten Jahrhundert orthodoxe Serben vor den ottomanischen Vergeltungsmaßnahmen geflüchtet.

Nach dem Ersten und ebenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich Serben aus Bosnien in Slawonien niedergelassen. Jene Neuankömmlinge wurden, erinnert sich Slawko, ein aus dieser Region stammender Kroate „in den Witzen der Alteingesessenen als Bauern, in der abfälligen Bedeutung des Wortes, behandelt, wenn auch ohne aggressiven Beiklang". Es handelte sich meist „um arme bosnische Bauern, denen man das Land der vertriebenen Deutschen geschenkt hatte. Die Deutschen galten als Fremde, die zugereisten Serben nicht."

Welches agitatorische Kapital immer die Politiker aus der Angst vor der Ustascha zu schlagen versuchen, es soll nicht übersehen werden, daß diese Angst bei den serbischen Dorfbewohnern real ist und mit ihre Erhebung erklärt. Der von den serbischen Medien verbreiteten Hysterie hat der Nationalismus Franjo Tudjmans ohne Zweifel in die Hand gearbeitet. So bezeichnete der ehemalige Partisan Tudjman den Ustascha-Staat als „Ausdruck des kroatischen Willens" und strich er in der kroatischen Verfassung vom Dezember 1990 jeden expliziten Hinweis auf die serbische Nation als Teil Kroatiens, während zudem jede Äußerung der Sorge über die Existenz kroatischer Ustascha-Gruppen unterblieb. Die nachträglich vom kroatischen Parlament verabschiedeten Verfassungsänderungen zugunsten der Serben wurden von diesen vielmehr als billige Geste zum internationalen Fenster hinaus denn als ernstgemeinte Verbeugung vor ihren eigenen legitimen Interessen gewertet. Trotzdem ist die Haltung der in Kroatien lebenden Serben alles andere als einhellig bejahend.

In der Banja dominieren in dem Gebiet Krodun ehemalige Partisanen. Der Bürgermeister von Vrginmost, Hauptstadt von Kordun, ist Dimitri Obradovic. Als Bezirkskommandant der Territorialwehr hat er aufs schärfste die in der von Milan Babic, dem Führer der Serben in Krajina, herausgegebenen Zeitung angeschlagenen Töne als „extrem kommunistisch in der politischen Option und scheinserbisch qua Nationalbewußtsein" angeprangert. Obradovic vertritt nach wie vor ein Zusammenwohnen der beiden Völker, was ihm den Vorwurf einhandelt, „die vollständige Lähmung des öffentlichen Lebens herbeizuführen" (so Srbske Novine, Milan Babics Zeitung). Es kommt einem Todesurteil gleich. In diesen nordwestlichen Gebieten Kroatiens stellen die Gesamtheit aller Serben weniger als zwanzig Prozent der Bevölkerung.

Dagegen ist das Gebiet Krajina mehrheitlich von Serben bewohnt (zu ca. sechzig Prozent). Serben flüchteten sich im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert vor den Ottomanen auf die Schwelle des Habsburger Reiches. Die Habsburger benutzten diese Serben als Wehrbauern gegen das benachbarte Reich und privilegierten sie, was zu Spannungen mit den Kroaten führte. Die von den Serben besiedelten Gebiete sind just das historische Kernland des kurzlebigen mittelalterlichen kroatischen Reiches. Also exakt das Pendant zum von Albanern bewohnten Kosovo, in dem die Wiege des mittelalterlichen Serbenreiches stand. Kein Sachverhalt entlarvt deutlicher die chauvinistische Propaganda der Regierung Milosevic: hier das historische Argument zur Begründung des Anspruchs auf Kosovo, dort das ethnische Argument zur Begründung des Anspruchs auf die Krajina.

Welches Jugoslawien besteht fort?

Was den Grundsatz betrifft, wonach alle Serben in ein und demselben Staat zu leben das Recht hätten, bemerkt der serbische Historiker Ivan Djuric: „Es würde, abgesehen von den unvermeidbaren Opfern, eine Situation herbeiführen, in der die Serben von Kroaten, Moslems (auch sie eine Ethnie) und Albanern umgeben wären, und, sofern man nicht völkerwanderungsähnliche Umsiedlungen erzwänge, in ihrem sogenannten ureigenen Staat nur vierzig Prozent der Bevölkerung stellten. Wir sind der Ansicht, daß keines der beiden Völker (kroatisch oder serbisch) in der Lage ist, die Frage seiner politischen Identität innerhalb eines national homogenen Staates zu lösen."

Diese Feststellung liefert natürlich das rationale Argument für den Fortbestand Jugoslawiens. Aber welches Jugoslawien? Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Völkern Jugoslawiens ist denkbar asymetrisch. Schon bei der Gründung des ersten jugoslawischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg verfügte einzig Serbien über einen eigenen Staat und eine eigene Armee. Serbien neigte denn auch dazu, sich als Prägeform des neuen Staatsgebildes zu sehen, als Bewahrer des emanzipatorischen Siegels für die anderen Völker, die sich unter seine Fittiche begaben. Eine solche Anschauung ließ nur eine zentralistische Konzeption des neuen Staates zu... und nur die Desillusionierung der anderen Völker, die sich nach 1918 für den Staat der Südslawen entschieden hatten. Die Konzeption der damaligen serbischen Karadjorde-Dynastie war recht eigenwillig eine jakobinische, eine Diktatur des guten Fortschrittswillens. Sie bekam auch den Serben schlecht, aber diese konnten zumindest die soziopolitische Wirklichkeit für ihr Schicksal verantwortlich machen, während für die übrigen Völker das Gefühl der kulturellen Unterdrückung hinzukam. Chauvinismen lassen sich nicht durch die zwangsverordnete Einheit überwinden; auch nicht durch die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung bestimmter Völker, wenn gleichzeitig dieses Recht anderen Völkern aberkannt bleibt.

Nationale Identität ist nicht eindeutig eingrenzbar

Der Nationbegriff ist nicht eindeutig definierbar, eine nationale Identität nicht eindeutig eingrenzbar. Stalin hat sich an der Quadratur dieses Kreises versucht; ohne Erfolg, wie man heute, da sich seine Fortschrittsquadraturen fürchterlich im Kreise drehen, feststellen kann. Nur sollte man redlicherweise im Auge behalten, daß die Kommunisten und Tito, anders als ihre Verteufler es heute darzustellen belieben, nicht die Urheber des antiserbischen oder genauer: des aserbischen Nationalismus sind. Ihr föderatives Projekt war hingegen ein redlicher Versuch, Nationen und Nationalismus nicht gegeneinander in Harnisch zu jagen, indem von der serbischen Hegemonie (nicht: die der Serben) der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen Abstand genommen wurde. Leider vermochte die Konstruktion es nicht, die albanische Frage zu regeln. Vor allem aber entzog Titos stalinistische Konzeption des Partei-Staates trotz eines halben Bru-

ches mit Stalin der Demokratie jeglichen Boden. Dies mußte den Nationalismen Nahrung geben, und zwar trotz oder vielmehr gerade wegen des Bannes, mit dem sie belegt wurden; mußte auch die Krise der sozialistischen Werte nähren, und bei dessen wirtschaftlichem Scheitern die Chauvinismen auswuchern lassen.

Souveräne Republiken als Grundlage einer neuen Union bedingt nicht notgedrungen die Schaffung von ethnisch homogenen ,,Reservatstaaten''. Bosnien-Herzegowina ist pluriethnisch (wer bedroht dort denn die dreißig Prozent Serben?). Und es ist nicht erwiesen, daß der Kampf gegen den kroatischen Chauvinismus die Gleichsetzung des kroatischen Staates mit dem Ustascha-Staat von Hitlers Gnaden rechtfertigt.

Milorad Pupovats, Gründungsmitglied des Verbandes für eine demokratische jugoslawische Initiative und der sozialdemokratischen Liga, Vorsitzender des demokratischen serbischen Forums in Kroatien, äußert sich wie folgt: ,,Jedes Volk muß seine Wünsche äußern können. Aber die Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und der Souveränität muß die freie Wahl sein. Der Unterschied zwischen den Albanern im Kosovo und den Serben in Kroatien liegt darin, daß sich erstere nicht freiwillig in Serbien und Jugoslawien integriert haben, während letztere freiwillig eine konstituierende Nation Jugoslawiens und Kroatiens sein wollten. Wenn die Albaner in verschiedenen Staaten leben sollten, so müssen ihnen auch die politischen und kulturellen Mittel, eine weitgehende terrritoriale Autonomie zugestanden werden, damit sie die Beziehungen zu den anderen Albanern ausbauen können (nicht nur zu denen in Albanien, sondern auch zu jenen in Mazedonien und Montenegro): internationale Institutionen könnten ihre Rechte schützen. Gleiches gilt für Serben und Kroaten. Es müssen in den Republiken zwei Weisen der Souveränität und der Vertretung existieren, denn man hat es gleichzeitig mit Gemeinwesen, mit ethnischen Gruppen und mit einem Bund von Staatsbürgern zu tun. Zur Zeit zeigen die Serben in Kroatien ein Janusgesicht: eins nach Zagreb und eins nach Belgrad gewandt. Die politische Kunst besteht darin, die allgemeine Physiognomie zu formen.''

,,Den Nationalismus einzuspannen'', sagt Marko Orsocic, der sehr beliebte in Bosnien lebende kroatische Franziskanermönch und entschiedener Verteidiger eines souveränen Bosnien-Herzegowina in einem jugoslawischen Kontext, ,,ist leicht. Nationalismus verlangt nicht, daß man denkt. Und fügt mit sanfter Stimme hinzu: ,,Dem Nationalismus genügt, wenn man ihn fühlt. Und da das Regime die Leute nicht zum Denken ermuntert hat... Man errichtet Barrieren zwischen Religionen und Sprachen, um Grenzen zu errichten und zu befestigen. Wenn aber die Rechte respektiert werden, werden es auch die Grenzen sein... und Grenzen werden weniger bedeuten.'' ■

Übersetzung: Bob Detobel
Aus: Le monde diplomatique, November 1991

Kompromiß statt Krieg

Kompromiß statt Krieg lautet die Losung des *Vorparlaments Jugoslawien* für die Beendigung des immer blutiger werdenden Konfliktes in weiten Teilen des Landes. Das *Vorparlament* wurde anfang dieses Jahres als Zusammenschluß von etwa dreißig bürgerlichen Parteien, Gruppen der Friedensbewegung, Bürgervereinen und unabhängigen Gewerkschaften aus dem gesamten Staatsgebiet Jugoslawiens gegründet und fungiert momentan als einzige Koordinationsstelle für Friedensgruppen aus allen Republiken, die sich über nationale Ausrichtung hinweg für die Lösung der lange schwelenden Krise des Landes einsetzen. Gerade in diesem Punkt unterscheiden sich die im Vorparlament vertretenen Gruppen von allen anderen nationalistisch geprägten Parteien in Jugoslawien. Wir dokumentieren hier den Unterstützeraufruf dieser Initiative.

Die gemeinsame Tätigkeit des *Vorparlaments* basiert auf zwei Grundprinzipien:

- 1. Einsatz für eine friedliche und demokratische Lösung der Krise Jugoslawiens;
- 2. Eintreten für den souveränen Bürger als Mittelpunkt des politischen Handelns.

Die momentane Situation in Jugoslawien ist gekennzeichnet durch die Stillegung und Blockade der Tätigkeiten der zivilen Bundesorgane, den Zusammenbruch des juristischen Systems, bedingt durch die Boykottpolitik der einzelnen Teilrepubliken und durch den Unwillen der nationalistischen Führer in eine funktionierende Kommunikation zwischen den einzelnen republikanischen Parlamenten und Regierungen zu treten. Um einen sofortigen Waffenstillstand und eine dauerhafte friedliche Lösung der Krise in Jugoslawien zu erreichen, ist dringend ein gemischtnationales, ziviles Forum für Jugoslawien notwendig, das in Zusammenarbeit mit Vertretern der EG und der KSZE handeln sollte. Dieses Forum hätte auch die demokratische Legitimation für die Festlegung minimaler gemeinsamer Funktionen des jugoslawischen Staates bis zu den weiteren Entscheidungen über die Zukunft Jugoslawiens.

Der erste Schritt in diese Richtung wurde durch das *Vorparlament* bereits geleistet: Nach dem Vorbild ähnlicher Institutionen in Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern wurde ein *Runder Tisch* als Gesprächsforum zwischen Regierung und Oppositionsgruppen in Jugoslawien eingerichtet, an dem Vertreter der Bundesregierung wie auch der der einzelnen Landesregierungen, Landesparlamenten und Landespäsidenten sowie Vertreter der in den Parlamenten vertretenen Parteien und die der außerparlamentarischen Opposition der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung und des *Vorparlaments* teilnehmen. Mit dieser Aktion konnte das *Vorparlament* bereits eines seiner wichtigsten Anliegen teilweise verwirklichen, nämlich die Verbreitung demokratischer Initiativen in Jugoslawien zu fördern.

Nach Ansicht des *Vorparlaments* sollte der *Runde Tisch* sich unverzüglich mit folgenden fünf kritischen Punkten auseinandersetzen:

- 1. Kontrolle aller bewaffneten Verbände;
- 2. Achtung der internationalen Konventionen;
- 3. Schutz des Bürgers als Angehöriger einer ethnischen Minderheit;
- 4. Verhinderung des drohenden wirtschaftlichen Kollaps und bevorstehenden sozialen Krieges;
- 5. Überprüfung von Status und Wirkung der Massenmedien

Abschließender Appell des Vorparlaments

Die dramatische Situation in der wir uns in Jugoslawien befinden, verlangt von allen Verantwortlichen sich frei zu machen von jeglicher Ideologie und nationaler Selbstherrlichkeit, Beamtenroutine und Gleichgültigkeit dem menschlichen Leid gegenüber. Von jedem verantwortlich denkenden Menschen in unserem Land ist nun gefordert, Mut zum bürgerlichen Ungehorsam zu zeigen und mit Wissen, Bedachtsamkeit und Kreativität mitzuhelfen, einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Sarajewo, den 31. August 1991
Vorparlament Jugoslawiens

Dem Vorparlament sind folgende Parteien und Gruppen angeschlossen:
Bürgerliches Forum Sarajewo und Zenica
Dalmatinische Aktion Split
Demokratisches Oppositionsforum Zagreb
Demokratische Partei Beograd
Europäische Bewegung für Arbeit, Gleichberechtigung und Solidarität
Frauenpartei Beograd
Forum für ethnische Verhältnisse Sarajewo und Zenica
Initiative Demokratisches Parlament Istriens
Liberale Partei Bosnien-Herzegowina
Liga der Sozialdemokraten Zagreb
Lokalverbände der UJDI (Verein demokratischer Initiativen Jugoslawiens) aus Sarajewo, Beograd, Novi Sad, Skopje, Mostar, Split, Ljubljana, Nis, Zagreb, Rijeka
Partei der Jugoslawen
Partei der Reformkräfte Kroatiens
Partei der Reformkräfte Serbiens
Serbisches Demokratisches Forum Zagreb
Unabhängige Gewerkschaft der Lehrtätigen Kroatiens
Vojvodanski Forum Novi Sad
Zentrum für Anti-Kriegs-Aktivitäten Beograd

Wir haben für die Unterstützung der Arbeit des ,,Vorparlaments'' ein Spendenkonto eingerichtet: Sparkasse Mainz, BLZ 550 501 20, Kto-Nr. 10 00 15 69 33, Kennwort: Friedensinitiative Vorparlament.
Informationen über: Kompromiß statt Krieg, Initiative Frieden für Jugoslawien, PF 2603, 6500 Mainz 1

Zur politischen Zusammensetzung des „Vorparlamentes“

Im Vorparlament haben sich sowohl politische Parteien als auch Bürgerbewegungen zusammengetan. Zum Beispiel die *Partei der Jugoslawen*, das ist eine Bürgerbewegung, die zwei Millionen Menschen vertritt, die sich als Jugoslawen verstehen. Das *Serbische Demokratische Forum Zagreb* ist auch keine Partei, sondern eine Koordinationsgruppe, die versucht, die Serben im kroatischen Teil von Kroatien und in den Gebieten der Krajina zusammenzubringen und einen Konsens zwischen den Serben innerhalb Kroatiens zu schaffen. Das *Forum Novi Sad* ist eine Bürgerbewegung, die für einen europäischen Regionalismus eintritt. Sie wollen die Nationalstaaten abschaffen und ein Jugoslawien der Regionen herstellen. Die *Liberale Partei Bosnien-Herzegowina* ist eine parlamentarische Partei, die man hier etwa mit den Grünen vergleichen könnte. Der *Verein demokratischer Initiativen Jugoslawiens* (UJDI) ist die erste Bürgerbewegung, die noch unter dem sozialistischen System — vor drei Jahren — gegründet worden ist. Ihr einziges Programm ist die Demokratisierung. Aus dieser Bürgerbewegung sind aber fast alle anderen oppositionellen Parteien und Gruppierungen hervorgegangen, inklusive des Vorparlaments. Die *Liga der Sozialdemokraten Zagreb* ist eine Partei linker Sozialdemokraten, die ebenfalls aus der UJDI hervorgegangen ist. Das *Demokratische Oppositionsforum Zagreb* ist eher ein Diskussionsforum von Intellektuellen, die nicht als Aktivisten unmittelbar in die Politik eingreifen wollen. Die *Initiative Demokratisches Parlament Istriens* und die *Dalmatinische Aktion Split* sind zwei Regionalparteien Kroatiens, die ebenfalls für eine Regionalisierung Kroatiens eintreten und sehr eng mit der *Liga der Sozialdemokraten Zagreb* zusammenarbeiten. Die *Demokratische Partei Belgrad* ist die zweitstärkste parlamentarische Oppositionspartei in Serbien und ist eine der FDP vergleichbare liberale Partei. Die *Frauenpartei Belgrad* hat das Zentrum für Anti-Kriegs-Aktivitäten gegründet und ist vor einem Jahr aus der Einsicht heraus entstanden, daß man eigentlich einen Gegenpol zu den ganzen nationalistischen, männlichen Parteien bilden muß. Die *Europäische Bewegung für Arbeit, Gleichberechtigung und Solidarität* und das *Bürgerliche Forum Sarajewo und Zenica* sind zwei bürgerliche Bewegungen aus Bosnien, die sich auch als Anti-Kriegsbewegung verstehen und die die ganzen Friedensinitiativen in Bosnien und Herzegowina unterstützen. Das Vorparlament funktioniert als ein Koordinationskomitee aller dieser Initiativen.

Gemischt-nationales Forum als einzige Friedenschance

Mit Zana Zuljevic und Lino Veljak führte Helga Haas-Rietschel ein Interview über die konkreten Handlungsmöglichkeiten der Initiative „das Vorparlament“:

Wie groß ist eigentlich die Unterstützung des Vorparlamentes innerhalb Jugoslawiens?

Lino Veljak: Bei den Gruppen und Initiativen in Kroatien gab es nach einer Meinungsumfrage vor zwei Monaten zwischen fünfzehn und zwanzig Prozent Unterstützung bei der kroatischen Bevölkerung. Leider hat die letzte Meinungsumfrage gezeigt, daß es nur noch zwei Prozent Unterstützung dort gibt. Eine Erklärungsmöglichkeit dafür ist, daß die Leute in einer Kriegssituation Angst haben, sich zu „verräterischen“ Parteien und Initiativen zu bekennen, oder aber daß es der kroatischen Regierung gelungen ist, die Bürger in Anbetracht des Krieges stark national zu homogenisieren.

Wie sieht es mit der Unterstützung in Serbien aus?

Zana Zuljevic: Hier kannst Du davon ausgehen, daß nur fünfzehn Prozent den Krieg unterstützen, also fünfundachtzig Prozent hinter den Friedensinitiativen stehen, was aber in der deutschen Presse völlig anders dargestellt wird. Und in Bosnien-Herzegowina sind mindestens fünfzig Prozent gegen diesen Krieg.

Welche konkreten Aktivitäten gehen denn von der Initiative ***Das Vorparlament*** *aus?*

Zuljevic: Also die konkreten Handlungsinitiativen sehen so aus, daß das Vorparlament zunächst viele Demonstrationen organisiert, die letzte war vor kurzem in Sarajewo mit zehntausend Menschen auf der Straße. Dann werden regelmäßig Diskussionsabende veranstaltet zu den fünf „Kritischen Punkten“ in unserem Aufruf „Kompromiß statt Krieg“ (s. S. 10, Anm. d. Red.). Die Initiative gibt auch eine Zeitschrift heraus — zweimal im Monat, sie heißt „Die Republik“, dort werden zu den obengenannten „fünf Punkten“ Vorschläge unterbreitet und außerdem Texte der Friedensbewegung publiziert. Sie haben auch einen eigenen Fernsehsender, der alle paar Minuten, wo er empfangen werden kann, für den Frieden Propaganda betreibt.

Veljak: Man sollte noch erwähnen, daß die Leute aus der „Vorparlaments-Initiative“ ständige Kontakte mit Carrington und van ten Brook und zu den wichtigsten Botschaftern in Belgrad haben, insbesondere zum amerikanischen Botschafter, der persönlich auch diese Initiative unterstützt.

Ihr habt in Eurem Appell als Forderung erhoben, ein gemischt-nationales ziviles Forum für den jugoslawischen Staat zu schaffen. Nun ist der jugoslawische Staat aber einem Zerfallsprozeß ausgesetzt, wird da nicht von etwas ausgegangen, was es eigentlich gar nicht mehr gibt?

Zuljevic: Zum einen: Wie auch immer dieser Krieg ausgeht, der ja wegen nationaler Streitigkeiten begann, müssen trotzdem die Nationalitäten, die zur Zeit in Jugoslawien leben, auch weiter zusammenleben. Das heißt also Serben und Kroaten müssen in einer friedlichen Weise ihren Konflikt beenden, weil ihre Gebiete immer aneinandergrenzen werden. Zum anderen: Dieser Krieg bedroht nicht nur zwei Nationalitäten — Serben und Kroaten — sondern droht sich auch auf andere Teile auch auszuweiten, d.h. es werden auch Albaner, Montenegriner, Mazedonier und andere darin involviert werden. Für eine friedliche Lösung ist es deshalb unerläßlich, ein solches gemischt-nationales Forum zu schaffen.

Du sagst, Jugoslawien gibt es gar nicht mehr. Das Problem ist aber, daß Jugoslawien gar nicht auseinandergegangen ist. Man hat zwar versucht mit Gewalt den Staat auseinanderzubrechen, aber man hat sich nicht per Vertrag geeinigt und Unabhängigkeitserklärungen vereinbart. Solange es diesen Krieg gibt, wird genau dies verhindert werden. Das bedeutet, man muß eigentlich mit allen Nationalitäten verhandeln, nicht darüber, ob es ein neues Jugoslawien gibt, sondern wie dieses alte Jugoslawien überwunden werden könnte. Zumindest besteht die Notwendigkeit, daß die Republiken sich untereinander wirtschaftlich verbinden, weil sie ökonomisch voneinander zu sehr abhängig sind, sogar Slowenien und Kroatien. Ein gemischt-nationales Forum wäre praktisch die einzige Möglichkeit um alle zufriedenzustellen, weil sie alle gleichberechtigt daran teilhaben könnte.

Wie könnte denn eine friedliche Lösung, die eine Demokratisierung erst ermöglicht, überhaupt aussehen?

Veljak: Als erster Schritt für eine Normalisierung wäre es denkbar, daß man in diesen Gebieten, wo heute zwischen Serben und Kroaten erbittert gekämpft wird, ein internationales Protektorat schafft und dort UNO-Friedenstruppen stationiert. Und nach fünfzehn Jahren etwa könnte man dann demokratisch entscheiden, wohin diese Gebiete schließlich gehören, ob nach Kroatien, ob nach Serbien. Aber auf jeden Fall wäre jetzt der entscheidende Schritt, daß UN-Truppen sich sozusagen zwischen serbische und kroatische Einheiten als Pufferzone schieben.

AMOS WOLLIN

Das Eis ist gebrochen

Zur Nahost-Konferenz in Madrid

Auf der nun endlich stattgefundenen Nahost-Konferenz in Madrid hatten die ersten amtlichen und direkten Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern für eine friedliche, politische Lösung ihren Anfang genommen. Vor allem die Palästinenser haben hier ihre Chance erfolgreich genutzt. Den palästinensischen Delegierten wurde bei ihrer Rückkehr in ihre besetzte Heimat ein begeisterter Empfang bereitet.

Dem zweiundsiebzigjährigen Arzt aus Gaza, Mitbegründer der PLO vor dreißig Jahren und Leiter des ,,Roten Halbmonds", der in Madrid den Vorsitz seiner Delegation führte, konnte man nur schwer einen Weg durch die jubelnde Menge zu seinem Wohnhaus im Rimal-Viertel bahnen. Dr. Heidar Abdel Schafi, sichtlich sehr ergriffen, erhob die Arme und machte beschwichtigende Handbewegungen: ,,Die Freude ist verfrüht. Der Weg der vor uns liegt ist schwer und lang. Bei den Verhandlungen wird es große Hindernisse geben, die wir überwinden müssen."

Besonders im Zug der Golfkrise waren die Palästinenser und ihre Probleme nicht nur vergessen, sondern zu Prügelknaben der ,,öffentlichen Meinung" geworden. Gleichzeitig hatten die Palästinenser eine Reihe traumatischer Erlebnisse mit verheerenden Folgen für die sowieso schon schwer erträglichen wirtschaftlichen und sozialen Zustände in den Flüchtlingslagern des Gazastreifens und den Dörfern und Städten am Jordan-Westufer. Durch Golfkrise und -krieg gingen die Hilfsüberweisungen von Familienmitgliedern und Organisationen in den ölreichen Golfländern verloren. Tausende Palästinenser mußten ihre Arbeit dort aufgeben und wurden selbst zu Flüchtlingen. Mit dem Verlust aller politisch/moralischen Stützen, der dann noch die Massenabwanderung von Juden aus der Sowjetunion nach Israel folgte (nachdem die Auswanderungs-Alternativen im Einverständnis mit Washington drastisch eingeschränkt worden waren), hatte die ,,nationale Moral" der Palästinenser ihren Tiefpunkt erreicht. Die Schamir-Regierung verdoppelte und verdreifachte das Siedlungstempo insbesondere am Jordan-Westufer, und die sich durch Einwanderung verändernden demographischen Verhältnisse ließen den Ministerpräsidenten verkünden: ein großes Volk braucht auch ein großes Land. Gemeint ist Großisrael inklusive der besetzten Gebiete.

Unter Ausnutzung der Schwäche und Isolation, sowohl der PLO ,,draußen" als auch der Palästinenser unter der Besatzungsmacht, konnten Washington und Jerusalem die Bedingungen, unter denen die Beteiligung von Palästinensern an einem von Bush und Baker vorgeschlagenen politischen Verhandlungsprozeß zur Befreiung des Nahen Ostens gestattet werden sollte, diktieren: Keine Vertretung der PLO selbst, keine Vertretung der palästinensischen Diaspora, keine Vertretung der Ostjerusalemer Palästinenser, und ganz allgemein: keine Person, die Israel am Verhandlungstisch nicht sehen will; eine Vertretung der ,,arabischen BewohnerInnen von Judea, Samaria und dem Gazastreifen" wurde lediglich im Rahmen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation akzeptiert, wobei die bilateralen Verhandlungen zwischen Israel und dieser Delegation ausschließlich über lokale Selbstverwaltung der Palästinenser unter andauernder israelischer Herrschaft für die Dauer von mindestens fünf Jahren geführt werden dürfen. In dieser Zwischenphase kommt die Frage der Zukunft Jerusalems nicht auf den Verhandlungstisch. Im Voraus eliminiert ist die Möglichkeit eines eigenen palästinensischen Staatswesens westlich des Jordanflusses, und das gilt auch für die zweite Verhandlungsperiode, die nach drei Jahren ,,Autonomie" beginnen soll, um eine definitive Lösung festzulegen. Das bedeutet ein Präliminarverbot der nationalen Selbstbestimmung für Palästinenser in irgendeinem Teil des eigenen Heimatlandes. (Dies ist nur eine unvollständige Liste der Vorbedingungen und Restriktionen.)

Palästinenser, die in Jerusalem mit dem amerikanischen Außenminister verhandelten, standen also vor dem Dilemma: Spielverderber und ,,Friedensverweigerer" zu sein; oder sich den vorgeschriebenen Kapitulationsbedingungen für die Konferenzbeteiligung zu beugen, um die Gelegenheit nicht zu versäumen: einsteigen oder mitfahren, weil der Autobus nicht wieder vorbeikommt, wie Außenminsiter Baker drohte. Die Entscheidung war weiter erschwert durch den Umstand, daß sich Israel weigerte ,,Gesten des guten Willens" zu zeigen, wie Freilassung politischer Gefangener aus der Administrativhaft, und vor allem: Unterbrechung des intensiven Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten. Zudem war Israel auch nicht bereit, die eigene Beteiligung an der Konferenz aufgrund der allgemein akzeptierten Interpretation der Sicherheitsratsresolution 242 (reduziert auf die Formel *Land für Frieden* oder: Rückgabe eroberten Landes bei Friedensschluß) zuzusagen. Während die Palästinenser also gewungen waren im Vorfeld der Konferenz auf ihre nationalen Aspirationen zu verzichten, hatte Israel darauf bestanden, alle Prärogative

der Besatzungsmacht für sich weiterhin geltend zu machen, einschließlich der Aufrechterhaltung des territorialen status quo.

Trotz des breiten Widerstandes bei der Bevölkerung, war die PLO-Führung in Tunis und die Mehrheit der Führungsschicht in den besetzten Gebieten schließlich entschlossen, an der Madrider Konferenz teilzunehmen. Im Grunde blieb auch keine andere Wahl. Obgleich sie bei der Anreise nach Madrid so sehr im Hintertreffen waren, kehrten die Palästinenser mit dem Gefühl in ihre Heimat zurück, einen wichtigen Erfolg errungen zu haben. Trotz aller Rückschläge, trotz der großen Zweifel in den eigenen Reihen und trotz des Widerstands der Opposition in den besetzten Gebieten, haben die Palästinenser die erste Gelegenheit, die sich ihnen bot, um direkte Verhandlungen mit dem amtlichen Israel zu führen, erfolgreich genutzt. Die riskante Aufgabe, die sie sich selbst stellten, haben sie mit achtungsgebietender Würde und bewundernswertem Takt erfüllt. Nach langer Zeit stand die ,,palästinensische Sache'' im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit und hätte nicht besser vertreten werden können als durch die Person und Stimme des Dr. Haidar Abdel Schafi.

Auch die israelischen Zeitungen mußten zugeben, daß das würdige, pragmatische Auftreten der Palästinenser-Delegation im Zentrum des Interesses der Konferenzteilnehmer und des Heers der Journalisten stand, und daß die Reden des Delegationsleiters allgemein einen positiveren Eindruck machten, als die Ansprachen des israelischen Ministerpräsidenten, der zwar Friedenswillen bekundete, aber gleichzeitig das ganze Land für Israel allein beanspruchte.

Jahrzehntelang haben es die israelischen Führer strikt abgelehnt mit den Vertretern des palästinensischen Volkes über die gemeinsame Zukunft zu verhandeln, und das galt für die Arbeiterparei (seit Ben Gurion) ebenso wie für den Likud. Auch jetzt konnte Schamirs Regierung nur mit großen Schwierigkeiten von James Baker überredet werden mit den authentischen Vertretern der Palästinenser am gleichen Tisch zu sitzen,- und auch das nur mit vielen Vorbehalten und Vorbedingungen die Schamirs Gesprächpartner erfüllen mußten, um mit einer Regierunsvertretung Israels reden zu dürfen.

Obgleich Zusammenkünfte mit PLO-Vertretern noch mit drei Jahren Gefängnis strafbar sind, und amtlich noch immer behauptet wird, daß man keinesfalls mit der PLO verhandeln wird, weiß heute jedes Kind in Israel, daß Schamirs Verhandlungspartner mit der PLO identisch sind.

Nach Madrid kann niemand mehr in Israel an den alten amtlichen Formeln festhalten, daß a) keiner vorhanden ist, mit dem Israel verhandeln kann, und b) mit der PLO lediglich durch die Gewehrläufe und Kanonenrohre zu ,,reden'' ist. Die palästinensische Delegation hielt sich an die von Israel geforderte Regel, daß sie sich bei den Verhandlungen nicht als PLO-identisch deklarieren darf. In Wirklichkeit machte sie aber nie einen Hehl aus den permanenten direkten Kontakten mit den offiziellen PLO-Führern, die zum Teil in Madrid anwesend waren. Jedenfalls wurde in Madrid das Eis gebrochen: die ersten amtlichen und direkten Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern für eine friedliche, politische Lösung hatten ihren Anfang genommen, — eine Sache, die nicht wieder ,,zurückgenommen'' werden kann. Und das ist *einstweilen* das wichtigste Resultat der Konferenz in Madrid.

▶ Palästinenser mußten Konzessionen machen ◀

Für die radikale Opposition bei den Palästinensern in den besetzten Gebieten war es nicht akzeptabel, daß die Delegation in Madrid die von Israel und Amerika vorgeschriebene ,,Autonomie'', die fünf Jahre in Kraft bleiben soll, als Zwischenlösung akzeptiert hat, die — wie palästinensische Kritiker befürchten — leicht auch zur endgültigen ,,Lösung'' werden kann, weil Israel die besetzten und besiedelten Gebiete für sich behalten will. Auch die im Vorfeld bestehende Akzeptanz einer Konföderation mit Jordanien ist nach Ansicht der radikalen Palästinensern nicht im Sinne bestehender Entscheidungen des PNC (palästinensischen Parlaments). In den von Amerika und Israel aufgezwungenen Bedingungen, die als Grundlage der Beteiligung der Palästinenser Delegation an den Konferenz in Madrid galten, gibt es zahlreiche, die mit den Beschlüssen des palästinensischen Nationalrats nicht vereinbart werden können. Die Annahme solcher Bedingungen stellt (nach Ansicht der Kritiker) eine Kapitulation dar.

Kein Zweifel, die Palästinenser mußten demütigende Konzessionen machen und sich einer Reihe, im Prinzip nicht akzeptabler Diktate unterwerfen. Zum Beispiel alle Fragen die Jerusalem betreffen, dürfen laut israelisch-amerikanischer ,,Vorschriften'' erst in späteren Verhandlungsphasen, das heißt praktisch nach drei Jahren auf die Tagesordnung gesetzt und durch ostjerusalemer Vertreter in der Delegation repräsentiert werden. Deshalb war der Entschluß nach Madrid zu fahren besonders schwer — umsomehr noch als Israel nicht bereit war (und ist), die *Land-für-Frieden*-Formel nach Beginn der bilateralen Verhandlungen modifizieren wird, das heißt Israel wird die konventionelle Leseart der Resolutionen 242/338 dann respektieren.

Besonders Journalisten und die führenden Palästinenser waren überzeugt von der Ehrlichkeit Washingtons und dem wirklichen Bemühen des Bush-Baker-Teams, eine politische Lösung durchzusetzen. Ohne dieses Vertrauen, und ohne die monatelangen intensiven Anstrengungen des amerikanischen Außenministers wäre ''Madrid'' nicht zustandegekommen. Ob die historische Konferenz im Laufe der Jahre und in langwierigen Verhandlungen tatsächlich *den* Frieden bringt, den die Architekten dieses Unternehmens beabsichtigen, und den die Völker der Region so notwendig brauchen (und das ist nicht notwendigerweise die gleiche Sache), kann jetzt nicht vorausgesagt werden. Vor allem weil es sich um ein so langfristiges Projekt handelt, mit einer so großen Zahl unbekannter Faktoren.

Die Euphorie in den besetzten Gebieten wird nicht von langer Dauer sein. Es werden Zeiten der Ernüchterung und der Enttäuschung folgen. Die Palästinenser müssen auch lernen mit den *ups and downs* zu leben, ohne zwischen totaler Niedergeschlagenheit und übermäßigen Hoffnungen hin- und herzupendeln. Politischer Realismus muß eingeübt werden. Zwischen Demonstrationen mit Steinen und Ölzweigen muß das ,,richtige Maß'' gefunden werden. Eine Politisierung der Menschen in den besetzten Gebieten — die besonders schwierig ist, weil die Besatzer das politische Leben dort total verboten haben — ist jetzt eine dringende Notwendigkeit.

Die Aufgabe der israelischen Friedensbewegung wäre jetzt vor allem eine Solidarisierung mit der nationalen Befreiungsbewegung der Palästinenser, die gleichzeitig auch ihre Friedensbewegung ist. Ebenso wäre an die israelische Regierung die Forderung zu richten, die Demokratisierung des politischen Lebens in den besetzten Gebieten zu ermöglichen sowie auch Schritte zur Herstellung des gegenseitigen Vertrauens einzuleiten. ■

MOHSSEN MASSARRAT

Am seidenen Faden ...

... hängt der Friedensprozeß im Nahen Osten

Der Ost-West-Gegensatz ist zusammengebrochen; Stellvertreterkriege gehen überall zu Ende, so in Äthopien, Angola, Mosambik, Kambodscha — vielleicht demnächst auch in Afghanistan. Die Madrider Nahost-Friedenskonferenz schließt sich diesem weltweiten Prozeß der Lösung von regionalen Konflikten an, aber nur chronologisch.

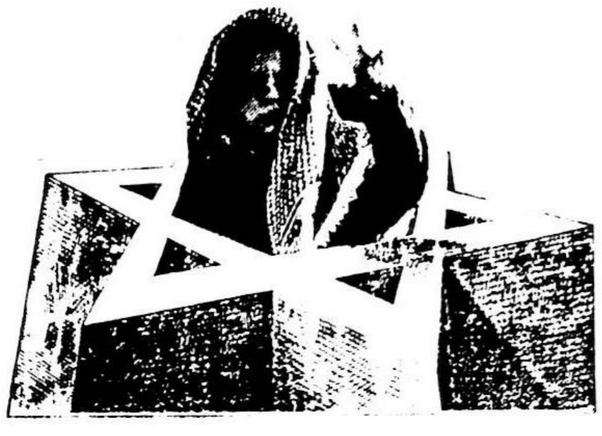
Der Nahost-Konflikt ist nicht das Produkt des systembedingten Ost-West-Gegensatzes. Vor Jahrzehnten haben zionistische Juden die Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben und auf palästinensischem Boden den Staat Israel gegründet. Die Palästinenser begannen, sich gegen dieses Unrecht und gegen ihre Erniedrigung zu wehren, zunächst durch hilflose Kriege, dann durch den perspektivlosen und vom Terrorismus begleiteten Widerstand, später durch die Intifada. Der Nahost-Konflikt ist aber längst nicht mehr nur ein Konflikt zwischen zionistischen Juden und Palästinensern. Er ist zu einem Symbol des okzidental-orientierten Ost-West-Gegensatzes, zu einem Symbol des Konfliktes zwischen der westlichen und der islamischen Welt geworden.

Für den Westen wurde der Staat Israel zum Symbol westlicher Überlegenheit inmitten der islamisch-arabischen Welt, die PLO und die Palästinenser jedoch zum Inbegriff des Unfriedens und der arabischen Barbarei. Für die arabisch-islamische Welt bedeutete Israel die Fortsetzung des westlichen Kolonialismus und die Arroganz der westlichen Demokratien, während der palästinensische Kampf stellvertretend die antiwestlichen, antikolonialen Sehnsüchte verkörperte. Die uneingeschränkte Unterstützung der USA und anderer westlicher Staaten galt dem Symbol Israel und — zu einem geringeren Teil — den Juden aus historischer Verantwortung. Umgekehrt lieferte der Staat Israel den Machtcliquen in den arabischen und islamischen Staaten das willkommene Feindbild zur Zementierung und Fortsetzung der eigenen politischen Macht.

In der Symbolfunktion des Konflikts liegt offenbar auch die eigentliche Tragik für die Palästinenser und für die Juden. Seit langem stand nicht ihr Anliegen, nämlich die friedliche Koexistenz, sondern das machtpolitische und strategische Anliegen des gesamten westlichen wie arabisch-islamischen Umfeldes im Vordergrund. Die Madrider Nahost-Konferenz kann als Zeichen der Desillusionierung der eigentlichen Konfliktparteien gewertet werden.

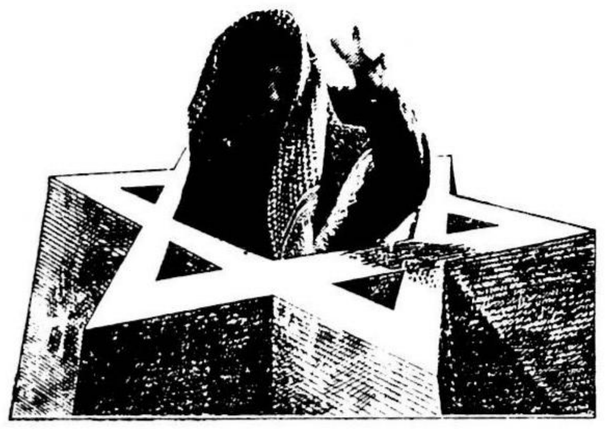
Saddam Hussein hat dazu unbeabsichtigt seinen Beitrag geleistet. Zum einen führte er vor, daß kein arabischer Staat — und erst recht nicht machthungrige Politiker wie er — den Palästinensern zu ihrem Staat verhelfen können. Und zum anderen zeigte er durch seine Raketenattacken gegen Israel, daß es eine militärische Sicherheit des kleinen jüdischen Staates in einer stärker werdenden arabisch-islamischen Umgebung nicht geben kann. Da helfen weder Patriot-Raketen noch das umfangreiche atomare Arsenal. Entweder führt die weitere Eskalation der Gewalt im Nahen und Mittleren Osten zum Chaos, was gleichsam den israelischen Staat zur Disposition stellen könnte, oder aber Israel und die arabischen Nachbarstaaten, Palästinenser und Juden, werden zu einem Miteinander finden. Historisch sind die Araber bzw. Moslems mit den Juden im Nahen und Mittleren Osten jedenfalls wesentlich besser ausgekommen, als die Juden mit den Christen in Europa. Zu einem im umfassenden Sinne kulturellen Zusammenleben zwischen Juden und Moslems in der Region, so schwer dieser Weg auch erscheinen mag, gibt es keine Alternative.

Die Palästinenser haben dies offensichtlich erkannt und nach langwierigen internen Kämpfen die Hindernisse des Friedensprozesses geebnet. Die Israelis, die die Unausweichlichkeit der friedlichen Koexistenz mit den Palästinensern und Arabern ebenfalls erkannt haben, sind noch in der Minderheit. Ob sie es in absehbarer Zeit schaffen werden, die Betonköpfe und Symbolträger vergangener Zeiten in Israel zu isolieren und die Mehrheit der Bevölkerung für einen jüdischen Staat zu gewinnen, der bereit ist, seine westliche Hülle und Symbolfunktion abzulegen und der darauf verzichtet, seine waffentechnologische Überlegenheit zur Schau zu stellen, bleibt vorerst offen. Offen bleibt auch, ob die Mehrheit der Araber und Moslems alsbald zu der Überzeugung gelangen werden, daß die Koexistenz mit solch einem jüdischen Staat auch ihnen zum Vorteil gereichen kann. Die Vereinigten Staaten sind durch ihren Beitrag zum Zustandekommen der Nahost-Konferenz bemüht, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den arabischen Verbündeten im Golfkrieg bezüglich des Nahost-Konfliktes wiederherzustellen. Sie sind aber weit davon entfernt, die Madrider Konferenz als den Auftakt einer umfassenden Verständigung zwischen den Kulturen zu begreifen, die für einen dauerhaften Frieden in der Region unerläßlich ist. Schließlich haben sie selbst weniger als ein Jahr zuvor mit dem Golfkrieg in Kauf genommen, die kulturellen Gegensätze zu vertiefen und den alten Wunden aus der Kolonialzeit neue hinzuzufügen. Durch die perfekte Inszenierung ihrer technologischen Überlegenheit im Golfkrieg, durch die Zerstörung der zivilen Einrichtungen im Irak und den Tod von Hundertausenden von Menschen wurde Arabern und Moslems ihre Ohnmacht vor Augen geführt. Das gewachsene Selbstvertrauen der Menschen, die Gestaltung der Zukunft in die eigenen Hände nehmen zu können, wurde empfindlich angeschlagen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der sich neu ausbreitende Fatalismus in einen neuen Extremismus an einer anderen Stelle und mit neuen Dimensionen umschlägt. In dieser Atmosphäre hängt der in Madrid begonnene Friedensprozeß am seidenen Faden. ■



HOLM-DETLEV KÖHLER

Frieden bedeutet zuallererst eine Bedrohung



Anmerkungenen zur israelischen „Gesellschaft" im Nahost-Konflikt

Die israelische Gesellschaft ist wahrscheinlich die komplizierteste der Welt. In einem winzigen traditionsüberfrachteten Stückchen Erde treffen beinahe alle Kulturen, Religionen und politischen Ideologien der jüngeren Menschheitsgeschichte aufeinander. Dabei entsteht ein verwirrendes Geflecht von Konflikten und Identitäten, welches sich der Analyse in Form eines strukturierten Ganzen, einer zusammenhängenden Gesellschaft, erst einmal versperrt. Die folgenden Anmerkungen zur israelischen Gesellschaft, sind auch getragen von einer Skepsis gegenüber den Chancen einer sozialen Vernunft.

Dem um Verstehen bemühten Israel-Reisenden stellen sich permanent zwei eng zusammenhängende Fragen:

Zum einen: Allen Beteiligten ist klar, daß die Probleme dieser Region — und das sind längst nicht nur politische sondern soziale, ökonomische und ökologische wie der akute Wassermangel — nur durch friedliche Kooperation lösbar sind. Warum tut die Mehrheit dieser Beteiligten alles, um die Bedingungen für eine friedliche Kooperation schon im Keim zu ersticken?

Zum anderen: Der israelische Staat wurde von einem sozialen Block aufgebaut, regiert und in vier Kriegen erfolgreich verteidigt, der unter dem Dach des Zionismus eine Verbindung von westlich-demokratischen und sozialistisch-solidarischen Werten anstrebte. Der Aufbau eines demokratischen Wohlfahrtsstaates inmitten feindlicher despotischer Diktaturen und bei dauerndem Kriegszustand gehört zu dessen hervorragenden Leistungen. Warum ist dieser, für Friedensprozesse relativ aufgeschlossenere Block in eine dauerhafte Minderheitenposition abgerutscht?

Die Suche nach Antworten führt zu einem grundlegenden sozialen Strukturwandel und der damit einhergehenden Neudefinierung nationaler Identitätsgefühle. Die Masseneinwanderung der letzten Jahre kam aus Afrika (den Maghreb-Staaten und zur Zeit aus Äthiopien) und der UdSSR. Dadurch gerieten die durch europäisch aufklärerische Werte geprägten aschkenasischen gegenüber den orientalischen sephardischen Juden in die Minderheit. Dieser Prozeß verknüpft sich mit einem Generationswechsel, der Ablösung der alten Eliten, die jahrzehntelang alle wichtigen Positionen in Staat und Gesellschaft für sich reservierten. Institutionell werden diese alten Eliten verkörpert durch die Arbeiterpartei, den Gewerkschaftsverband Histadrut, zu dem auch der große Gemeinwirtschaftssektor (20 % des Bruttosozialprodukts) und die Sozialversicherung gehören, die Kibbutz- und Moshavbewegung sowie die Mehrheit der universitären Intellektuellen. Praktisch alle Teile dieses, die israelische Gesellschaft durchziehenden Netzes befinden sich seit Ende der 70er Jahre in einem Zustand der Überalterung, kulturellen Verkrustung, ökonomischen Krise und des Identitätsverlustes. Seit der traumatischen Wahlniederlage 1977 wird diesen Institutionen des alten Machtblocks auch schrittweise die politische Unterstützung und staatliche Subventionierung entzogen.

Gegen diese alte achkenasische Elite formierte sich ein rechtspopulistischer Gegenblock der später eingewanderten Unterprivilegierten. Dieser lebt weniger in einer westlichen sozialen Demokratie als in einem antiarabischen Juden-Staat. Viele bringen darüberhinaus eine explizit antisozialistische Einstellung und Erfahrung mit. In achtmonatigen Eingliederungskursen wird den Neuankömmlingen neben Hebräisch, dem Umgang mit „zivilisatorischen Errungenschaften" wie Wasserhähnen, Kühlschränken und öffentlichen Verkehrsmitteln auch eine erste nationale Identität vermittelt.

▶ Komplizierter Frieden ◀

Abgeschwächt wurden inzwischen die gescheiterten Homogeniserungsversuche der 40er bis 60er Jahre, mit denen man die mitgebrachten (orientalischen) Identitäten zerstören wollte (z.B. durch den Zwang, einen hebräischen Namen anzunehmen). Eine Tendenz zu autoritärem Populismus, schnelle Identität stiftenden Feindbildern und einfachen Erklärungsmustern inmitten dieser unendlich komplizierten Verhältnisse läßt sich unter diesen Bevölkerungsschichten bislang nicht vermeiden. Der Frieden allerdings ist in Israel und der gesamten Region sehr viel komplizierter als der Krieg und gerät schon deshalb immer wieder ins Hintertreffen.

Der neue Machtblock ist sicher noch viel heterogener als der alte, die Likud-Regierungen zerrissen und widersprüchlich, der ideologische Zusammenhalt oberflächlich und lose. Dies sollte indes nicht dazu verleiten, auf dessen baldige Ablösung in Form eines Regierungswechsels zu hoffen. Bisher führen die alten Eliten nur Rückzugsgefechte und eine erneuernde Alternative ist nicht in Sicht. Zudem fühlen sich gerade Israelis mit ihrem natürlich großen Sicherheitsbedürfnis in Friedensverhandlungen von Falken oft am besten vertreten. Unterdessen gehen unterschwellige ideologische Umdefinierungen von Israel-konstitutiven Identitätsmustern vonstatten, deren langfristige Auswirkungen nur erahnt werden können.

Zwei Beispiele sollen dies andeuten: für die sephardischen Juden gehört die Schoa (Holocaust) einem fremden Kulturkreis an

und verfällt leicht einer allgemeinen Mythologisierung, wird losgelöst vom europäischen Deutschland zu einem kosmischen Ereignis für das jüdische Volk. Unwidersprochen werden so „die Araber" nicht nur generell als „Mörder" und „Terroristen", sondern immer öfter auch als die „heutigen Nazis" bezeichnet. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes muß auch die Westbindung Israels neu bestimmt werden. In Syrien und Ägypten sitzen nicht mehr die Handlanger Moskaus. Umso eindringlicher wird die Bedeutung Israels „als Speerspitze des Westens" betont und zwar im allgemeinen „Kulturkrieg gegen die Araber". Diese sinnen nach Rache, seit sie durch Kreuzzüge und Inquisition im 8. Jahrhundert von Frankreich ausgehend aus Europa vertrieben wurden und „dafür muß der Westen endlich die Augen öffnen"(so der Leiter der Forschungsabteilung des Diaspora-Museums in Tel Aviv).

Keine erneuernde Alternative in Sicht

Eine Betrachtung des sozialen Wandels in Israel kann eine Institution nicht außer Acht lassen, die wie keine andere zur Identitätsstiftung des israelischen Volkes beiträgt: das Militär. Jeder Israeli und jede Israelin hat eine doppelte Identität als BürgerIn und SoldatIn. Während des drei- (für Frauen zwei-) jährigen Militärdienstes werden die Kulturen vermischt, leben Afrikaner, Europäer und Südamerikaner zusammen und spätestens alle zwei Jahre ziehen sie ihre Uniformen wieder zu Reservistenübungen an. Das Militär ist der Schmelztigel der israelischen Gesellschaft.

Auch die Friedensbewegung, von Unteroffizieren gegründet, ist Teil des Militärs. Über diese zentrale Sozialisationsinstanz hat die „Politik der eisernen Hand" gegen die inzwischen vierjährige Intifada einschneidende Wirkungen hinterlassen. 18-21jährige Israelis und ihre älteren Reservisten-Kollegen leisten Dienst in den besetzten Gebieten, den Gefängnissen und Internierungslagern. Sie werden Mittäter bei den Folterungen von 15-16jährigen, werden eingebunden in die alltägliche Verletzung der Menschenrechte durch die „einzige Demokratie des Ostens" und sehen ständig den tiefen Haß in den Augen der jungen Palästinenser, die ihr ganzes Leben unter der Besatzung litten und inzwischen nichts mehr zu verlieren haben."Sie werden uns nie verzeihen..." und wieder überwiegt die Angst und das übersteigerte Sicherheitsbedürfnis den Wunsch nach Frieden und Vernunft.

Es gibt daher nicht nur viele Gründe sondern alltägliche Erfahrungen, die Israelis nicht an die Möglichkeit eines Friedens glauben lassen. Der Weg in eine Apartheid-Gesellschaft erscheint den Israelis nicht attraktiv, aber zunehmend unvermeidlich.

Dies bildet das Dilemma der Friedensbewegung, die im Sinne des israelischen Pluralismus als Ansammlung sympathischer Idealisten akzeptiert wird, der man aber nie Verantwortung übertragen würde. Frieden bedeutet für die Israelis — nicht nur für die agressiven Siedler in den besetzten Gebieten — zuallererst eine Bedrohung, und der ist nur mit Härte angemessen zu begegnen. Die Argumente der Friedensbewegung sind differenzierter, abwägender, weitsichtiger, auf Dialog gerichtet, schlicht vernünftiger, doch damit nimmt man niemand die Angst, vermittelt man kein Gefühl von Sicherheit. Nicht von ungefähr bedienen sich auch Angehörige der israelischen Friedensbewegung in ihrer vielfach berechtigten Kritik an der europäischen Friedensbewegung der Argumente der Falken in unverholenem Neid und Bewunderung für deren Härte und Treffsicherheit.

Neben den Veränderungen der israelischen finden auch in der palästinensischen Gesellschaft Wandlungsprozesse statt, die von den Israelis mit sehr gemischten Gefühlen wahrgenommen werden. Seit der Intifada ist es unmöglich geworden, den Palästinensern ihren Nationalcharakter abzusprechen. Die wechselseitige israelisch-arabische Unterdrückung der Palästinenser hat dieses Volk in alle Welt zerstreut und gleichzeitig in der Weltöffentlichkeit zu Opfern ungerechter Verfolgung gemacht."Sie haben viel von uns gelernt, sie sind in mancher Hinsicht die Juden von heute", lauten ängstliche Kommentare derjenigen, die sich auf absehbare Zeit in die Rolle des Bösen in der Welt einfinden müssen.

Gefährlich für Israel wird die weltweite Präsenz der Palästinenser vor allem dann, wenn — unbelastet vom Ost-West-Konflikt — eine Verwestlichung palästinensischer Politiker stattfindet, Extremisten und islamischen Fundamentalisten, die im Moment noch die für Israel so nützlichen innerpalästinensischen Schlachten anzetteln, marginalisiert werden.

Weg in die Apartheid-Gesellschaft?

Die Palästinenser haben die unerwartete Möglichkeit, aus dem Schatten ihrer militärischen und vor allem politischen (zuletzt im Golf-Krieg) Niederlagen herauszutreten und die Weltöffentlichkeit der Nach-Kaltenkriegswelt für sich zu gewinnen. Die entscheidende Auseinandersetzung findet dabei in den USA statt. Immerhin sind die USA nicht nur die Schutzmacht und ökonomische Basis Israels, sondern auch das Haupteinwanderungsland für die Juden aus aller Welt. Sie besetzen damit einen Teil der Legitimität, die Israel eigentlich alleine für sich beanspruchen will. Gleichzeitig sind sie die einzige Friedensmacht im Nahen Osten, d.h. die einzige „Macht" nach dem Abtritt der UdSSR, die ein materielles Interesse am Frieden hat. Nur so kann sie als einzige Weltmacht in der gesamten Region auftreten.

An dieser Stelle taucht für den nüchternen Beobachter von außen der einzige Hoffnungsschimmer in diesem Konflikt auf. Angesichts der innerisraelischen Situation kann ein *friedensfördernder Impuls nur von außen* kommen. Gleichzeitig kann er *nur als innerjüdischer Impuls* die erforderliche Wirkung entfalten, um nicht nur die weltpolitische, sondern auch die soziale Vernunft bei den Betroffenen zu bewegen. Die jüdische Gesellschaft in den USA spielt hier die Schlüsselrolle. Sie muß die US-Regierung dazu legitimieren, steigenden Druck auf Israel auszuüben und dadurch den Friedensprozeß voranzuzwingen. Dies könnte auch in Israel zu Umdenkungsprozessen und sozialen Kräfteverschiebungen führen und die Politiker zwingen, aus den überkommenen Verhaltensmustern der Blockkonfrontation herauszutreten.

Die jüdische US-Gesellschaft spielt Schlüsselrolle

Diese Hoffnung mag winzig erscheinen angesichts der Höhe vorhandener Mauern, die Araber und israelische Juden blind gegeneinander machen. Aber immerhin — und nur hier teile ich den Durchbruchsoptimismus hinsichtlich der Madrider Konferenz — ist die steigende Bedeutung der Menschenrechtsfrage kaum zu leugnen, schon gar nicht für die amerikanischen Juden nach dem Ende der kommunistischen Bedrohung. Menschenrechte für Nicht-Juden im Nahen Osten sind aber nur durch einen Friedensprozeß bei steigender Autonomie für die Palästinenser erreichbar. Auf absehbare Zeit ist ein Frieden in der Region nur als international-militärisch überwachter vorstellbar bei voller Sicherheitsgarantie für Israel. Auch hier spielen die USA die strategische Schlüsselrolle.

Kurzfristig führen die Verhandlungen — genauer die Zusammentreffen, denn verhandelt wird so schnell nicht — zu einer Eskalation der Konflikte im Kleinen. Die israelischen Hardliner versuchen Fakten zu schaffen, die Militäraktionen und Siedlungspolitik zu verstärken. Dabei nutzen sie die Situation, in der sich die Weltöffentlichkeit mehr für die Verhandlungen als für die beiderseitigen Terrorakte interessiert, brutal aus. Ihre palästinensischen Gegenpole tun dasselbe, terrorisieren die kompromißbereiten Fraktionen auf allen Ebenen. Langfristig muß aber auf beiden Seiten ein neuer sozialer Aufklärungsprozeß einsetzen, eine gesellschaftliche Basis für einen Verständigungsprozeß entstehen, sollen die Friedensverhandlungen mehr als ein weltöffentlicher Medien-Zirkus werden. Denn in einem solchen Zirkus kann man bestenfalls israelische Löwen und arabische Tiger vorrübergehend dazu bringen, dem amerikanischen Dompteur zu gehorchen, doch niemand kann sie zwingen, sich untereinander zu verstehen. ■

SEBASTIAN REINFELDT

Vom rassistischen Diskurs zur sozialen Bewegung

In der medialen Bearbeitung des Alltagsrassismus dominieren zwei Stereotypen. Erstens, daß die soziale ,,Zugehörigkeit'' zu einer Klassenlage ,,unterhalb'' der Mitte, Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst zu rassistischen Einstellungen verleitet, diese fördert und stärkt. Zweitens, daß Deutschland kein rassistisches, sondern ,,eigentlich'' ein tolerantes Land ist, es Rassismus ,,eigentlich'' nicht mehr gibt, und insofern die Angriffe auf Fremde ,,Auswüchse'' sind, die jenseits der gesellschaftlichen Normalität liegen. Mit einem Blick in die wissenschaftliche Literatur über (Neo-) Rassismus diskutiert Sebastian Reinfeldt diese Muster.

In den Arbeiten des *Duisburger Instituts für Sprach-und Sozialforschung*(DISS) und der methodisch ähnlich arbeitenden Bochumer ,,Diskurswerkstatt'' rücken die Produzenten der o.g. Stereotype in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Medien spiegeln nicht einfach gesellschaftliche Realität, medialdiskursiv konstruieren sie diese, so die Ausgangsthese. Fast sämtliche Arbeiten im Rahmen des DISS und der Diskurswerkstatt beschäftigen sich mit der medialen, diskursiven und kollektivsymbolischen ,,Konstruktion'' und ,,Anrufung'' des (Neo-) Rassismus. Wobei *Jürgen Link* als common sense der Arbeiten ,,Diskurs'' wie folgt definiert: ,,Wir verstehen darunter institutionalisierte, geregelte Redeweisen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und also Machtwirkungen ausüben''(in: Jäger 1991, 3).

Es geht ihnen nicht ,,nur'' um Sprache, die eine reale Handlung ausdrückt, sondern um reguliertes und mit Handeln verklammertes Sprechen. In den vergangenen Jahren haben die AutorInnen ein intensives mediales ,,Sprechen'' zum Thema: ,,das Eigene und das Fremde'' aufgespürt. Es fand aber nicht als ,,freies'' Diskursieren oder als Suche nach einer ,,angemessenen'' Sprache statt, sondern folgte ein- und ausschließenden Mustern.

Vor der handfesten Eskalation Mitte dieses Jahres, die allgemein mit Hoyerswerda verbunden wird, registrierten sowohl DISS als auch ,,Diskurswerkstatt'' eine *diskursive Eskalation*' im Frühsommer. Die *Asylanten-Flut* der Topos, der die Explosion beschleunigte, ist kein neutraler Fakt, sondern eine mediale Konstruktion.

So ist das Wort *Asylant* ein Mitte der siebziger Jahre entstandener Begriff, der eine spezifische Gruppe von *Ausländern* schuf und diese von anderen (Gastarbeitern, Einwanderern) separierte. Aufgrund des Suffixes -ant, wie *Simulant, Querulant* und ursprünglich aus dem klassifizierenden Medizindiskurs kommend (siehe: Probant), ist das Wort nicht nur strukturell negativ — als krank oder zumindest nicht normal — konnotiert, sondern kreiert auch einen eigenen Typus Mensch mit einem bildersprachlich visualisierten Körper.

In Verbindung mit *Flut* werden die derart typisierten Menschen in eine komplexe Kollektivsymbolik eingeordnet. Über diskursive Mechanismen — wie die Bildbruch-Verkettung unterschiedlichster Diskurse — konstituiert sich symbolisch ein häusliches *Wir* sowie ein dazu oppositionell liegendes *Außen*. Von dort kommen die *Anderen* bedrohlichflutend auf *uns* zu. ,,Der neue Rassismus bestimmt eine notwendige Trennung bzw. Absonderung von den *Anderen''*, beschreibt Ute Gerhard den kollektivsymbolischen Effekt. Wobei sie in Übereinstimmung mit allen AutorInnen eine Änderung zum alten Rassismus notiert. Die *Absonderung* durch den (Neo)-Rassismus erfolgt nicht über Rasse, Blut, sondern über *Kulturkreise* bzw. *Ethnie*. Entsprechend argumentiert er auch nicht vorrangig biologistisch, sondern eher soziobiologistisch-kulturalistisch (Ute Gerhard 1991).

Mit dieser Auffassung nähern sich die AutorInnen der französischen Diskussion über (Neo-)Rassismus an. Sowohl Etienne Balibar wie Colette Guillaumin als auch Pierre-André Taguieff diskutieren diesen Sprung des *Rassismus ohne Rassen* (Balibar). Er ist nicht notwendig mit einem biologistischen *Rassen*-konzept verbunden, sondern ersetzt es zunehmend durch kulturalistische Argumente (was als Transformation in einen allgemeinen Antisemitismus

Hier lesen Sie 3 Geschichten über Ausländer in Deutschland: Von einem Pakistani, den wir hie nie wieder sehen wollen. Von einem Kurden, der unbedingt hier bleiben muß. Von einer Griechin auf die wir stolz sind. Drei Geschichten, über die unsere Politiker vielleicht mal nachdenken

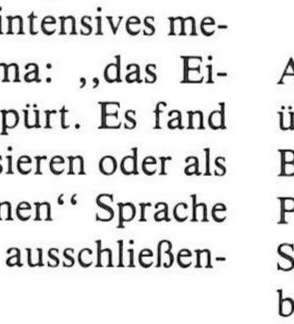
Der schlimmste Asylant

Der ärmste

Montag, 11. November 1991 Nr. 263/46 C 5545 A **** 60 Pf

Bild

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH



ZIAULLAH QUAZI

Von CLAUDIUS SIMON

Im August 1981 stellte der pakistanische Drogendealer Ziaullah Quazi (32) bei der Ausländerbehörde Wedding (Berlin) den ersten Asylantrag. Er sei „politisch verfolgt". Seither, seit zehn Jahren (!), hat sich folgendes abgespielt: Asylantrag abgelehnt, Verurteilung wegen Drogenhandels, 1984 Abschiebung, 1985 Rückkehr, wieder Heroin, U-Haft, Abschiebehaft. Der Pakistani: „Meine Freundin und ich wollen heiraten.

Der diskriminierende Sprachstil der Bild-Zeitung.

angesehen wird).

Pierre-André Taguieff (1988) wiederum betont in seiner Analyse rassistischer und anti-rassistischer Diskurse die Möglichkeit des (Neo-)Rassismus, zwischen universalistischen und differentialistischen Begründungssträngen zu wechseln. Als typisch universalistisch-rassistisch argumentierend kann man den Kolonialrassismus verstehen: Alle Menschen sollten gleich = weiß sein. Als typisch differentialistisch-rassistisch dagegen den Satz: Alle Menschen sind verschieden; *Afrika den Afrikanern* und *Deutschland den Deutschen*. Das Hin- und Hergehen zwischen beiden Aussagen ist eine Möglichkeit, die antirassistische Diskurse kaum haben, da sie vorwiegend universalistisch argumentieren.

Wichtig für das Verständnis der Diskussionen über die Verwandlungskünste rassistischer Ideologien ist es, zwischen der flexiblen ideologischen Form (Guillaumin) des Rassismus und den Aus- und Einschließungspraktiken (inklusive ihrer manifesten Vernichtungsdrohung) zu differenzieren.

Alle genannten AutorInnen sind sich inzwischen einig darüber, daß Rassismus nicht notwendig mit einem *Rassen*-konzept verbunden ist, was angesichts der sichtbar werdenden Feindschaft gegenüber Menschen aus dem Osten sehr beunruhigen muß.

Die diskurstheoretischen Ansätze würden falsch verstanden, wenn man ihnen unterstellt, daß sie Diskurse als *interessenlose* Sprache ansehen. Im Gegenteil: Bei der Formulierung des Rassismus wird immer wieder die zentrale Rolle der Eliten betont, entgegen der medialen Zurichtung auf die unteren Klassenlagen. Teun v. Dijk (1991) stellt denn auch fest: „Wenn die weiße europäische Mehrheit dominiert, dann muß ihre Dominanz selbst gemanagt werden, und es sind die Eliten, die die Manager dieser Form der Gruppenkontrolle darstellen."

Ein zentrales Element des Managements ist die *Verleugnung* des Rassismus. Die offiziösen und medialen politischen Erklärungen Post-Hoyerswerda und Hünxe folgen einer Strategie des *face-keeping*. Laut v. Dijk geht es dabei nicht um eine persönliche Leugnung einer privaten rassistischen Einstellung, sondern um eine soziale Wir-Selbstdefinition auf höherer Stufe. Die europäische männliche Zivilisation sieht sich selbst als tolerant, pluralistisch, aufgeklärt und vernünftig. Wild, intolerant, totalitär und emotional sind die Anderen: *„Wir sind ein tolerantes Volk, aber die Flut der Asylanten ist zu groß"*. So wird fraktionsübergreifend auf verwaltungstechnisch-*zivilisierten* Verfahren bestanden (als Zeichen für Toleranz) und die sichtbare Gewalt als *Übergriff* oder *Anschlag auf den Rechtsstaat* (Kohl/Vogel/etc.) verurteilt. Durch die Beibehaltung der Flut-Metapher bleiben die Opfer jedoch indirekt Täter ihrer eigenen Verfolgung. V.Dijk listet mehr als zehn rhetorische Verleugnungsfiguren auf, die sich gleichsam *auf der Straße* und *in der Zeitung* finden lassen.

Gegen diese Verleugnung des Rassismus und der europäisch-weißen dominanten Position kann man auf zwei Ebenen argumentieren. Empirisch ist die Liste offizieller rassistischer Äußerungen und Praktiken jeden Tag verlängerbar. An überdeutlichen Beispielen wie Stoibers *durchrasste Gesellschaft* mangelt es nun wirklich nicht (siehe v. Dijk 1991). Trotzdem würde jener Herr Stoiber sich nicht ins Fernsehn stellen und sagen: *Ich bin ausländerfeindlich*. Auf die Dauer wirkt das reine Sammeln von Belegstellen, daß er es doch sei, etwas hilflos und bleiben theoretisch unbefriedigend.

Deshalb geht die französische Diskussion immer wieder dahin, die europäisch-zivilisierte Selbstdefinition (als vernünftig-tolerant etc.) kritisch zu hinterfragen, wie dies die feministischen und poststrukturalistischen Diskussionen tun. Beispielsweise wurde die Verabsolutierung aufklärerisch-zivilisierter Prinzipien dort bei der sog. Schleierfrage virulent. Einzelne Schulleiter in Frankreich untersagten moslemischen Mädchen verschleiert in die religiös neutralen Schulen zu kommen und schlossen sie, als sie sich weigerten der Aufforderung nachzukommen, vom Unterricht aus (siehe Balibar in: Reinfeldt 1991). Es ist merkwürdig, daß sich die antirassistische Diskussion in Deutschland vor einer Rezeption dieser Diskussionen weitgehend drückt.

Zu Heitmeyers Position

So dominiert hier unhinterfragt das Bild des weißen, heterosexuellen und vernünftigen Mannes als in der antirassistischen Diskussion kaum problematisierter Selbstentwurf.

Was sich, wie ich finde, auch bei der Zuschreibung von Rassismus als Phänomen unterer, zunehmend individualisierender, Klassenlagen rächt.

Wilhelm Heitmeyer, einer der Protagonisten der Zukunftsangstthese im Kontext der Soziologie Ulrich Becks, stellt fest, daß bei Jugendlichen „Ohnmachtserfahrungen, Handlungsunsicherheit, und Vereinzelungserfahrungen zu den wesentlichen Ursachen rechtsextremistischer Orientierungen zählen" (Heitmeyer 1991; ähnlich argumentiert auch Claus Leggewie).

Im Zuge der Auflösung der klassischen Arbeitermilieus und der Arbeiterkultur entstünde somit ein Orientierungsloch, in das die rechtsextremistischen Ideologien stoßen.

Als wesentliche Merkmale für rechtsextremistische Orientierung nennt er dabei die *Ideologie der Ungleichheit* verbunden mit einer starken Akzeptanz von Gewalt. Zwar sieht Heitmeyer, daß Ungleichheitsvorstellungen nicht exklusiv *rechtsextrem* sind und durchaus einem breiten gesellschaftlichen und offiziellen Konsens entsprechen. Gerade deswegen fragt sich aber, in welches Modell von Gesellschaft die orientierungslosen Jugendlichen in der von ihm geforderten *präventiven* Jugendarbeit (Heitmeyer 1991) eingeübt werden sollen, damit die rechtsextremen Ideologien nicht Fuß fassen können. Denn: „Es sind — auch — die *ordentlichen Verhältnisse* des Kleinbürgertums mit traditionellen Geschlechtsrollen, Aufstiegsmustern sowie entsprechend hierarchisch strukturiertem Gesellschafts- und Weltbild, die den Nährboden des Rechtsextremismus bilden" (Pinn, in: Ak., Jugendarbeit und Rechtsextremismus, 1991). Genauso wäre zu fragen, ob die sich auflösenden Arbeitermilieus nicht selbst rassistische und autoritäre Einstellungen gefördert haben.

Frankfurter Institut für Sozialforschung

Diese Kritik wird durch einen Blick in die Arbeiten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung zum Thema Rassismus und autoritäre Einstellungen untermauert. Demnach muß davon ausgegangen werden, daß moderne Industriegesellschaften eine, nicht klassendeterminierte, latente Tiefenstruktur rassistisch-autoritärer Einstellung von konstant ca. 15-20 Prozent in sich bergen. Die, methodisch sicher fragwürdige, SINUS-Studie aus dem Jahr 1981 ermittelte 5 Millionen Deutsche, die wieder einen Führer haben wollen. Sie bekräftigt damit die Frankfurter Untersuchungsergebnisse, „daß sich in einem relativ großen Anteil der westdeutschen Bevölkerung, konstant etwa ein Fünftel und verteilt auf alle statistischen Teilgruppen, autoritär-faschistische Charaktertypen finden, die die Individuen im Fall sozialer Krisen dazu disponieren, sich autoritären sozialen Entwicklungen zu unterwerfen, sich an der rassistischen Verfolgung von Minderheiten zu beteiligen und nationalistischer Propaganda Glauben zu schenken" (Demirovic 1991).

Für diese Latenz bieten sich im Prinzip zwei Erklärungsmuster an. Zum einen die These einer anthropologischen Konstante, die bei Intellektuellen der neuen Rechten gepflegt wird. Es liege in der menschlichen Natur gegen das Fremde zu opponieren und diese *Natur* müsse sich auch (bio-) politisch niederschlagen. Zum anderen eine materialistische Deutung, die die Latenz in Verbindung mit gesellschaftlichen — kapitalistischen — Machtverhältnissen und ihren Krisendynamiken sieht (Claussen 1988, 1991).

Traditionell führt die materialistische Erklärung fort, indem sie rassistische Konstruktionen selbst zu bloß verschleiernden Ideologien entmaterialisiert. Durch rationale Aufklärung könne dieser Schleier zerissen und die dahinterliegenden Machtverhältnissen umgeworfen werden (so jedenfalls die optimistische Variante). Meines Erachtens kann ein rein ideologiekritisches Verständnis nicht weiter aufrecht erhalten werden. Dies einerseits, weil der Maßstab der eigenen vernünftigen und unideologischen Welterkenntnis eine problematische Setzung ist (Demirovic 1988). Und andererseits, weil *die Massen* bei dieser Art von Theoretisierung als nur dumpfe, passive Empfänger von *Verzerrungen* ohne Eigenaktivitäten, Gedanken und Interessen vorgestellt sind. Zu

wenn nicht das internationale Vertrauen in die deutsche Wirtschaft und in die Deutsche Mark erschüttert werden und die bisher niedrige deutsche Inflationsrate — ein Eckpfeiler des erfolgreichen „Modell Deutschland" — drastisch ansteigen soll. Beide Institutionen fordern deshalb den Abbau der Staatsquote im Westen, und zwar bei Bund, westdeutschen Ländern und westdeutschen Gemeinden, eine Erhöhung der Konsumsteuern sowie den Abbau staatlicher Subventionen und Förderprogramme im Westen. Damit wären Verteilungskonflikte ungewohnter Art für das bislang politisch und sozial stabile korporative Aushandlungssystem Westdeutschlands programmiert.

▶ Die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland ◀

Die Wiedervereinigung hat Westdeutschland das größte Beschäftigungsprogramm beschert, das sich westdeutsche Regierungen je geleistet haben. 1991 fließen rund 165 Milliarden DM von West nach Ost und rund zwei Drittel dieser Summe wird in Ostdeutschland von Arbeitslosen, Kurzarbeitern, Rentnern oder Frührentnern zum Kauf von Konsumgütern aus dem Westen Deutschlands ausgegeben. Es ist also im wesentlichen ein über höhere Staatsschulden finanziertes, verkapptes Gemeinschaftswerk Aufschwung West, ein Beschäftigungsprogramm zugunsten der alten Länder, die eigentlich keiner Hilfe bedürfen. Man sollte freilich hinzufügen, daß auch dieses Beschäftigungsprogramm bisher nicht die hohe (vor allem) strukturelle Arbeitslosigkeit in der alten BRD beseitigt hat.

Diese hohen Transfersummen von West nach Ost sind jedoch auch dafür verantwortlich, daß der Arbeitsmarkt der ehemaligen DDR nach dem crash-Programm der Wirtschafts- und Währungsunion nicht total zusammengebrochen ist. Aus ihm finanziert die Bundesanstalt für Arbeit das umfassendste arbeitsmarktpolitische Programm der Bundesrepublik Deutschland. Etwa zwei Drittel der Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit entfällt auf die neuen und ein Drittel auf die alten Bundesländer. Hinzuzufügen wäre noch, daß die Arbeitsämter im Osten bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Kurzarbeitergeld günstigere Bedingungen haben als bisher im Gesetz vorgesehen. So können sie beispielsweise längere Zeit Kurzarbeit oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gewähren als bisher — und auch die finanzielle Unterstützung ist höher.

Ein Novum in der deutschen Arbeitsmarktpolitik stellen die sogenannten *Beschäftigungsgesellschaften* (offizieller Name: Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung) dar. Sie sind auf Druck der Gewerkschaften zustandegekommen und die Unternehmerverbände haben sich dieser Forderung angeschlossen. Sie beruhen auf einem ursprünglich in sozialdemokratisch regierten westlichen Bundesländern entwickelten Konzept. Dort sollten sie die durch massiven Arbeitsplatzabbau in der Kohle- und Stahlindustrie betroffenen Arbeiter auffangen. Der Grundgedanke ist, daß man zur sozialen Abfederung des brutalen Umstrukturierungsprozesses der ostdeutschen Wirtschaft die davon Betroffenen nicht ins Bodenlose fallen lassen, sondern ihnen die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung und Weiterqualifizierung am bisherigen Beschäftigungsort ermöglichen sollte. Die Treuhandanstalt hatte zunächst eine Beteligung an solchen Beschäftigungsgesellschaften verweigert, mit dem Argument, ihrem zeitlich befristeten Privatisierungs- und Sanierungsauftrag widerspreche es, auf unbefristete Dauer die Verantwortung für Arbeitslose zu übernehmen. Auf massiven Druck von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Bundesregierung erklärte sie sich schließlich bereit, sich mit zehn Prozent an den für die lokalen Beschäftigungsgesellschaften vorgesehenen Dachgesellschaften auf Bundesländerebene zu beteiligen.

Inzwischen existieren rund 300 solcher Beschäftigungsgesellschaften. Von neoliberaler Seite werden sie scharf kritisiert, weil solche Gesellschaften die Beschäftigten daran hinderten, sich durch Eigenititiative um einen anderen, wenn auch häufig schlechter bezahlten, dafür aber marktfähigen Arbeitsplatz umzusehen. Und mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe beklagen die Konkurrenz dieser Gesellschaften. Außerdem bemängelt man, daß ihre Lebensdauer nicht festgelegt sei. Auch die Gewerkschaft IG Metall, der wichtigste Akteur zur Schaffung dieser Gesellschaften, ist mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Sie hätte es lieber gesehen, wenn die dort Beschäftigten weiterhin in ihren alten Betrieben mit ihrer organisatorischen Struktur und den gewerkschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten geblieben wären. Die Beschäftigungsgesellschaften hätten demnach Bestandteil des alten Unternehmens bleiben sollen. Und gemeinsam hätten alte Betriebe, Beschäftigungsgesellschaften und regionale politische Instanzen die Basis zum Aufbau einer regionalen Struktur- und Industriepolitik legen sollen, aus der heraus dann Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen zu entwickeln gewesen wären. Trotz dieser Kritik einigte man sich auf einen Kompromiß, der im Juli 1991 zustandekam. Er demonstriert vor allem den politischen Willen aller korporativen Akteure der westdeutschen Gesellschaft, für die betroffenen Arbeitslosen in Ostdeutschland etwas Neues zu versuchen.

Alle hier dargestellten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können freilich nur zur befristeten sozialen Abfederung beitragen. Das Grundproblem der ostdeutschen Wirtschaft können sie nicht lösen. Es besteht darin, daß in den nächsten Jahren in dieser Region neue Arbeitsplätze entstehen müssen, die sich selbst tragen. Arbeitsplätze also, die in einer international wettbewerbsfähigen Industriestruktur verankert sind. Erst

diese böte die Basis dafür, einheitliche Arbeits- und Lebensbedingungen für Ost- und Westdeutschland herzustellen und damit aus zwei Gesellschaften in einem Staat eine Gesellschaft in einem Staat zu machen.

Auch wenn eine rasche gesellschaftliche Wiedervereinigung zweier so unterschiedlicher sozioökonomischer und politischer Systeme wie die der ehemaligen DDR und der BRD von vornherein nicht zu erwarten war, so hat doch die politische Entscheidung der schnellen und übergangslosen Eingliederung der ostdeutschen Wirtschaft in die der Bundesrepublik die Zerstörung der DDR-Wirtschaft in einer Weise verstärkt, daß man wohl davon ausgehen sollte, daß sich die sozioökonomische Spaltung zwischen West und Ost in den nächsten Jahren eher verschärfen denn abmildern wird. Ob diese Spaltung je überwunden werden kann, ist in entscheidender Weise abhängig davon, ob in Ostdeutschland eine international wettbewerbsfähige Industrie neu entstehen wird. Dafür gibt es derzeit wenig Anzeichen. Trotz allen regierungsoffiziellen Geredes von Ostdeutschland als dem neuen „Japan Europas" muß festgehalten werden, daß westdeutsche und auch ausländische Unternehmen die ehemalige DDR bisher eher mit ihren Waren beliefern statt dort zu produzieren. Wenn Industrieunternehmen hier investieren, dann in „verlängerte Werkbänke". Auch die Treuhandanstalt wird wohl noch lange auf viele ihrer als unverkäuflich geltenden Betriebe sitzen bleiben. Und liquidieren wird sie sie wegen der erwartbaren sozialen Unruhen kaum können. Daraus folgt, daß aus dem Staatshaushalt noch sehr viel Geld in diese Unternehmen zugeschossen werden muß.

Insgesamt bedeutet das, daß die soziale und politische Stabilität der neuen Bundesrepublik Deutschland von zwei Seiten her gefährdet ist: Eine andauernde hohe Staatsverschuldung und damit verbundene hohe Inflationsrate würde den ökonomischen Erfolg des „Exportmodells Deutschland" gefährden und zu unkalkulierbaren Konflikten innerhalb der politischen Klasse und innerhalb und zwischen den sozialen Akteuren des westdeutschen Korporatismus führen. Ebenso gefährlich wäre aber ein massiver Abbau der Staatsquote, denn die Verteilungskonflikte innerhalb des Staatsapparates (Bund, Länder, Gemeinden) und innerhalb und zwischen den sozialen Akteuren wären nicht mehr so sozialfriedlich zu bewältigen wie in der Vergangenheit. ■

Der verlorene Sieg

SOVIETICUS

Ein Vierteljahr nach dem Putsch stehen das zerfallene Reich, die Republiken und Regionen kaum besser, in gewisser Weise eher schlechter da als vor dem August. Keins der drängenden Probleme ist gelöst, einige sind dringlicher geworden. Es gibt weder einen neuen Unionsvertrag (und es ist zweifelhaft, ob es ihn als bindendes Dokument noch geben wird), noch eine gültige Vereinbarung über einen gemeinsamen Sicherheitsraum noch eine funktionierende Wirtschaftsunion. Das am 20. Oktober in Moskau unterzeichnete Rahmenabkommen ist eine Absichtserklärung, der noch immer die Unterfütterung durch zahlreiche Detailabkommen fehlt.

Der gescheiterte ,,Putschversuch" vom August war wohl weniger ein Putschversuch als eine Blockadeaktion höchster Staats- und Parteifunktionäre. Die Blockade wurde zu unterschiedlichen Anteilen unternommen — aus Sorge vor dem offenen Zerfall der Union, notifiziert im neuen Unionsvertrag, der am 20. August zur Unterzeichnung anstand; aus Unruhe über Positionsverluste der jeweiligen Klientel in den Streitkräften, Sicherheitsapparaten, Parteikomitees, Kolchos- und Staatsindustrieadministrationen, zentralen Wirtschaftsapparaten. Dabei ging und geht es jeweils nur um einen Teil der ,,Nomenklatura" oder der ,,Bürokratie" oder der ,,Machteliten", und zwar um den eher unbeweglichen und geistig wie technisch konservativen; die aufgeklärten Teile der alten Eliten haben längst bemerkt, was sich von den alten Strukturen halten läßt und vor allem, was nicht — und sie sind seit 1988 unterwegs, sich in den Nischen der historischen Transformationen oder, besser noch, auf der Zielseite selbst einzurichten. Dazu bedarf es gerade nicht offenen Widerstands gegen die ,,Reformen", sondern einer raschen Auffassungsgabe: was sind die neuen Spielregeln, wer die künftigen Machtträger; wo sind Einflußmöglichkeiten auf die Realisierung bestimmter Reformvarianten; welche Koalitionen sind vorübergehend von Nutzen; welche alten Besitztitel können schadlos ,,entstaatlicht" werden usw.

Die dumpfen Teile der alten Eliten litten besonders darunter, daß auch ihnen klar war, daß es eine Zeitenwende für das Modell mit dem Prägestempel 1929 (nicht: 1917) geben mußte. Wer so dumm war, dies nicht zu begreifen, war seit 1982 schon nicht mehr in der Machtelite. Sie litten darunter, daß alles anders werden mußte, daß sie aber nicht verstanden, wie und wohin, daß sie ahnten, daß es mächtig in Richtung auf Marktregulierung und institutionalisierten Pluralismus hinauslaufen würde, und daß sie das betrüblich fanden. Teils aus Prinzip, teils aus Sentimentalität, teils aus schlichter Angst: für die neuen Regeln waren sie nicht fit, da gab es schon andere, die bereitstanden.

Sentimentalität und Angst legen nicht nur in Rußland, wo bekanntlich die Gläser klirren sollen, den Griff zum Weingeist nahe. Man trifft sich, man sorgt sich, man redet mal so daher, es ergeben sich Lagen, Gelegenheiten, letzte vielleicht. So wird Geschichte gemacht. Nur dort?

Nun also haben sie erfahren, was sie ja schon ahnten: ihre Zeit ist um, was auch vorher jeder schon wissen konnte, der wollte. Dem westlichen Ausland, das zwar Chaos und Unordnung im Sowjetreich noch weniger mag als betulich aufrüstenden, herrlichen Verbalradikalismus, war diese Truppe nach anfänglichem Kopfwiegen dann doch zu unseriös. Der eigene Präsident, ewig zögernd und oft genug mit gutem Grund, zögerte erneut (,,ruft das Parlament ein, die sollen entscheiden"), und erneut mit gutem Grund (zugleich war er prinzipienfest genug, mit diesen Operettenputschisten, einige von ihnen seine Stellvertreter in verschiedenen Funktionen, alle von ihm, wenn auch nicht alle ganz freiwillig erwählt und nominiert, nichts mehr zu versuchen). Die neuen Eliten, hungrig auf die Macht in den Republiken und Regionen und auf den Märkten, zeigten, daß mit ihnen nicht gut Kirschen essen ist.

Der ,,Staatsstreichversuch" wie auch seine Wirkung werden häufig ungenau beurteilt und bewertet. Zwar gibt es seit Ende August eine neue Lage, aber anders als oft vermutet. Das Charakteristikum ist nicht in erster Linie der Zerfall der imperialen Union — der war schon längst eingeleitet, eine Gesamtrationalität war weitgehend verloren, und die territorialen, funktionalen und politischen Zusammenhänge und Interessen folgten längst schon eigenen, abgesonderten Kalkülen. Der August hat dies noch einmal beschleunigt und verdeutlicht, aber keine neue Qualität geschaffen. Die KPdSU war eine sterbende Organisation, schon seit dem 28. Parteitag, und die neuen politischen Kräfte (,,Demokraten" im allerweitesten Sinne des Wortes) haben die Gelegenheit genutzt, sie stolpern zu lassen. Die letzten Wochen zeigen, daß es dabei weniger um Moral und Reform geht, sondern um Eigentumstitel. Die Großgruppen schließlich, aus dem Westen mit einem notorischen Mißtrauen fixiert und klassisch putschverdächtig (Armee, KGB), waren schon längst in sich annähernd so gespalten wie die sowjetische Gesellschaft (ebenfalls eine Fiktion) es selbst war, ein Spiegelbild der Enttäuschungen und Hoffnungen. Und auch dies wurde im August noch sichtbarer. Ein ,,Putschversuch" also als Exprompt für diejenigen der Medien, die eher mit grobem Strich deuten. Noch einmal: soweit kaum Neues.

Die größte Legende, und die hartnäckigste dazu, besagt aber, daß nun, nach heldenhaftem Niederringen der Putschisten, der KP, des militärisch-industriellen Komplexes, der Reformfeinde schlechthin und nach glücklicher Vermeidung großer Gefährdungen (wer kontrollierte die Atomcodes? Auf wen hörten die sowjetischen Soldaten in Ostdeutschland?), endlich die Stunde der endlich entschiedenen Reformen geschlagen hat. Wer aber hat sie gesichtet? Die Ankündigungen Jelzins zu Preiserhöhungen, Privatisierungen und dem Aufschub von Wahlen bis Ende 1992 wirken entschieden, aber die Umsetzung bleibt abzuwarten.

Vor allem aber: wer ist nun, da die finsteren Reformgegner ausgeschaltet sind, schuld, wenn sie doch ausbleiben? Es fehlt seit dem 21. August an eindeutigen, identifizierbaren Gegnern des Systemwechsels. Die sich als reformistisch sehenden neuen Eliten sind nun mehr noch als zuvor in einer Position, in der sie nicht als Fundamentalopposition gefragt (und oft gewählt) sind, sondern als Träger eines schmerzlichen Systemaustauschs. Dieser Rollentausch ist heikel. Zusammen mit der wenig entwickelten demokratischen Kultur und reichlich vorhandenen persönlichen Ambitionen führt er dazu, daß nun die (scheinbare) Einheit des radikaldemokratischen Lagers verloren geht.

Die Führungsstruktur Rußlands ist ungeschickt organisiert. Die Kraftzentren (Parlament bzw. Parlamentsvorsitzender Chazbulatow, Staatsrat, Staatssekretär Burbulis, Ministerkomitee, Präsidialapparat und ein über allen ruhender Präsident) wirken nicht zusammen. Die zahlreichen Sachprobleme überfordern bisher eine Gruppe von Politikern, die eine formidable Opposition zu machen gelernt haben, aber zumeist wenig mehr. Neben dem wirtschaftlichen Systemwechsel steht als größtes Problem der Erhalt der russischen Föderation an. Die Konfliktverläufe zwischen der russischen Zentrale und den ,,Autonomien" in Tatarstan, Baschkirien, in der Tschetschenisch-Ingusischen Republik und Ossetien sind ganz ähnlich wie bislang zwischen dem sowjetischen Zentrum und den Republiken. Und Jelzin agiert ähnlich hilflos wie früher Gorbatschow.

Die Transformationsprobleme stellen sich in ihrer gesamten Schärfe wahrscheinlich erst jetzt. Die kommenden Monate werden zeigen, ob die konstruktiven Kräfte in Gesellschaft und Eliten stark genug sind, ein Abgleiten Rußlands (und anderer Staaten) ins Nichts aufzuhalten und zu verhindern. Der Putschversuch hat nur deutlich gemacht, wie ernst die Lage ist. ■

WILHELM HEITMEYER

Der Verlust von Geschichtsbewußtsein

Überlegungen zur Entwicklung rechtsextremistischer Orientierungen

Die Zunahme rechtsextremistischer, zumindest aber fremdenfeindlicher bzw. gewaltakzeptierender Orientierungen und Handlungsweisen bei Jugendlichen wirft in ganz eindringlicher Weise neu die Frage nach den Bedingungen dafür auf. In seinen Überlegungen geht der Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer insbesondere auf die Veränderung von Zeiterfahrungen und auf den Verlust von Geschichtsbewußtsein ein.

Die gängigen Ursachenzuschreibungen sind meist personenbezogen und reichen von Verweisen auf die Ignoranz, Lernunfähigkeit, Intelligenzknappheit, Macho-Dominanz bis hin zu einem ,,Biologismus von links'', daß es nämlich ,,geborene Neonazis'' gebe. Die letzte Variante propagiert damit insgeheim oder auch offen ,,Gegen''-Gewalt und Repression als neue Zauberformel des Verdrängens, während die erste Variante immer noch bzw. immer stärker auf die bisher dominierende Information etwa zur NS-Zeit setzt, obwohl der Anstieg rechtsextremistischer Orientierungen trotz des Umstandes zu verzeichnen ist, daß noch nie so viel wie heute in den Medien, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen über jene Zeit berichtet worden ist. Ebenso sind die Fahrten in NS-Gedenkstätten intensiviert worden, aus denen sich jetzt auch die Hinweise mehren, daß bei ,,Besuchen'' vielfach die Ereignisse aus jener Zeit bloß nur noch ,,zur Kenntnis'' genommen werden.

Eine Erklärung wird dann im Zeitabstand gesucht und vielfach mit der Aufforderung verbunden, die sich auftuenden Zeitlücken durch immer kürzere Erinnungsintervalle schließen zu wollen, damit die Aufklärung, Abschreckung, Betroffenheit nicht verloren geht, mithin Geschichtsbewußtsein sich entwickeln bzw. bewahrt werden könne.

Alle diese Überlegungen sind an einer lernpsychologischen individuellen Defizitthese ausgerichtet und verharren meines Erachtens weitgehend auf einer inhaltlich personellen Ebene, ohne daß die strukturelle Qualität von Zeiterfahrungen und ihre Verarbeitungen in den Vordergrund gelangen. Dagegen wenden sich diese Überlegungen. Sie versuchen, einen Zusammenhang zwischen Alltags- und biographischer Zeit mit historischer Zeit (vgl. Cavalli) herauszuarbeiten, um auf folgenreiche Entwicklungen hinzuweisen.

Das bedeutet, genauer die Konstitutionsbedingungen der Biographie oder anders gesagt, die Bedingungen des Aufwachsens unter Individualisierungsbedingungen zu eruieren, so daß über die generelle Charakterisierung des Schwindens der Bewußtwerdung der historischen Dimension in Industriegesellschaften hinausgegriffen werden kann. Um dies anzugeben, unterscheiden wir zunächst Vorgänge im Produktions-, dann im Reproduktionsbereich.

Elias' Ausgangspunkt, daß Zeiterfahrung

Dresdner Neonazis.
,,Die Modernisierung des Rechtsextremismus wird vernachlässigt.''

eine ,,soziale Beziehungsform'' sei, die historisch-kulturell geprägt, gesellschaftlich organisiert und biographisch überformt wird, läßt sich daran ermessen, wie das moderne abendländische Zeitbewußtsein zum ereignisunabhängigen und inhaltsneutralen Ordnungsgefüge verdinglicht worden ist'' (Zoll, 1988). Damit ist die Entwicklungslinie von Zeiterfahrungen zusammengefaßt, die sich immer weiter von Lebens- und Naturrhythmen entfernt hat. ,,Die im Zuge des Industriekapitalismus durchgesetzte Zeitstruktur ist gekennzeichnet durch Entqualifizierung, Quantifizierung und Verräumlichung von Zeit. Dieser Prozeß hat als Grundlage die Fremdbestimmtheit von Zeit in der Lohnarbeit, in anderen Worten: die Enteignung von Zeit. Lohnarbeit ist keine eigene Zeit, sie ist ein Eingriff in die Eigenzeit von Individuen'' (Zoll, 1988).

Verändertes Verhältnis zur historischen Zeit

Wenn diese These der Vergleichgültigung von Zeiterfahrungen stimmt, dann hat sie nicht nur Folgen für die biographische und die Alltagszeit, sondern auch für das Verhältnis zur historischen Zeit. Insofern muß dann auch davon ausgegangen werden, daß eine Durchsetzung neuer Produktionsformen wie *just-in-time-production* mit ihrem Zwang zur Zeitflexibilität und Zeitfragmentierung als weitere Spielarten der Enteignung von Zeit (Negt) auch die Vergleichgültigung weiter ansteigen läßt. Dies ist auch deshalb anzunehmen, weil schon die grundlegenden Untersuchungen von Jahoda u.a. zur Arbeitslosigkeit zeigen, wie sich auch durch Entleerung von Alltagszeit ein hoher Grad von Apathie gegenüber der historischen Zeit einschleicht.

Nun kann nicht davon ausgegangen werden, daß jenseits der Durchsetzung von Lohnarbeit und Vergleichgültigung von Zeit auch umstandslos schon Geschichtsbewußtsein vorhanden gewesen wäre — im Gegenteil. Dies hängt meines Erachtens damit zusammen, daß sich günstige Bedingungen aus dem Verhältnis von Zeit und Bildung, also Wissen, Aufklärung etc. ergeben.

Dieses Verhältnis hat eine erhebliche Entwicklung hinter sich. Vor der Hochindustrialisierung etwa Mitte der Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts gab es eher günstige Voraussetzungen auf der Zeitebene, aber sehr viel schlechtere auf der Ebene von Bildung und Wissen. Mit der Durchsetzung der hochindustrialisierten Produktionsweise hat sich das Verhältnis umgekehrt. Die Bildungs- und Wissensbedingungen haben sich stark verbessert, aber die im Produktionsbereich erzeugten Zeiterfahrungen sind nicht ohne Auswirkungen auf den Reproduktionsbereich geblieben, so daß im folgenden einige Aspekte in den ambivalenten Folgen des grundlegenden Vergesellschaftungsmodus von Jugendlichen, also in Individualisierungsprozessen aufgezeigt werden sollen.

Individualisierung meint keineswegs die umstandlose Verselbständigung von Individuen und damit einen kostenlosen Zuwachs an Freiheit. Vielmehr zeichnet sie sich durch eine Ambivalenz aus, in der die Zunahme von biographischer und Alltags-Zeit einhergeht mit einer Abnahme von gemeinsam geteilter Zeit, also von sozialer Zeit.

Das Abnehmen von sozialer Zeit ist solange kein Problem, wie damit die eigene Selbständigkeit wächst, das heißt sozial abgestützte Sicherheit umgeformt wird in innere Sicherheit. Dies ist kein Automatismus, sondern diese Umformung baisert auf gemeinsam geteilter Zeit, um Orientierungs- und Handlungsmuster ,,auszuhandeln''. Dies ist im Zuge von Indiviualisierung umso notwendiger, weil mit dem Abbröckeln von festen Rollen neue Pluralisierung einkehrt. Damit aber taucht auch — fals diese Handlungskompetenz nicht entwickelt ist — die Gefahr auf, daß Pluralisierung als Orientierungsverlust erfahren wird. Orientierungsverlust, der verbunden ist mit Unsicherheit, schafft nun keine günstigen Bedingungen für Geschichtsbewußtsein, sondern ist eher verbunden mit stabilisierenden Geschichtsbildern.

Und auch im Sozialraumzusammenhang zeigen sich weitreichende Veränderungen, die das traditionale Modell der Wohnumgebung ablösen durch ,,verinselte Lebensräume'': ,,Insofern enthält der historische Übergang vom einheitlichen zum verinselten Lebensraum ein Moment der Freisetzung des Individuums aus festen sozialen Einbindungen in einen Zustand mehr rational steuerbarer Verfügung über Bedingungen der eigenen Existenz'' (Zeiher, 1983). Damit einher gehen aber auch neue Abhängigkeiten durch fremdgesetzte Zeitregelungen, vor allem aber: ,,Um verinselten Lebensraum gehört der Einzelne nirgends in seiner ganzen Person hin, sondern immer nur mit Teilbereichen davon. Mit einem verinselten Lebensraum kann man nicht in gleicher Weise verwachsen wie mit einem einheitlichen Lebensraum'' (Zeiher, 1983). Mit dieser Zerstückelung des Raumes gehen Zeitzerstückelungen ebenso einher wie solche von sozialen Beziehungen, so daß Unverbindlichkeit einzieht. Diese Problematik im Bereich diskontinuierlicher Alltags-Zeit kann sich verstärken, wenn damit im Zuge des rapiden Wandels von Familienkonstellationen auch Diskontinuitäten in der biographischen Zeit hinzutreten.

Zwar nimmt die Gestaltbarkeit von Lebensläufen zu, gleichzeitig muß aber auch die eigene Verantwortung für das Gelingen selbst übernommen werden. Die in Individualisierungsprozessen auch eingelagerten Unsicherheitsgefühle können nun nicht an Traditionen anknüpfen, weil sie im Zuge der Modernisierung weitgehend aufgelöst oder zumindest entwertet sind: ,,In Traditionen sind die Lebenserfahrungen vorauslaufender Generationen und damit auch typische lebenslaufspezifische Veränderungen von Präferenzstrukturen gespeichert — doch mit der Entwertung von Traditionen wird dem Individuum dies aufgesammelte Wissen unzugänglich'' (Marquard, 1987).

Die Mischung aus Enttraditionalisierung, Diskontinuitäten von biographischer und Zerstückelung von Alltags-Zeit sowie die Veränderungsgeschwindigkeit im beruflichen Bereich verbinden sich zu hinderlichen Bedingungen für eine Entwicklung von Geschichtsbewußtsein. Diese Bedingungen tragen dazu bei, ,,daß der Zeitbegriff der jüngeren Generation oft nicht mehr geprägt ist durch die Vorstellung einer kausal zusammenhängenden und deshalb begreifbaren Aufeinanderfolge verschiedener Ereignisse und Stufen, sondern eher durch die eines *Hin* und *Her,* das der Beliebigkeit und dem Zufall unterliegt. Es ist offensichtlich, daß dieses Zerreißen von Kontinuitätserfahrung nicht nur die Vorstellungen über das individuelle Leben, sondern auch den Begriff von Geschichte betrifft und Folgen hat für die Fähigkeit, in soziale und politische Prozesse einzugreifen'' (Kühnl, 1990).

Verunsicherung in der Gegenwart

Soweit sich aus dem Produktionsbereich stammende Vergleichgültigung und aus dem Reproduktionsbereich herrührende Verunsicherungserfahrungen miteinander verbinden, gerät das Verhältnis zur historischen Zeit in problematisches Fahrwasser. Verunsicherung in der Gegenwart durch Beschädigung von Zukunft führt dazu, daß Ambivalenzen als widersprüchliche und Ambiguitäten als mehrdeutige Interpretationsangebote kaum mehr zugelassen werden. Insofern geht es nicht mehr um einen (immer auch verunsichernden) Diskurs als Element der Entwicklung von Geschichtsbewußtsein, sondern um stabilisierende Geschichtsbilder, die Gewißheiten vermitteln. Sie sind attraktiv, da sie Sicherheit versprechen und stehen zugleich in der Gefahr, daß sie Mythen kreieren, die vormoderne Zeiten als besonders human feiern.

Dagegen wird häufig eingewandt, daß von einem Verlust historischen Bewußtseins bei Jugendlichen keine Rede sein könne und es wird auf die Besucherzahlen in historischen Museen verwiesen. Lübbe bietet dazu die zunächst plausible Erklärung an, indem er diese Entwicklung als Ausgleich zur Modernisierungsgeschwindigkeit der Gesellschaft und zur Enttraditionalisierung bezeichnet. Gleichzeitig ist dies für ihn umstandslos ein Zeichen von Geschichtsbewußtsein. Genau dies ist aber keineswegs schon ausgemacht. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, daß ein Zuwachs besonders bei jenen Ausstellungen zu finden ist, die sich weit zurückliegenden Epochen widmen, die also mit dem eigenen Handeln kaum in Verbindung zu bringen sind. Insofern kann dieser Zuwachs auch ein Hinweis auf Flucht vor verunsichernder Realität und beschädigter Zukunft sein. Und auch die Verkaufserfolge von historischen Biographien sind nicht umstandslos als Zuwachs von Geschichtsbewußtsein zu bewerten, sondern

eher als Hinweis zu sehen, nach realen oder durch Autoren konstruierten Kontinuitäten zu suchen, die für die eigene Biographie und ihre Einfädelung in Zeitabläufe nicht mehr oder nur schwer erreichbar scheinen. Denn die andere Seite dieser Medaille zeigt die Schwierigkeiten, daß nämlich durch diese biographische Orientierung die allgemeinen, überindividuellen historischen Prozesse und Bedingungen gerade nicht sichtbar und zugänglich werden. Diese biographische Orientierung ist also eher das Gegenteil dessen, für das sie ausgegeben wird — und keineswegs ein Hinweis auf gestiegenes Geschichtsbewußtsein.

Insgesamt, so läßt sich resümieren, zeigt sich aufgrund der bisherigen Argumentation eine Unterbewertung der Schwierigkeiten zur Entwicklung eines Geschichtbewußtseins.

Als eine zentrale Annahme der historisch-politischen Sozialisation galt die These, daß die Resistenz von Jugendlichen gegenüber rechtsextremistischen Orientierungsangeboten in dem Maße wächst, je mehr sie über die NS-Zeit und vor allem über den Holocaust wissen. Diese Annahme läßt sich so einfach nicht mehr halten. Ein Grund hierfür ist die Entwicklung des Rechtsextremismus, die es keineswegs als angemessen erscheinen läßt, daß die politische Entwicklungszeit dieser politischen Richtung gewissermaßen ,,stillgelegt'' wird.

▶ Überbewertung des Geschichtsbewußtseins ◀

Eine Analogisierung mit der NS-Zeit trifft den heutigen Entwicklungsstand des modernisierten Rechtsextremismus nicht mehr und zum anderen geht damit eine Überbewertung des Geschichtsbewußtseins zur Aufklärung über den aktuellen Rechtsextremismus einher. Dort, wo die Zeit durch Erfahrung überwältigender Verunsicherung auf die Gegenwart zusammengeschrumpft ist, wird entweder die Abwesenheit von Geschichte eine Rolle spielen oder eine Hinwendung zu Sicherheit gebenden, mythendurchsetzten Geschichtsbildern. Dieses wiederum kommt dem Rechtsextremismus entgegen, so daß eher eine Auflösung bedrängender Verunsicherung ein Zulassen von Aufklärung über den aktuellen Rechtsextremismus ermöglicht als eine Fixierung auf ein Geschichtsbewußtsein, das unter den biographischen und alltäglichen Bedingungen sich nur schwer oder gar nicht entwickeln kann, wenn wir die eingangs aufgeführten definitorischen Bedingungen von Geschichtsbewußtsein ernst nehmen. Dies trifft derzeit insbesondere für Jugendliche in Ostdeutschland zu, wobei sich dort die Modernisierungsrückstände in den Formen des Rechtsextremismus widerspiegeln. Das heißt, daß es nicht überraschend kommt, daß dort vorübergehend noch neonazistische Gruppen agieren können.

Was die Folgen und Konsequenzen betrifft, die sich hinsichtlich der Bedeutungsveränderungen von Zeit für die politische Sozialisation im Ausschnitt der aufklärerischen historisch-politischen Bildung zum Nationalsozialismus und zum Rechtsextremismus ergeben, soll auf zwei Annahmen zurückgegriffen werden:

● *Eine* Annahme formuliert die Vorstellung, daß mit größer werdender Zeitlücke die Abstände des Erinnerns verkleinert, als Erinnern intensiviert werden muß, um so gewissermaßen Erinnerungsketten zu bilden, die nicht abreißen dürfen. Es erfolgt also eine Konzentration auf den Erinnerungsgegenstand, ohne die Adressaten genauer zu betrachten. Dadurch wird Zeit als Entwicklungszeit der Bedingungen des Aufwachsenes von Jugendlichen übersehen. Das bedeutet eine Vernachlässigung des Vergesellschaftungsmodus von Jugendlichen. Hier zeigt sich die *Unter*bewertung von Schwierigkeiten zur Entwicklung von Geschichtsbewußtsein.

● Die *zweite* Annahme, daß die Resistenz gegenüber dem Rechtsextremismus abhängig ist vom Wissen über den Holocaust, ist deshalb problematisch, weil Zeit als Entwicklungszeit des Rechtsextremismus gewissermaßen ,,stillgestellt'' wird. Damit wird die ,,Modernisierung'' des Rechtsextremismus vernachlässigt, der stattdessen immer noch in erster Linie in Analogie zur NS-Zeit gesehen wird, obwohl wir es heute mit einem *postfaschistischen Spektrum* zu tun haben. Insofern haben wir eine Überbewertung des auf die NS-Zeit fixierten Geschichtsbewußtseins für die Aufklärung der Ursachen des gegenwärtigen Rechtsextremismus.

Beide Annahmen basieren meines Erachtens auf äußerst trügerischen Fundierungen, so daß im Hinblick auf die Entwicklung von historischem Bewußtsein ein ,,Richtungswechsel'' vorgenommen werden muß. Nicht die Suche nach Re-Traditionalisierungen (als Antwort auf Enttraditionalisierungen) ist hier weiterführend, sondern nur der Versuch, die Beschädigung der Zukunft zu verhindern und Leben nicht dem Zwang auszusetzen, daß es auf ein ,,hier, jetzt, sofort, intensiv'' verdichtet und ,,verkürzt'' wird bzw. werden muß.

Die Schwierigkeiten der Entwicklung historischen Bewußtseins entstehen nach dieser Argumentation also *nicht* in erster Linie durch unterlassene Information. Sie können auch nicht hinreichend gemildert werden durch die Intensivierung von Erinnerung anläßlich von ,,Jubiläumstagen'' etc., sondern in erster Linie auf ,,Umwegen'' zu beheben, durch eine unbeschädigte biographische und alltägliche Zukunft einerseits sowie durch eine Wiederaneignung von sozialer Zeit andererseits. ■

Gekürzte und überarbeitete Fassung des Aufsatzes: Gefährdung historisch-politischen Bewußtseins durch Destruktion sozialer Zeit? in: Heitmeyer/Jacobi (Hg.), Politische Sozialisation und Individualisierung, Weinheim/München 1991, 261 - 275.

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

NORA RÄTHZEL

Rebellierende Selbstunterwerfung

Ein Deutungsversuch über den alltäglichen Rassismus

Nora Räthzel erklärt den alltäglichen Rassismus vor allem als ein Versuch als Akteur handlungsfähig zu sein, gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen, denen man sich ausgeliefert fühlt.

Daß Medien und PolitikerInnen die Stimmung mitproduziert haben, in der die rassistischen Angriffe stattfinden und von einem großen Teil der Bevölkerung in Ost und West befürwortet, von einem größeren geduldet werden konnten, ist fast schon Allgemeingut. Die Gründe, die dafür genannt werden, sind: Sie wollen von den eigentlichen sozialen und politischen Problemen ablenken, sie suchen einen Sündenbock für die soziale Misere, für das Versagen ihrer Politik. In diesen Begründungen fehlt jedoch ein wichtiger Aspekt: Es handelt sich hier um keine Einwegkommunikation. Die Stimmungsmache hätte keinen Erfolg, wenn sie nicht Haltungen, Überzeugungen, Ängste, Abwehrreaktionen ansprechen würde, die sowieso schon existieren, bzw. für die eine Übernahmebereitschaft bei dieser Bevölkerung besteht, deren Unterstützung man sich vergewissern will.

Die Erklärung, daß Politiker Sündenböcke und Feindbilder produzieren, findet ihre Entsprechung in den Versuchen, Rassismus im Alltag ebenfalls als Versuch zu begreifen, einen Sündenbock für die eigenen schlechten Lebensbedingungen zu finden. Man sagt und denkt: Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, um nicht erkennen zu müssen, daß es an den Verhältnissen liegt. Dieses wiederum will man nicht erkennen, weil es bedeuten würde, daß man sich für die Änderung dieser Verhältnisse einsetzen müßte. Bequemer ist es, sich die Schwächeren als Ursache des Problems vorzustellen und seine Aggressionen an ihnen auszulassen.

Aber, wie Osterkamp (1991) einwendet, die linken LehrerInnen, die ihr Kind von einer Schule mit hohem „Ausländeranteil" nehmen, weil es sich dort nicht entwickeln kann, lassen sich mit diesem Erklärungsmuster nicht begreifen. Die Sündenbockthese kann erst in einen umfassenderen Erklärungsrahmen fruchtbar werden.

Es geht nicht einfach um die „Ablenkung" von den „wirklichen" Problemen. Die Wirkungskraft von Formulierungen wie das „Ausländerproblem" oder das „Asylantenproblem" liegt darin, daß die Verschiebung der Probleme ein bestimmte Sichtweise auf die Gesellschaft und ihre Wirkungsweise produziert, die die Individuen in die Rolle von aktiv Handelnden versetzt.

Nehmen wir das Schulbeispiel. Viele „Ausländerkinder" senken das Niveau, heißt es. Betrachten wir die Sache ohne auf die Staatsangehörigkeit der Betroffenen zu achten, ließe sich hingegen sagen: Es werden ArbeiterInnen beschäftigt, ohne in die Infrastruktur zu investieren, die ihre Reproduktion ermöglicht. Das Problem ist die Unfähigkeit/Unwilligkeit, das Verhältnis von Produktion und Reproduktion zu re-

„Es gibt kein Volk, das ausländerfreundlicher ist als die Deutschen."
CDU/CSU-Bundestagsfraktionschef Alfred Dregger im Springer-Blatt „Bild".

gulieren. Solche Disparitäten zwischen Produktion und Reproduktion gehören zum Alltag der kapitalistischen Marktwirtschaft und sind eine Grundlage für die tiefe und allgemeine Unsicherheit, die das Leben aller Gesellschaftsmitglieder bestimmt. Diese Unkontrollierbarkeit der Verhältnisse wird nun transformiert in eine Kontrollierbarkeit der „Ausländerzahl". Damit schlägt man mehrere Fliegen mit einer Klappe: Es verschwinden nicht nur die spezifischen gesellschaftlichen Disparitäten und Ausbeutungsverhältnisse, sie werden zudem in ein „lösbares" Problem verwandelt. Alle, PolitikerInnen, LehrerInnen, Eltern können ein Stück Handlungsfähigkeit entwickeln, indem sie darüber streiten, wie das „Ausländerproblem" an den Schulen gelöst werden kann. Sie können die Kontrolle ausüben, die, auf den Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung angewandt, als unzulässiger Staatseingriff, Bürokratisierung, Dirigismus, etc. gebrandmarkt ist.

Der „Vorteil" die ökonomischen Disparitäten als „Ausländerproblem" begreifen und entsprechend handeln zu können, liegt aber nicht nur darin, daß Einwanderer die schwächste, weil rechtloseste Gruppe in der Gesellschaft sind und ihre Kontrolle daher risikolos. Der Vorteil liegt vor allem darin, daß ein innerer Widerspruch in einen „Innen-Außen-Gegensatz" transformiert werden kann. Auf diese Weise wird das Schutz bietende „Innen", der eigene Zusammenhalt, überhaupt erst hergestellt. Es wird eine handlungsfähige Gemeinschaft geformt, die gewillt und in der Lage ist, die Probleme „anzupacken".

Insofern ist es verkürzt zu sagen, die deutsche Bevölkerung in ihrer Mehrheit hätte Angst vor „Ausländern" und diese müsse man ernst nehmen. Genau besehen ist das Gegenteil wahr: die zu Ausländern gemachten InländerInnen, die zu Asylanten und Wirtschaftsasylanten gestempelten Flüchtlinge nehmen den Leuten die berechtigte Angst, den Verhältnissen ausgeliefert zu sein. Sie ermöglichen es uns (den „legitimen" Deutschen) gerade durch die Angst vor der äußeren Bedrohung eine innere Harmonie, eine Heimat zu imaginieren, deren relative Stabilität gerade auf der Instabilität in der übrigen Welt basiert.

So ist es zwar richtig, daß Medien und PolikerInnen Rassismus mitproduzieren, aber ihren Erfolg ziehen sie daraus, daß die Problemdefinitionen, die sie geben, sich sowieso „spontan" im Alltag aufdrängen. Sie gehören zur Art und Weise, in der die Individuen ihre gesellschaftliche Unterordnung als eigenständiges, kompetentes Handeln (er)leben. Dazu ein Beispiel aus unserem Arbeitszusammenhang, der Erforschung des alltäglichen Rassismus. In einem Seminar zum Thema: Rassismus in der Alltagskultur bat ich die Studentinnen aufzuschreiben, was ihnen zu den Begriffen türkische Frauen und deutsche Frauen einfiel.

Das Ergebnis war erstaunlich einheitlich. In allen Beschreibungen der etwa 25 Studentinnen wurden die deutschen Frauen als aktiv beschrieben, selbst in der Unterdrükkung. Sie sind nicht eigentlich unterdrückt, sie unterwerfen sich: sie sind unterwürfig, zahm, unpolitisch, rollenfixiert, etc. Schauen wir uns die parallelen Bilder türkische Frauen an, so finden wir Begriffe wie, wirken oft leidend, fühlen sich einsam, müssen sich dem Mann unterwerfen, etc. Während es so aussieht, als ob deutsche Frauen sich nur einen Ruck geben müßten, um sich aus der Unterdrückung zu befreien, sind türkische Frauen in einem Zwangssystem eingeschlossen, aus dem sie sich nicht befreien, an dem sie nur still leiden können. Und selbst wenn sie sich aus diesem Zwangssystem befreien können, kommen sie nur in ein Neues. Denn unsere Lebensform ist ihnen nicht gemäß, sie sind dann nur *verwestlicht*, das heißt neuerlich einem System *passiv* unterworfen, das etwas aus ihnen gemacht hat, was ihnen nicht entspricht.

Was das Feindbild für das Selbstbild bedeutet

Man kann verschiedene Spekulationen über die Bedeutung dieser Bilder für die deutschen Frauen anstellen: Die Darstellung der türkischen Frau als Opfer (ich denke, daß allen klar ist, daß kein Mensch überleben könnte, der auf eine solche Situation und auf bloßes Opfer-Dasein reduziert wäre), ermöglicht einerseits Mitleid (ein edles Gefühl, müßten wir ihn sonst nicht verachten?) mit den derart Unterdrückten, andererseits läßt es uns unsere eigene Situation sehr viel erträglicher erscheinen. Wir konstruieren uns selbst als zumindest potentiell handlungsfähig — gerade auch in der Art, in der wir die negativen Seiten unseres Lebens und unseres Verhaltens beschreiben.

Diese verschiedenen Darstellungen der Unterdrückung geben zudem einen Einblick in die Art und Weise, wie im Alltagsdenken gesellschaftliche Zusammenhänge gedacht werden:

Während bei der Beschreibung der türkischen Frauen die gesellschaftlichen Verhältnisse in Gestalt von Patriarchat und Religion dominierend sind, kommen sie in den Beschreibungen der deutschen Frauen so gut wie überhaupt nicht vor. Reduziert man aber die Täterthese auf die individuelle Aktivität, dann landet man bei einer Sichtweise, die den Frauen die Schuld an ihrer schlechten Situation anlastet. Dann wird aus dem Aufruf, „laßt uns gemeinsam die Verhältnisse verändern, denn wir stellen sie auch selbst her'", der Vorwurf: „Du bist selbst schuld, wenn es Dir schlecht geht". Oder umgekehrt, die Weisheit: „Jeder ist seines Glückes Schmied". Und damit sind wir bei einer der zentralen ideologischen Vergesellschaftungskategorien unserer Gesellschaft angelangt, bei der Selbstverantwortlichkeit des autonomen Individuums, mit anderen Worten bei dem Leistungsprinzip, nach dem unsere Gesellschaft angeblich ausschließlich funktioniert. Das Bild der Anderen dient dazu selbst noch in den eigenen Befreiungsanstrengungen die Verhältnisse so wahrzunehmen, das die grundlegenden Unterdrückungsstrukturen nicht thematisiert werden.

Es ist also nicht nur die Instabilität der Beziehungen und Selbstbilder, wie Heitmeyer (1989) und viele andere meinen, die rassistische Bilder hervorbringt, vielmehr gehören zu den stabilen Identitäten, die sich widerständig in die Verhältnisse einordnen, solche statischen Bilder des Anderen, die das Eigene erst lebbar und erträglich machen.

Einen ähnlichen Mechanismus führen Ebermann und Trampert (*konkret*, November 1991) an, sich auf Adorno stützend: „Ihre stumpfen Reste einer Sehnsucht nach Glück werden in diesen Verhältnissen... nicht erfüllt, auch nicht mit einem Lottogewinn."

Diese Erklärung scheint auf der Hand zu liegen und erinnert an den Beginn der 68er-Bewegung, als einige von uns Wilhelm Reich verschlangen und meinten, ein befriedigendes Sexualleben würde die Menschen revolutionieren und es Staat und Kapital unmöglich machen, sie zu unterdrücken und auszubeuten.

Es stimmt, daß Körperlichkeit, Sexualität und Emotionalität die Bilder des Anderen bestimmen, sei es daß ihre vermeintlich größere Nähe zur Natur bewundert oder verachtet wird, wobei auch diese Verachtung eine Form des Begehrens ist (Vgl. Kalpaka/Räthzel 1990, Hall 1989), Cohen 1990). Aber dieses Bild ist unzureichend. In ihm erscheinen die „betrogenen Massen" (Adorno bei Ebermann und Trampert zitiert) als passive Opfer, deren Natur unterdrückt wird. Die Entgegensetzung von Natur und Gesellschaft, Arbeit und Lust wird reproduziert. Aber gerade diese Entgegensetzung gehört zum Problem, nämlich zur besonderen Form der individuellen Vergesellschaftung im industrialisierten Kapitalismus, in der Lust und Befriedigung als Gegensatz zur Arbeit gedacht sind (das macht jede Arbeit akzeptabel und reduziert die Kämpfe im Arbeitsbereich auf Abwehr von Gesundheitsschädigung und um höhere Löhne) und Lust sich wiederum auf eine bestimmte Form von Sexualität reduziert („ficken") (vgl. Haug, F. 1983, Foucault 1979).

Es ist hier nicht der Ort, das weiter auszuführen, die Argumentation läuft jedenfalls auf den Vorschlag hinaus, *Rassismen* und ihre Vorformen, statische Bilder des Anderen, nicht ausschließlich als Resultat einer Depravierung, sei sie ökonomisch oder sexuell, zu *begreifen*, sondern als *eine Aktivität, die es den Akteuren ermöglicht, sich als Handelnde in Verhältnissen zu konstituieren, denen sie ausgeliefert sind*. Ich habe das mal „rebellierende Selbstunterwerfung" genannt und halte das immer noch für einen brauchbaren Begriff, weil er die Aktivität der Individuen und die Herrschaftsverhältnisse, in denen sie geschieht, gleichzeitig benennt. Es ist der Versuch, die Täter (und da-

mit meine ich nicht nur die Neonazis, sondern tatsächlich uns alle, die nicht bei jeder Gelegenheit für die Rechte der EinwanderInnen und Flüchtlinge und für das Ende der weltweiten Ausbeutungsverhältnisse eintreten) weder als reine Opfer der Verhältnisse zu begreifen, noch sie in selbstgerechter Empörung als Meute oder verführte Massen darzustellen.

Perspektiven

Es gibt nicht die *eine* wahre Perspektive, die sich stromlinienförmig aus einer Analyse ableiten ließe. Schon deswegen nicht, weil es verschieden Rassismen gibt, die unterschiedliche Strategien erfordern. Gegen Pogrome, gegen Mord- und Brandanschläge muß der Einsatz des Staatsapparates eingeklagt werden. Nicht, weil dadurch die rassistischen Jugendlichen von ihrem Verhalten kuriert würden, oder weil wir plötzlich Vertrauen in die antirassistische Haltung des Staates hätten, sondern weil der unmittelbare Schutz der EinwanderInnen absolute Priorität haben muß vor langfristigen Überlegungen wie Rassismus insgesamt, auch der alltägliche, zu bekämpfen wäre.

Gleichzeitig ist es notwendig, die Begrenztheit dieser Aktionen zu sehen und langfristige Strategien in Angriff zu nehmen. Auch hier hat wieder die Sicherheit der EinwanderInnen Priorität. Nötig sind gleiche Rechte, sowohl ein Niederlassungsrecht wie doppelte Staatsbürgerschaft, das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und auf Fachunterricht in der Muttersprache, kurz: Alle die Rechte, die der bürgerliche Staat zu bieten hat, sind eine Voraussetzung dafür, daß ein Miteinander oder auch ein Nebeneinander leben möglich wird. Sie sind keine Garantie dafür, sie schaffen auch nicht den Rassismus ab, aber sie bilden die Grundlage dafür, daß EinwanderInnen in den weiter bestehenden Konflikten nicht von vornherein am kürzeren Hebel sitzen.

Obwohl gleiche Rechte und Minderheitenrechte eine Voraussetzung sind, können sie gleichzeitig nur das Ergebnis eines Umdenkungsprozesses sein. Ein Prozeß, in dem einer Mehrheit oder mindestens einer einflußreichen Minderheit klar wird, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Gesellschaft ist, die sich ebenso aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammensetzt, wie andere westliche Industrieländer (und sowieso alle Nationalstaaten auf der Welt).

Deshalb halte ich es zwar für richtig, das Konzept der Multikulturalität zu kritisieren (das ja u. a. diesen Gedanken propagiert), sofern darin die Notwendigkeit gleicher politischer und bürgerlicher Rechte verschwindet und EinwanderInnen auf ihre Andersartigkeit und auf ihre Kultur festgelegt und reduziert werden. Es ist aber kurzschlüssig, „Kultur" und Politik gegeneinander auszuspielen.

Die endlosen Diskussionen, in denen die eine Seite darauf insistiert, Ethnizität sei eine Konstruktion der herrschenden Wissenschaft und Politik, die bei den EinwanderInnen zur Selbstethnisierung, und damit zu einer Entpolitisierung führe und die andere Seite dagegen setzt, die „kulturelle Identität" müsse bewahrt, bzw. entwickelt werden können, sind so überflüssig wie ein Kropf. Es liegt auf der Hand, daß beide Seiten etwas Richtiges formulieren, es aber zugleich durch ihre Verabsolutierung ad absurdum führen. Die Fragen, die wir eigentlich diskutieren sollten, sind z.B. wie gleiche Rechte mit dem Recht auf eigenständige Lebensformen zu vereinbaren sind; wie verhindert werden kann, daß das berechtigte Bedürfnis, eigene kulturelle Lebensformen zu entwickeln,einerseits der herrschenden Mehrheit einen Vorwand bietet, EinwanderInnen auf ihre „Ethnizität" zu reduzieren und andererseits der Rekurs auf „kulturelle Identität" herrschenden Gruppen innerhalb der Minderheiten (Männern zum Beispiel) als Rechtfertigung dient, andere Gruppen innerhalb dieser Minderheit (Frauen zum Beispiel) zu unterdrücken.

Entwicklung von Handlungsfähigkeit

Ein langfristig angelegter Versuch, Rassismus zu bekämpfen, müßte das Bedürfnis an gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zum Ausgangspunkt nehmen, das sich in den verschiedenen Rassismen in unterschiedlicher Weise äußert. Das ist nicht in der platten Weise zu verstehen, daß man die Leute irgendwie überzeugt, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu bekämpfen, statt die „Ausländer". Wir wissen ja, daß auch Linke vor rassistischen Denk- und Handlungsweisen nicht gefeit sind. In der allgemeinen Struktur der rebellierenden Selbstunterwerfung werden jeweils spezifische Lebenskonflikte artikuliert/gelebt, für deren imaginäre Lösung ein bestimmtes Bild von „Ausländern, Asylanten" herhalten muß. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es oft schon nützt, diese individuelle Konfliktlösungsstrategie (die so individuell nicht ist, wie die Beispiele oben zeigen) erkennbar zu machen, um die Aktivitäten umzuorientieren: Beispielsweise von der Veränderung der Einwandererkinder auf die Veränderung der Schule. Aber unsere Erfahrungen beziehen sich auf die Arbeit mit Leuten, die bereit sind, sich auf die Fragestellung einzulassen. Ob ähnliche Handlungsmöglichkeiten mit denen gegeben sind, die auf ihren Rassismus geradezu stolz sind, müßten diejenigen wissen, die in diesem Bereich arbeiten. Es wäre sinnvoll, eine öffentliche Diskussion dieser Erfahrungen zu organisieren.

Aber man kann nicht mit einer ganzen Gesellschaft Seminare über Rassismus machen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die Reaktion der Grünen und von Bündnis '90 auf die Debatte um das Asylrecht so deprimierend. Mit ihrem Vorschlag zu einem Einwanderungsgesetz haben sie sich dem herrschenden Konsens unterworfen, daß die Einwanderer und ihre Zahl das Problem darstellen. Die Verfechter von „offenen Grenzen" argumentieren in der gleichen Logik. Wenn Ebermann und Trampert die Kritik, dieses Konzept ändere nichts an der ungerechten Weltwirtschaftsordnung mit der ironischen Bemerkung zurückweisen, es helfe auch nicht gegen Zahnschmerzen, ist das ein bißchen dünn. Die Forderung nach „offenen Grenzen" sollte, so sagen sie, lediglich deutlich machen, daß die BRD eines der größten Profiteure an dieser Weltwirtschaftsordnung ist und es daher „eine Schweinerei" sei, der Minderheit, die versuche, sich bis hierher durchzuschlagen, die Einreise zu verweigern. Aber kein Schwein zu sein ist nicht genug.

Die Befürworter des Einwanderungsgesetzes sagen völlig zu Recht, daß es nötig ist, konkrete politische Vorschläge zu machen. Deshalb wäre es ihre verdammte Pflicht gewesen, die konkreten Strukturen der „ungerechten Weltwirtschaftsordnung", insbesondere die Verflechtungen der BRD darin, zu studieren und auf dieser Grundlage konkrete politische Vorschläge zu entwickeln. Die wären erstmal genausowenig im Bundestag durchgekommen wie das Einwanderungsgesetz durchkommen wird. Sie hätten aber die Diskussion verschoben, eine andere, adäquatere Problembestimmung in die öffentliche Debatte gebracht. Wenn unsere Analyse richtig ist, daß es um die Entwicklung von gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit geht, dann hilft es wenig, allgemein von einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung zu sprechen, aber die konkrete Politik im vorgegebenen Rahmen der „Regulierung" von Einwanderung zu formulieren. Damit wird geradezu bestätigt, daß diese Weltwirtschaftsordnung ein nebelhaftes Abstraktum ist, gegen das man sowieso machtlos ist und daß der einzige Bereich, in dem man wirklich handlungsfähig ist, die Steuerung der Einwanderung ist. Damit ist aber die Einwanderung, sind die weltweiten Fluchtbewegungen wieder von dieser Weltwirtschaftsordnung abgekoppelt. ■

JOSEF ESSER

Das neue Deutschland — zwei Gesellschaften in einem Staat (Teil 2)

Im neuen deutschen Staat existieren auch nach dem 3. Oktober 1990 zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturen. Der erste Teil von Jupp Essers Artikel (vgl. auch *links* Nr. 258) handelte von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Einheit, von der Desindustrialisierung und der sie begleitenden Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. In dem hier folgenden zweiten Teil analysiert der Autor die Politik der Treuhand, die staatliche Wirtschaftsförderung und zeigt Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland auf.

Die Wirtschafts- und Sozialunion zur Reintegration der ehemaligen DDR in den westdeutschen Wirtschafts- und Sozialraum läßt sich systematisch nach drei Dimensionen unterscheiden: Die Industrie- und strukturpolitischen Funktion zur Privatisierung und Sanierung der bisher verstaatlichten DDR-Wirtschaft wird von der *Treuhandanstalt* wahrgenommen. *Staatliche Sonderprogramme,* steuerpolitische Maßnahmen sowie bereits in Westdeutschland praktizierte Födermaßnahmen sollen die Umstrukturierungsprozesse zusätzlich flankieren. *Arbeitsmarktpolitische* Maßnahmen sollen den Beschäftigten-Abbau sozialverträglich gestalten und die Qualifikation der DDR-Beschäftigten verbessern.

Entsprechend der neoliberalen Ideologie, die bereits bei der Eingliederung der ehemaligen DDR in den Staatsverband der BRD für den sozioökonomischen Transformationsprozeß konstitutiv gewesen war, erklärte die Treuhandanstalt zunächst die Privatisierung sogenannter wettbewerbsfähiger und die Liquidierung sogenannter nichtwettbewerbsfähiger Unternehmen zu ihrer prioritären Aufgabe. Für struktur-, industrie- oder gar sozialpolitische Ziele fühlte sie sich nicht zuständig. Mit dieser harten Kahlschlagspolitik hatte sie sich allerdings recht bald nicht nur bei der ostdeutschen Bevölkerung sondern auch bei den politischen Repräsentanten von Kommunen und neuen Bundesländern sehr unbeliebt gemacht. Und auch die Gewerkschaften forderten bei Massendemonstrationen vehement, daß die Sanierung von Unternehmen ihrer Liquidierung oder Privatisierung der Vorzug zu geben sei. Nicht zuletzt, um überhaupt noch industrielle Strukturen in Ostdeutschland zu retten.

▶ Die Politik der Treuhand ◀

Als im Frühjahr 1991 die Arbeitsplatzverluste in Ostdeutschland drastisch zunehmen und sich die sozialen wie politischen Proteste von Gewerkschaften die Kommunal- und Landesregierungen gegen die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt häuften, zwang die Bundesregierung die Treuhand zu einer Änderung ihrer politischen Prioritäten: Diese sollte jetzt der Sanierung derzeit noch nicht rentabler Betriebe einen höheren Stellenwert einräumen als der Liquidierung. Außerdem sollte jetzt struktur-, industrie- und arbeitsmarktpolitische Aspekte bei der Entscheidung über das weitere Schicksal eines Betriebes in Betracht gezogen werden. Schließlich gelang es den Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer, größeren Einfluß bei anstehenden Betriebsstillegungen oder Massenentlassungen zu nehmen. Zwar entschied die Treuhandanstalt formell weiterhin allein über den Zukunft eines Unternehmens. Und formell sind allein die Landesregierungen für struktur-, regional- oder arbeitsmarktpolitische Folgen zuständig. Indem sie aber Treuhand-Wirtschaftskabinette gebildet haben, die von der Treuhandanstalt frühzeitig über bevorstehende Stillegungen zu informieren sind, hat sich so etwas wie ein neues korporatives Aushandlungssystem zwischen Treuhandanstalt, Landesregierungen, Gewerkschaften und Kommunalvertretern etabliert, über dessen Funktions- und Wirkungsweise freilich heute kaum Aussagen zu treffen sind. Die neue Struktur ermöglicht auch den zwei Landesvertretern im Verwaltungsrat der Treuhand sowie den Gewerkschaftsvertretern eine bessere Anbindung an die jeweiligen regionalen Problem- und Interessenlagen.

Die bisherigen Ergebnisse der Privatisierungs- und Sanierungspolitik der Treuhandanstalt hinsichtlich ihrer Integrationseffekte sind nicht eindeutig: Zwar ist sie mit der Entflechtung der großen Industrie- und Handelsgesellschaften ein Stück weit vorangekommen, so daß aus ursprünglich 9000 Unternehmen 10000 geworden sind. Und davon wurden bis September 1991 rund 3000 privatisiert. Ob diese privaten Firmen jedoch zur Revitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft beizutragen vermögen, kann heute niemand sagen. An die Stelle der Großunternehmen sind außerdem eine Vielzahl kleiner und mittlerer Betriebe getreten, von denen ein Drittel nicht mehr als zweihundert und ein weiteres Drittel nicht mehr als vierhundert Beschäftigte hat. Trotzdem sind diese neuen Mittelbetriebe wohl nur lebensfähig, wenn sie als Zuliefererfirmen in die Produktions- und Vermarktungsstrategien westdeutscher oder ausländischer transnationaler Großkonzerne integriert werden — und dazu gibt es bislang nur bescheidene Anfänge im Bankenbereich, in der Energiewirtschaft, in der Automobilindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und dem Elektro-

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
November-Ausgabe des *express*:

Die Not des Augenblicks — Gewerkschaften in der Sowjetunion ● Umweltberater im Betrieb — ökologische Rationalisierung und ArbeitnehmerInneninteressen ● Arbeiterbildung in der Krise ● Totale Qualität bei Fiat ● Streiks bei Renault und soziale Unruhen in Frankreich ● Denken im Umbruch — Literatur zu Europa ● Kontrolle ist gut — Vertrauen ist billiger — Dokumentation der *express*-Tagung „Beschäftigtenbeteiligung" ● Gewerkschaftsspiegel ● Blick über den Zaun — internationale Nachrichten ● Buchbesprechung u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

konzern Siemens.

Weiter prognostiziert die Treuhandanstalt, daß siebzig Prozent der noch in ihrem Besitz befindlichen Firmen sanierungsfähig seien. Überprüfen aber lassen sich solche Angaben kaum. Denn als sanierungsfähig wird ein Unternehmen dann eingeschätzt, wenn die Experten der Treuhand das vom Unternehmen vorgelegte Sanierungskonzept für marktfähig halten. Ob diese Beurteilung dann jedoch dem harten weltweiten Wettbewerb standhält, bleibt völlig offen. Insgesamt ist wohl zu sagen, daß es der Treuhandanstalt bisher kaum gelingen konnte, im Osten Deutschlands eine moderne und wettbewerbsfähige Industriestruktur aufzubauen. Die meisten privatisierten Betriebe gehören dem Dienstleistungsbereich oder der Bauwirtschaft an. Stattdessen konnte nur mittels massiver Finanzhilfen erreicht werden, daß in Ostdeutschland noch Werften, eine chemische Industrie, eine optoelektronische, eine Stahl- und eine Textilindustrie existieren. Und berücksichtigt man den weltweit immer härter werdenen Konkurrenzkampf in diesen Branchen, kann man sich kaum vorstellen, wie diese Unternehmen aus eigener Kraft überleben sollten. Trotzdem ist es als positiv zu bewerten, daß diese Branchen zumindest vorerst vor dem Absturz bewahrt werden konnten.

Bisher haben alle Privatisierungs- und Sanierungsbemühungen der Treuhandanstalt den rapiden Arbeitsplätzeabbau nicht aufhalten können. Bis Ende 1991 wird die Beschäftigtenzahl der Treuhandunternehmen, der Anfang 1991 noch 3,4 Millionen betrug, auf die Hälfte zurückgegangen sein. Und zur Sicherung allein dieser Arbeitsplätze werden gewaltige Summen aus der Staatskasse nötig sein. In Westdeutschland kostet ein wettbewerbsfähiger Arbeitsplatz in der Industrie zwischen 150 000 und 200 000 DM, in den High-Tech-Branchen sogar ein Vielfaches davon. Nach dieser Rechnung würde die Sicherung von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen bei den Treuhandfirmen rund 300 Milliarden DM kosten. Und die Bundesregierung rechnet intern sogar damit, daß die Treuhand für ihre Sanierung bis zum Jahr 2000 rund 400 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln benötigt — die Erlöse der Treuhand aus Firmen-, Grundstücks- und Immobilienverkäufen sind hier schon berücksichtigt.

▶ Staatliche Wirtschaftsförderung ◀

Es hat immer schon zur politischen Philosophie der „sozialen Marktwirtschaft" in der BRD gehört, über staatliche Förderungsprogramme in Form von Kredit- und Bürgschaftsprogrammen, über Steuererleichterungen, über das zwischen Bund und Ländern abgestimmte Programm zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur oder über technologiepolitische Sonderprogramme die ökonomische Entwicklung der Volkswirtschaft und ihre Modernisierung politisch zu flankieren. Insofern war es eigentlich eine Selbstverständlichkeit für die politischen Akteure in Westdeutschland, diese Programme auf das Beitrittsgebiet zu übertragen. Und — so stellt die Deutsche Bundesbank fest — inzwischen stünde auch für die neuen Bundesländer ein umfangreiches und vielgestaltiges Bündel von staatlichen Förderangeboten zur Umstrukturierung und Integration der ostdeutschen Wirtschaft zur Verfügung. Diese sollen hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Erwähnt seien nur die Sondermaßnahmen: Der „Fond der deutschen Einheit", ein Gemeinschaftsprogramm von Bund und westdeutschen Ländern in Höhe von rund 100 Milliarden DM für fünf Jahre (bis 1994) sowie das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost", das die Bundesregierung im März 1991 sehr eilig zur Dämpfung der massiven sozialen und politischen Proteste verabschiedete und das in den nächsten zwei Jahren zusätzliche 24 Milliarden DM zur Finanzierung von öffentlichen und privaten Investitionen zur Verfügung stellt.

Wichtig ist, daß all diese Programme und Einzelmaßnahmen nicht integraler Bestandteil eines abgestimmten und vorausschauenden Konzepts einer „Struktur- und Industriepolitik" in den neuen Bundesländern sind. Vielmehr handelt es sich um kaum miteinander verbundene, sich teilweise überlappende oder konterkarierende Einzelstücke, deren Hauptfunktionen zum einen symbolisch die Hilfsbereitschaft des Staates für Ostdeutschland demonstrieren sollen, zum anderen die soziale Sprengkraft des Deindustrialisierungsprozesses dämpfen und die ostdeutsche Bevölkerung davon abhalten sollen, massenhaft in den Westen Deutschlands zu kommen.

Ob diese Programme dazu beitragen werden, die DDR-Wirtschaft erfolgreich umzustrukturieren, läßt sich heute kaum beantworten. Was sie aber — neben den noch zu diskutierenden arbeitsmarktpolitischen Programmen — auf jeden Fall bereits bewirkt haben, ist ein enormer Anstieg der deutschen *Staatsverschuldung*. Diese hat sich seit Mitte 1990 sprunghaft ausgeweitet, nachdem sie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre relativ maßvoll zugenommen hat. Laut Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums fließen 1991 rund 165 Milliarden DM aus den Budgets von Bund und westdeutschen Ländern und Gemeinden in die ehemalige DDR, 21 Milliarden DM allein für die Treuhand, um deren Defizite bei der Privatisierungs- und Sanierungspolitik auszugleichen. Die Deutsche Bundesbank stellt zur Treuhand fest, diese habe sich bereits zu einer Art Nebenhaushalt entwickelt, wo auch in den nächsten Jahren erheblicher Kreditbedarf entstehen dürfte. Die Kredite aller öffentlichen Stellen in Ost- und Westdeutschland einschließlich der Treuhand betragen 1991 177 Milliarden DM. Für die Deutsche Bundesbank und das Bundeswirtschaftsministerium können die (vor allem) kreditfinanzierten Kosten für die deutsche Einheit nur kurzfristig verkraftet werden,

sehr wird die Gesellschaft als ideologisch eindeutig ausgerichtete Entitt aufgefaßt und übersehen, daß Ideologien selbst Feld und Objekt gesellschaftlicher Kämpfe sind, sich weder aus ökonomischen Konstellationen ableiten lassen noch in Apparaten und Kulturindustrien völlig aufgehen.

Doch auch die eingangs rezipierten diskurstheoretischen Überlegungen und Arbeiten orientieren sich, wie die v. Dijks, sehr stark an dem Absickerschema: Eliten-Medien-Masse. Zwar betont er, „daß solche Formen des Elitediskurses nicht konspirativ sind. Im Gegenteil, trotz interner Widersprüche und konfligierender Interessen halten sie durch schlichten Konsens zusammen." Doch ist es genau dieser Konsens, der erklärungsbedürftig wäre.

Und auch Jürgen Link, dessen Diskursbegriff eine Verklammerung von Sprechen und Handeln antizipiert, expliziert sie auf der Ebene der symbolischen Taten, aber nicht auf der Ebene nicht-symbolischer Praktiken.

▶ Rassistische soziale Bewegungen ◀

So fehlt es, genau betrachtet, an Erklärungen, warum die diskursive Eskalation 1991 stattfand und warum ihr nicht-diskursiver Resonanzboden so laut war.

Die Heftigkeit, organisatorische Unkoordiniertheit und relativ breite, verhohlene und unverhohlene Symathie für die sichtbaren Gewalttaten seit dem Sommer erlaubt es — bei aller Vorsicht — die Hypothese einer *rassistischen sozialen Bewegung* aufzustellen, die selbst auf eine komplexere soziale Konstellation verweist. Etienne Balibar warf deshalb 1989 im französischen Kontext die Frage auf, „wie wir erkennen können, in welchem Maße eine relativ neue Sprache als Ausdruck einer neuen Artikulation zu begreifen ist, in der sich in einer *auf Dauer angelegten Weise* gesellschaftliche Praxis und kollektive Vorstellungen, Lehren von Wissenschaftlern und politische Bewegungen miteinander verbinden. Kurzum, um mit Gramsci zu sprechen, die entscheidende Frage liegt darin, zu erkennen, ob sich hier so etwas wie ein *Hegemonie-Verhältnis* abzeichnet." (Balibar 1990)

Die am weitestgehenden Versuche bei der Diskussion der These Balibars gehen dahin, die o.g. Latenz nicht als eine sich überhistorisch durchhaltende Ideologie und gesellschaftliche Struktur des Rassismus zu begreifen, sondern diese eher als eine Art Reservoir zu deuten, das sich selbst aktiviert und „an und abgestellt"(Adorno/Horkheimer) wird. Wobei sich die Artikulationen je nach historischen, sozialen, politischen und territorialen Kontexten verändern. „Man sollte davon ausgehen, daß ein aus der Vergangenheit ererbter Diskurs umgeformt wird, wenn er in einem neuen Zusammenhang die Welt begreifbar machen soll. Zugleich regen neue Lebensumstände die Herausbildung neuer Darstellungsformen an" (Miles 1991).

Im Zusammenhang mit Balibars Anspielung an Gramsci scheint es ratsam, nicht identifizierend danach zu suchen, wo der immergleiche Rassismus erscheint. Der Behandlung des *einen* Rassismus widersprechend, sollten stattdessen *die* Rassismen in ihren jeweiligen Kontexten und Verknüpfungen analysiert werden.

Gerade die Alltagskultur, die sich im Moment so überraschend offen rassistisch äußert, wird Gramsci zufolge nicht durch *kohärente*, sondern durch bizarre Diskurse geformt. Der Gehalt des Rassismus (Miles) tritt dort in sehr wandlungsfähigen Masken auf. Man sollte deshalb genau hinhören, *was* "wie" gesagt wird, und *wer* "wie agiert".

Einige der historisch vorfindbaren ideologischen Verknüpfungen von Rassismen ergeben sich im Kontext mit Nationalismus (Balibar 1990), sexistischen Diskursen (Kristeva 1990) und Biopolitik (Foucault 1978). Die wenigen Arbeiten der französischen Annalés-Historikerin Lucie Varga (1991) über dörfliche Konstellationen, in denen Antisemitismus und Nationalsozialismus im Zuge der Durchsetzung des Fordismus und der damit verbundenen gesellschaftlichen Krisen Fuß faßte, könnten wegen ihrer mikrophysikalischen Genauigkeit als Vorbild für Forschungen darüber dienen, wie rassistische Diskurse materielle *Macht* erringen, indem sie *subjektiv* werden.

Für die in der theoretischen Diskussion verstärkt gestellte Frage nach dem Subjekt, nach der subjektiven *Funktionalität* rassistischer Diskurse, bieten ihre Untersuchungen reichlich Material. Sie arbeitet heraus, warum es in den genannten Konstellationen ein verbreitetes Interesse der Individuen gab, faschistische und antisemitische Diskurse *aktiv* zu konstruieren und zu reproduzieren.

In solch einem Kontext möchte ich die Beobachtung Heitmeyers der *Vereinzelung und Individiualisierung* im Zuge der Herausbildung postfordistischer Gesellschaftsstrukturen interpretieren. Rassismus und Nationalismus durchdringen sich im Moment nicht zufällig. Beide arbeiten an einem *Heimat*-Kollektiv, welches territorial oder kulturell bestimmt wird. Beide verstärken sich und damit die Grenze, jenseits derer das *Außen* liegt und in dem sich das *Heimat*-Kollektiv selbst negativ spiegelt. Der *Geborgenheits- und Sinneffekt* dieses Mechanismus liegt auf der Hand.

Aufgrund der gesellschaftlichen Bandbreite und Variabilität der Rassismen schlägt Balibar als Strategie die Zersetzung der rassistischen Gesellschaften vor. Denn eine Zerstörung des Rassismus setzt nicht nur voraus, daß dessen Opfer dagegen revoltieren, sondern auch die Rassisten selbst müssen sich verändern. Eine Diskussion darüber, was dies heißen könnte, steht leider in Deutschland noch aus. ■

** Dieser Text wäre ohne die Anregungen aus mehreren Diskussionen mit Alex Demirovic so nicht denkbar gewesen.*

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Frauen heute: Neue Ansprüche — neue Konflikte (Heft 40)
Windaus-Walser: Der offene Konflikt ist mir lieber. Gisela Wölbert interviewte Karin Windaus-Walser zum Geschlechterverhältnis ● *Frommel:* Gleichheit und Differenz. Männliche Gerechtigkeitsmathematik versus weiblicher Kontextualismus ● *Pfarr / Fuchsloch:* Frauenquoten, ein juristisches Problem ● *Stein-Hilbers:* Die sogenannten ‚Neuen Väter': Veränderungen und Überhöhungen eines Eltern-Kind-Verhältnisses ● *Wölbert:* Emanzipation zurechtgestutzt — oder: Wie aus dem Wunsch eine Last werden kann ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Neue Mauern in Europa Soziale Politik in der EG (Heft 39)
Busch: Der Fortschritt darf nicht zum Rückschritt werden. Erfahrungen mit der Fristenregelung in der Ex-DDR ● *Platek:* Ist Polen auf dem Weg ins Mittelalter? ● *Ranzio-Plath:* Gleichberechtigung gibt es nicht zum Null-Tarif ● *Hey:* Armut von Frauen in der EG ● *Eckart:* Selbständigkeit von Frauen im Wohlfahrtsstaat? ● *Zanini:* Zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Italien ● *Nova:* Sozialregulierung: Antiterrorgesetz in Griechenland ● *Mahoney:* Der Niedergang von Maggies Flaggschiff. Kopfsteuer — Die Groß(e) Britische Revolution ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Kinder? Kinder! (Heft 38)
Sünker: Das Kind als Subjekt. Notizen zu Kindheit und Kinderleben heute ● *Dokumentation:* „Wenn das Auge über die Mauer springt". Reggio-Pädagogik in Hamburg ● *Kazemi-Veisari:* Augen-Blicke in Reggio-Emilia. Erfahrungen mit der Reggio-Pädagogik — Ein Reisebericht ● *Seehausen:* Arbeitswelt und Familie: Wege aus der Krise. Auswirkungen neuer Technologien auf die öffentliche Entwicklung von Kindertageseinrichtungen ● *Preissing:* Entspricht das KJHG der kindlichen Lebensrealität? ● *Ahlheim:* „Traurigkeit hat in der Kindheit nichts zu suchen". Der Golfkrieg und die Angst der Kinder ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

ULRICH BRAND

Ökologische Angst erzeugt Fremdenhaß

Der gedeckte Tisch wird nicht voller. Aber immer mehr Menschen sollen Platz nehmen und es müssen für zukünftige Generationen auch noch Vorräte bleiben. Im Bewußtsein, daß ein großer Teil der Menschen in den materiell reichen Ländern über „ihre" Verhältnisse leben und sich dieser Zustand dem Ende zuneigt, müssen einige vom Tisch „entfernt" gehalten werden. Den bisherigen Verteilungskämpfen wird daher, so Ulrich Brands These, eine weitere Komponente hinzugefügt: Der Fremdenhaß.

Dramatische, von Menschen mitverursachte Folgen von Naturkatastrophen häufen sich und wurden in letzter Zeit zweimal besonders deutlich. Während der Flutkatastrophe Ende April in der Deltaregion Bangladeshs starben — je nach Angaben — 130000 bis 200000 Menschen. Dabei wäre in dem Land, das Henry Kissinger in den siebziger Jahren als „Faß ohne Boden" bezeichnete und das immer dann erwähnt wird, wenn es um Bevölkerungszahlen geht, durchaus Schutz vor den Sturmfluten möglich: Erdaufschüttungen, Flutbunker, bessere Ausrüstung und Koordination der Hilfe und Wiederaufforstung in gefährdeten Küsten- und Inselregionen wären mögliche und dringende Maßnahmen.

Beispiel Zwei ist der Staudammbruch durch einen nicht außergewöhnlich starken Taifun auf der philippinischen Insel Leyte vor einigen Wochen, der wohl über 7000 das Leben kostete und 200000 Menschen obdachlos machte. Raubbau am Wald wird als ein verstärkender Faktor angegeben. (Vor dreißig Jahren waren die Philippinen noch zu über fünfzig Prozent bewaldet, heute sind es noch ungefähr zwanzig Prozent.) Dazu kamen bauliche Mängel des Staudammes. Nach solchen Katastrophen leiden Menschen oft unnötig, weil es anschließend an notwendiger und eigentlich leistbarer Hilfe fehlt. Stichwort: Cholera-Gefahr.

Der enge Zusammenhang zwischen Naturzerstörung und Lebenschancen wird uns immer deutlicher vor Augen geführt. Was in Bangladesh offensichtlich bei einem Anstieg der Meeresspiegel nicht zu schaffen ist — Küstenschutz u.ä. — können sich die Niederlande eher leisten. Die größten Verursacher anthropogener Umweltzerstörung können sich relativ am besten davor schützen.

Doch ist Naturzerstörung auch für die Industrieländer zunehmend kein externalisierbares Problem mehr — trotz Müllexport oder atomarer Endlagerung bis irgendwann — sondern betrifft immer mehr Menschen. Wenn auch unterschiedlich stark und mit unterschiedlichen direkten Handlungsmöglichkeiten. „Das Lied vom Teilen" wird also nicht nur im Hinblick auf die ostdeutschen Brüder und Schwestern oder zur Wahrung der sowjetischen Stabilität, sondern auch im Hinblick auf eine immer stärker zerstörte Natur angestimmt.

Diese Entwicklung steht meines Erachtens in engem Zusammenhang mit den gewalttätigen rassistischen Eruptionen in den letzten Monaten. Flüchtlinge kommen hier in eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der die Auswirkungen der anhaltenden und sich verstärkenden Naturzerstörung immer bewußter wahrgenommen wird.

Die Linien „Grenzen des Wachstums" und die „Wurst bleibt hier" spiegeln sich beide in der wachsenden Fremdenfeindlichkeit wider. Thomas Seifert äußerte im Oktober im *Freitag* die These, daß es sich dabei um einen durchaus „zeitgemäßen Rassismus" handle.

Umweltschutz und „Völkerschutz"

Die sich selbst so bezeichnende Neue Rechte hat solche Fragen schon Mitte der siebziger Jahre aufgenommen. Unter der Chiffre Ökologie läßt sich einiges an rechtsextremer Ideologie transportieren: Naturschutz macht den „starken Staat" notwendig, das Volk wird angesichts der Schwere der Aufgabe zur „Gemeinschaft", Einzelinteressen haben in den Hintergrund zu treten. Eine biologistische Perspektive verbindet Umweltschutz und „Völkerschutz", da es zuerst darum geht, angesichts der „natürlichen Ordnung der Menschen", die „höherwertige Rasse" zu schützen. Die „Landnahme" durch Millionen Ausländer wird zur zentralen Aufgabe ökologischer Politik, Umweltschutz zur „nationalen Angelegenheit..."

Herbert Gruhl schrieb 1975 in „Ein Planet wird geplündert": „Einige europäische Völker, die in der glücklichen Lage sind, daß sich ihre Bevölkerung stabilisiert, haben einen Weg von sagenhafter Dummheit gefunden, diesen Vorteil wieder aus der Hand zu geben: Sie betrachten sich jetzt als Einwanderungsländer für den gesamten Erdball."

Besonders zynisch ist dabei eine Problemwahrnehmung, bei der die „Schuld" an sich vollziehenden und entstehenden ökologischen und damit auch sozialen Katastrophen den Menschen in den Ländern der Dritten Welt und deren Bevölkerungswachstum zugerechnet wird. Die „Bevölkerungsexplosion" — ein Lieblingsbegriff der Neuen Rechten zu diesem Thema — als originäre Ursache von Umweltzerstörung und Migration wird für die „schrumpfenden" und „empfangenden" Gesellschaften zum

bequemen Erklärungsmuster. Die Anschläge in Hoyerswerda, Hünxe, Greifswald und anderswo stehen in direktem Zusammenhang mit dem Wissen oder zumindest der Ahnung, daß materieller Reichtum und individueller Wohlstand vieler Menschen hier zur Disposition stehen. Und das mischt sich mit der Angst, daß es wiederum jene zuerst trifft, die auch sonst am ehesten zur Kasse gebeten werden.

Wenn die Handlungsmotive der Gewalttäter sich durchsetzen und gesellschaftliche Mehrheiten sich in diese Richtung orientieren, dann werden sich spätestens im Nachhinein die Anschläge und Brutalitäten dieser Monate als Taten einer mit allen Mitteln bestehenden Reichtum verteidigenden Avantgarde erweisen. Die Perspektive wäre eine Entwicklung, bei der die metropole innere Legitimität, relative Freiheit und Demokratie sowie langsamere Naturzerstörung mit einer brutalen Intensivierung der Ausbeutung peripherer Länder einhergehen würde bei gleichzeitiger Abschottung gegenüber immer mehr hilfesuchenden Menschen erreichen. Verhinderung von ,,unerwünschter Migration'' zur wenigstens begrenzten Sicherung ökologischer und damit auch sozialer und politischer Wohlstandsinseln? Erste Anzeichen dafür sind das Schengener Abkommen, der Umgang mit den albanischen Flüchtlingen in Brindisi oder die Berliner Konferenz der europäischen Innenminister vor einigen Wochen.

So schwer es vielen Linken immer noch fällt, ökologische Problemlagen überhaupt aufzunehmen — die *links* selbst ist dafür ein gutes Beispiel — die derzeit besonders eisige Atmosphäre in der BRD macht eines deutlich: Wesentliches Kennzeichen linker Politik wird es in Zukunft sein müssen, daß ökologische und soziale Fragen nicht getrennt gedacht und diskutiert werden. Das Überleben der Gattung Mensch und die Eindämmung der Naturzerstörung ist eben nicht das Gegenteil individueller und kollektiver Emanzipation, sondern beides bedingt sich gegenseitig — trotz aller Widersprüche, die im Einzelfall auftreten mögen.

Ein zweiter Aspekt ist hinsichtlich der derzeitigen Diskussion über Rassismus und Migration auffallend: Die Heftigkeit, mit der über ,,Flüchtlingsprobleme'' gestritten wird, entspricht einer widerlichen Kälte und einem technokratischen Diskursstil, wenn es um das Nachdenken über Ursachen und reale Veränderungen geht.

Während die Gewöhnung an Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime bereits einsetzt, wird ,,sachlich analysiert, mit notwendigem Abstand betrachtet und vorsichtig geäußert'', was ohnehin nicht ansteht: Die Veränderung weltwirtschaftlicher Strukturen, Druck auf menschenverachtende Regime, massiver Schuldenerlaß gegenüber unterentwickelt gehaltenen Ländern oder präventive Umweltpolitik. Wesentlich für die fehlende Schärfe in der Diskussion ist die Vermittlung eines ,,Wir-(Deutschen, wahlweise: Europäer)-sitzen-alle-in-einem-Boot''-Gefühls. Sicher wird es niemandem nützen, wenn die Erde für Menschen unbewohnbar wird. Dennoch: Es gibt heute Privilegierte und Profiteure, die an der grundlegenden Änderung des status quo kein Interesse haben; vor allem von ihnen kommt die verschleiernde Wir-Rhetorik. Damit lenken sie von sich ab und die Ohnmacht vieler Menschen auf Sündenböcke.

Die Theologin Dorothee Sölle fragte vor zwanzig Jahren, aber immer noch aktuell: ,,Gibt es einen kreativen Haß?'' — Heute überwiegt der ,,blinde Haß'' vieler, meist unterprivilegierter Menschen auf eine widersprüchliche und inhumane Gesellschaft, in der Gewalt herrscht, die ihre Mitglieder in Ohnmacht und Aggressivität niederhält. Die wirklichen Ursachen bleiben unerkannt, die Verursacher nicht faßbar. Als Konsequenz richten sich destruktive Reaktionen auf die objektiv falschen Menschen. Dieser blinde Haß heute wirkt zerstörerisch: Es ist ein Haß ohne Hoffnung. ,,Die Kraft, die er entfesseln könnte, bleibt von der Ohnmacht gefesselt.'' ■

Muslimische Polit-Sekte auf dem Vormarsch

Eine ,,kleine Gruppe von deutschen Muslimen aus allen Lebensbereichen'' (Eigenbezeichnung), die überwiegend aus Studenten besteht, bereitet sich für 1992 von Freiburg aus auf ihren bundesweiten Weitermarsch vor.

Die muslimische Polit-Sekte MURABITUN mit weltweitem Sitz in Granada/Spanien bietet ein einzigartiges Konglomerat an altem- und neurechtem Gedankengut, gepaart mit Religion. Hofiert werden Steigbügelhalter des Nationalsozialismus wie Ernst Jünger (,,letzter Künder des alles verzehrenden Wandels unseres Zeitalters'') und Martin Heidegger (,,eigentlich ungehörter Vorbote des anderen Anfanges'') oder Ernst Nolte (,,Noltes Interpretation der Ereignisse... hat große Auswirkung auf unser Geschichtsverständnis.''), Apologet der Neuen Rechten.

Anknüpfend an ideologisches Gedankengut der ,,konservativen Revolutionäre'' der Weimarer Republik, finden sich in Schriften der MURABITUN zivilisationskritische, antiwestliche und elitäre Werte: demokratische Systeme werden unverblümt verunglimpft. In den ,,Grundinformationen'' von MURABITUN ist zu lesen: ,,Demokratische Herrschaft ist die Dienstleistungsindustrie für die Welt-Finanz''. In der UNO sehen die religiösen Polit-Jünger, die in Freiburg/Weingarten ein eigenes Haus — mit Geschlechtertrennung — und eine ,,Freiheits-Bücherei'' unterhalten, ,,das Polizeiinstrument der Welt-Finanz, um die Entfaltungen regionaler Freiheit zu unterbinden und den Status Israels als über dem sogenannten Internationalen Recht stehend zu garantieren.''

Die Welt liegt nach Auffassung von MURABITUN in der Hand der ,,Priesterschaft der Banken- und Medien-Oligarchie'', an deren Spitze die Juden stehen. Kredite und Zinsen vergiften das weltweite Klima. Bis zur ,,Berechnung der Zinsknechtschaft'' des NS-Wirtschaftstheoretikers Gottfried Feder ist es da nicht mehr weit.

Dem Autor des vorliegenden Beitrages ist ein offizielles Programm der obskuren Organisation nicht bekannt. Stattdessen vertreibt MURABITUN eine Broschüre mit dem Titel ,,Die Befreiung von Eumeswil'', die von antisemitischen und antizionistischen Versatzstücken nur so gespickt ist. Um sich vor strafrechtlichen Konsequenzen zu schützen, wird darauf hingewiesen, daß es sich um eine ,,fiktiv-historische Studie'' handelt. Ungeniert kann so fabulisiert, gehetzt und zum Pogrom aufgerufen werden.

Der Inhalt der Broschüre ist schnell erzählt: Ein Netzwerk von jüdischen Bankiers kontrolliert den gesamten Reichtum der Welt, das Börsen- und Banken-Netzwerk bestimmt die Politik. Die Massen sind geschlechtskrank, drogenabhängig, die Jugend gleicht Robotern, die unter Konsumzwang leiden. In Anlehnung an die von der zaristischen Geheimpolizei in die Welt gesetzten ,,Protokolle der Weißen von Zion'' wird dem Leser vorgegaukelt, daß die Juden (= Yadschudsch) das ,,Projekt einer Kontrolle über den ‚Westen' und die restliche Welt verfolgen. Finanziert wird dieses Vorhaben indirekt durch die Deutschen, die von den Juden seit 1945 wegen der ,,grob übertriebenen'' Verfolgung, die sie ,,während des zweiten Weltkrieges'' erleiden mußten, ,,ausgepreßt'' werden. Die westlichen Staaten (= Madschudsch) werden als Langzeitsklaven der Juden beschrieben, deren Ziel ,,in der Vision des mythischen, friedvollen Weltstaates mit ihrem bürgerlichen Frieden, der durch eine Weltpolizei gewahrt'' wird, liegt. Madschudsch zeichnen sich durch den ,,magischen Glauben an die heiligen Schriften ihrer verschiedenen Verfassungstexte'' aus.

Die jüdische Religion wird als ,,primitiver Totenkult'' eingestuft, ,,der von der Energie lebt, die aus dem Lamentieren über die heiligen Opfer, der Pilgerfahrt zu ihren Kultplätzen (nicht gebrauchten Konzentrationslagern) und dem Weinen vor den ‚immerwährenden' Gedächtnisflammen gewonnen wird.''

MURABITUN: eine muslimische Polit-Sekte mit primitivstem antisemitischem und antizionistischem Gedankengut, dessen Kern sich in einem Satz zusammenfassen läßt: Die Juden sind an allem schuld.

ANTON MAEGERLE

THOMAS KRISCHER / HOLM-DETLEV KÖHLER

Fidel-Macht plus Kraftstoff

Sozialismus in Kuba

Der Kalte Krieg ist noch nicht ganz zu Ende, die „reife Frucht" Cuba noch nicht in den Schoß der USA und ihrer Exil-Cubaner-Kolonie in Miami gefallen. Der 4. Parteitag der kubanischen KP machte aber keinerlei Hoffnungen auf eine Öffnung, sondern dokumentierte den starren Selbstbehauptungswillen Castros und die immer katastrophalere wirtschaftliche Situation Cubas. Das Castro-Regime scheint auf dem Weg zu den Anfängen des Sowjetkommunismus. Parolen und Wirtschaftspolitik erinnern an den Kriegskommunismus nach der Oktoberrevolution. Auf der anderen Seite machen die USA weiter mobil.

In einem Stierkampf haben mehrere Kämpfer nacheinander vergeblich versucht dem Stier den Garaus zu machen. Doch keiner hat den erwünschten Erfolg. Da nähert sich ein Kubaner dem sich immer wieder aufbäumenden Tier und flüstert ihm etwas ins Ohr. Unmittelbar darauf bricht das Tier zusammen und verendet. „Was hast du ihm gesagt?" fragen die erstaunten Mitkämpfer den Erfolgreichen. Seine Antwort: „Sozialismus oder Tod"

Dieser kubanische Witz läßt Zweifel aufkommen an der Tragfähigkeit der Parole, die dem kubanischen Volk derzeit von Partei- und Staatsführung immer wieder vorgetragen wird. Während der alte historische Kampfruf „Patria o muerte" (Vaterland oder Tod) in den sechziger Jahren zur Zeit der Schweinebuchtinvasion breiten Widerhall gefunden hatte, ist die moderne Version weit weniger zugkräftig. Es gibt aber noch eine zweite Sorte von Witzen, die sich der Hauptursache der aktuellen kubanischen Misere annimmt:

„Gorbatschow hätte man den Nobelpreis für Chemie geben müssen! — Warum? — Weil er den Sozialismus in Scheiße verwandelte. Nicht in Havanna, nicht in Washington oder Miami, sondern in Moskau scheint der entscheidende Schlag gegen den kubanischen Sozialismus gelungen. Statt 30 Jahre US-Embargo, den hispano-amerikanischen Fernsehserien, dem Propagandasender „Radio Martí" auf Florida, ist es der zusammengebrochene Handel mit der UdSSR und dem COMECON (vor 1990 85 % des kubanischen Außenhandels), der das Castro-Regime an die Wand drückt und selbst den graubärtigen Revolutionsführer Glauben macht, daß es nur noch ein Wunder retten kann. In seiner Parteitagsrede fügte er sofort hinzu: „Ein wahres Wunder, und es bleibt uns keine andere Wahl, als es zu vollbringen."

Kathastrophale Versorgung

Nicht mehr der Wunsch nach einer echten Dose „Coke" oder einer Packung „chicles" (Kaugummis) westlicher Herkunft, die nur gegen Devisen in den für Kubaner verbotenen „diplotiendas" für Touristen zu kaufen sind, stellen das drängende Problem dar, sondern die Grundversorgung. Das Brot ist rationiert, achtzig Gramm pro Kopf in der Woche, und dem Brotmehl werden mittlerweile Kartoffelmehl und Zuckerrohrreste untergemischt. Milch und Fleisch sind ebenfalls nur noch in geringen Mengen gegen Marken zu haben. Es ist sogar schwierig geworden, regelmäßig ein Exemplar der „Granma" zu erhalten. Hierbei geht es nicht nur um den Informationswert der Zeitung, sondern auch um weitere Verwendungsmöglichkeiten. Toilettenpapier ist rar in Kuba. Und für alles heißt es Schlange stehen. Doch an Zeit dafür mangelt es nicht, denn faktisch befindet sich ein Großteil der arbeiten-

Nicht mehr der Wunsch nach einer echten „Coke" westlicher Herkunft stellt das drängende Problem in Kuba dar, sondern die Grundversorgung.

den Bevölkerung in „Kurzarbeit“, wenn er nicht gar offiziell arbeitslos ist.

Auf 5 Mrd. Dollar jährlich werden die, in den weit über Weltmarktniveau liegenden Abnahmepreisen der Ostblock-Länder versteckten, Subventionen für Kuba geschätzt. Trotzdem entstand ein Schuldenberg von 10 Mrd. Rubel und 7 Mrd. Dollar. Kuba zahlt pünktlich. Die Hoffnung auf Stundung verschwand mit der „neuen Weltordnung“. Finanziert wurden so vor allem international anerkannte, für Drittweltländer vorbildliche Sozialleistungen. Kein Hunger, hohe Lebenserwartung, niedrige Säuglingssterblichkeit, kostenloser Schul- und Universitätsbesuch auch für Ausländer machten Kuba für viele Lateinamerikanische Länder zum Hoffnungsträger. Alles dies droht nun zu kippen und der Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes Roberto García sagte schon im Oktober 1990: „Wir Kubaner müssen uns bewußt machen, daß wir viele Gratisleistungen haben, die wir uns eigentlich nicht leisten können.“

Durch das kostenlose Bildungswesen wurden viele Lernwillige aus dem direkten Produktionsprozeß in die Büros der zahlreichen Kommissionen und Verwaltungseinheiten katapultiert. Trotz zahlreicher gegenteiliger offizieller Parolen ist körperliche Arbeit, vor allem in der Landwirtschaft, bei den Kubanern nicht hoch angesehen. An den Hochschulen kann man auch den langsamen Wandlungsprozeß der kubanischen Gesellschaft ablesen. Waren früher Medizin, Biologie und Pharmazie bevorzugte Studienfächer ist in diesem Jahr — man kann ja auch wieder Englisch studieren — die Ökonomie das Fach, das die meiste Nachfrage verzeichnet. Erstmalig muß im Studienjahr 1991/92 sogar ein Kurs für das Fach Marxistische Philosophie ausfallen, da sich nur zwei Studenten dafür angemeldet hatten.

▶ Von der „Berichtigung“ zur „Spezialperiode“ ◀

„Rectificación“ (Berichtigung, Begradigung) war das Programm des 3. Parteitages 1986, eine Art Anti-Perestroika vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Die staatliche Kontrolle wurde wieder straffer. Viele Kooperativen und vor allem die wenigen Privatbauern produzierten produktiver als die Staatsbetriebe, konnten höhere Löhne zahlen und waren in kurzer Zeit relativ vermögend geworden. Um diesen Prozeß zu stoppen, wurden die privaten Bauernmärkte wieder abgeschafft. Der 4. Parteitag lehnte entgegen vieler Erwartungen deren Wiederzulassung ab. Lediglich die „Arbeit auf eigene Rechnung“, handwerkliche oder bäuerliche Freizeitarbeit, wurde als Teillegalisierung der weit verbreiteten Schwarzarbeit zugelassen. Die Landwirtschaft entpuppte sich jedoch als eine Achillesferse der kubanischen Wirtschaft. Eingebettet in die COMECON-Planwirtschaft spezialisierte sich Kuba auf die Rolle des Zucker- und Zitrusfrüchtelieferanten und versäumte eine Diversifizierung. Nahrungsmittel wurden vor allem aus der UdSSR importiert. Diese Quelle incl. der Importe für landwirtschaftliche Maschinen, chemische Dünger und Samen ist plötzlich versiegt, die Versorgung abgebrochen. Die Staatsführung reagierte darauf mit Notprogrammen für eine „Periodo especial“ (Spezialperiode), von der niemand die Dauer und das Endresultat kennt. Zur Zeit arbeiten Hunderttausende von Angestellten und Bürokraten in Landwirtschaftsbrigaden, ersetzen die ausfallenden Maschinen und sollen die Nahrungsmittelproduktion steigern.

Zu diesem Notprogramm gehört auch die „Umwidmung“ von 200000 Rindern der Fleischproduktion in Zug-Ochsen für die Landwirtschaft. Der Traktorenimport mußte eingestellt werden und sowjetisches Öl wird kaum noch geliefert. So taucht die zweite Achillesferse der Wirtschaft auf, der Treibstoffmangel, welcher das Transportwesen und den öffentlichen Personenverkehr zum Erlahmen bringt. “Unser schwächster Punkt ist der Kraftstoff“, gibt Castro in seiner Parteitagsrede zu, um dann den neuen Kraftstoff für Kuba zu proklamieren. Dieser besteht neben den umgerüsteten Ochsen in 500000 aus China importierten Fahrrädern, die unter chinesischer Anleitung in Schulen von SchülerInnen und StudentInnen montiert werden. Gegenüber dem Ausland wird dabei sogar das Ökologieargument als Propagandamittel des neuen alten kubanischen Sozialismus entdeckt. Sicherlich sind Viehdung, Zug-Ochsen und Fahrräder naturschonender als Chemie, Traktoren und Autobusse. Ob der neue Kraftstoff die erdrückenden Versorgungs- und Strukturprobleme lösen kann, muß aber bezweifelt werden.

Zum Hoffnungs-, weil Devisenschimmer entwickelte sich in den letzten Jahren der Tourismus. Hotels werden gebaut soviel wie möglich und nur hier werden bislang auch ausländische Beteiligungen (joint ventures) zugelassen. 400 Mio. Dollar lautet die etwas übertriebene Einnahmehoffnung (so müßten die Luxusgüterimporte für die diplotiendas abgezogen werden) für dieses Jahr. Zweifellos ist es die Wachstumsbranche nicht nur der offiziellen, sondern vor allem auch der Untergrundwirtschaft mit Schwarztausch und Prostitution. Auch die steigende Kriminalität siedelt sich hier an. “Wir würden uns gern selbst an all den Hotels erfreuen, aber hier geht es darum, das Vaterland, die Revolution und den Sozialismus zu retten“, erklärte Fidel seinen Zuhörern auf dem Parteitag. Der Tourismus kann sich aber leicht zum Bumerang entwickeln. Die fehlende Reise- und Konsumfreiheit wird an den Touristenläden und Luxushotels alltäglich erfahrbar und führt zu wachsender Demoralisierung in der verarmenden Bevölkerung.

Alle anderen Entwicklungsprojekte — 84 davon ausländische Entwicklungshilfe, denen droht eingestellt zu werden, sind in Kuba noch abrupter als in vergleichbaren Ländern zu Entwicklungsruinen geworden:

- In Cienfuegos steht die Bauruine eines Atomkraftwerkes der Marke Tschernobyl, das schon vor Jahren in Betrieb genommen werden sollte, um die schlechte Energieversorgung auf der Insel zu verbessern.
- Ebenfalls in Cienfuegos steht eine Raffinerie mit einer Jahreskapazität von 3 Millionen Liter Rohöl still.
- Im Herbst 1990 mußte wegen Treibstoffmangel die Förderung in der Nickelmine bei Moa eingestellt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren dort 1 Milliarde Pesos investiert worden.

Dazu kommt der allgemeine Mangel an Effektivität in einem Ausmaß, der sich nur annäherungsweise erschließen läßt. In Wirtschaft und Verwaltung existieren Doppelstrukturen von Partei- und Staatsapparat, die jetzt durch Beschluß des Parteitages zuungunsten des ersteren abgebaut werden sollen. Für die Zukunft zeichnet sich so ein Abgleiten Kubas in eine für die meisten lateinamerikanischen Länder typische Armutswirtschaft ab mit hoher Kriminalität, Untergrundwirtschaft und einem kleinen in exzessivem Luxus lebenden Sektor. Letzterer wird bisher fast ausschließlich durch die Touristen repräsentiert. Eine Liberalisierung und Demokratisierung ließe auch eine kubanische Wirtschaftselite entstehen.

▶ Der 4. Parteitag ◀

Obwohl zum ersten Mal ein Teil der Delegierten geheim gewählt worden war und zu einigen Punkten richtig diskutiert wurde (Reisefreiheit, Kriminalität/unsoziales Verhalten, private Märkte), blieb es bei wenigen kosmetischen Neuerungen. Das Reisealter wurde auf 20 Jahre gesenkt, Direktwahl statt Listenwahl für die Mitglieder der Nationalversammlung eingeführt, der Auftrag zur Erarbeitung eines neuen, der „gegenwärtigen Realität“ entsprechenderen Parteiprogramms erteilt, eine Verjüngung und Reduzierung des Parteiapparates beschlossen und Nicht-Atheisten als Parteimitglieder zu

Victor Serge
ERINNERUNGEN EINES REVOLUTIONÄRS
Victor Serges Autobiographie gehört zu den eindrucksvollen Selbstzeugnissen des revolutionären Sozialismus. Als Augenzeuge erlebt er die anarchistische Bewegung in Paris und Barcelona, in Leningrad die Oktoberrevolution und das Entstehen der Sowjetmacht. Serges Erinnerungen reflektieren ein halbes Jahrhundert Klassenkampf- und Sozialgeschichte. 480 S., 38.- DM

Franz Jung
NACH RUSSLAND!
Schriften zur russischen Revolution
Zwischen 1920 und 1924 hielt sich Jung als Delegierter der III. Internationale, Organisator der IAH sowie Wirtschaftsfachmann in der jungen Sowjetunion auf. Aus diesem unmittelbaren Erleben entstanden sechs Bücher und Dutzende von Artikeln, in denen Jung von den utopischen Hoffnungen wie vom Alltagsleben berichtet und die ökonomisch-politischen Perspektiven analysiert.
480 S., broschur 54.- / geb. 68.- DM

DIE AKTION
Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst. Kampfblatt gegen Kopflauheit und zeitgeistige Entropie. N0.84 / 85 = Glossen / Christian Geissler: Winterdeutsch / T. Klein (VL): Linke Opposition im Vereinigten Deutschland. Kritik der PDS-Programmatik / G. Mersmann: Bakunin geht zu Herzen. Zum russischen Anarchismus u.a..m. 6.- DM

Edition Nautilus
Hassestr. 22 / W-2050 Hamburg 80

gelassen. Letzteres wird als Annäherungsversuch an die katholische Kirche gewertet, zumal ein Papstbesuch auf der Karibikinsel erwartet wird.

Hinter der Öffnungskosmetik steckt allerdings die Verhaftung von zwölf Dissidenten in Havanna, welche die Anwesenheit von über tausend ausländischen Journalisten zur Öffentlichkeitsarbeit nutzen wollten. Castro ist weiterhin nicht zu einer demokratischen Öffnung und zum Zulassen einer legalen Opposition bereit, bezeichnet eine Mehrparteiendemokratie als „Mehrfachschweinerei" und hat den Zerfall der KPdSU als Schreckensvision ständig präsent. Entsprechend klein und zersplittert ist die innerkubanische Opposition. Die Menschen- und Bürgerrechtsgruppen, von denen sich sechs zur „Kubanischen Demokratischen Konvergenz" zusammengeschlossen haben, fordern einen „nationalen Dialog" über die Zukunft Kubas. Dieser muß in einen demokratischen Reformprozeß mit freien Wahlen und ein Mehrparteiensystem münden. Mit solchen Vorstellungen landet man derzeit in Kuba noch im Gefängnis.

Eine große Unbekannte wie in vielen lateinamerikanischen Ländern bleibt das Militär. Das Todesurteil wegen angeblichen Drogenhandels gegen General Ochoa, einem alten Revolutionsgefährten Castros, vom August 1989 war von einigen als Zeichen innermilitärischer Auseinandersetzungen interpretiert worden. Darüber läßt sich bislang aber allenfalls schlecht begründet spekulieren.

▶ Der internationale Druck ◀

Um Kuba spielen sich derzeit die letzten Gefechte des Kalten Krieges ab. Der vermeintliche Sieger USA will hier noch einen ganz besonderen Triumph feiern, wo bislang alle seine Mittel versagten. Sieg bedeutet die ökonomische, politische und soziale Zerstörung der Insel, notfalls mittels eines blutigen Bürger- und Invasionskrieges, um dann in Miami eine große Siegesfeier abzuhalten. Während die Wirtschaftsblockaden gegenüber Südafrika (trotz ANC-Protest) und China schnell aufgehoben wurden, wird die 30jährige Kuba-Blockade noch verstärkt. Unmißverständlich machte US-Staatssekretär Aronson auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli deutlich, daß jede Hilfe für die Sowjetunion an die Einstellung aller Lieferungen an Kuba geknüpft ist: „Wie kann die Sowjetunion von uns Hilfe erbitten und gleichzeitig jährlich 3,5 Mrd. Wirtschafts- und Militärhilfe zahlen?."

Gebeugt hat sich Gorbatschow diesem Diktat nach dem gescheiterten Putschversuch im August. Gleichzeitig üben die USA Druck auf alle Länder aus, die noch Handelsbeziehungen zu Kuba pflegen. Dazu gehören vor allem Mexiko und Venezuela (hier soll der Ölhahn endgültig zugedreht werden), aber auch die westeuropäischen Länder Spanien, Frankreich und Italien. Ein Regierungssprecher dazu: „Alles, was getan wird, um Kuba in die internationale Gemeinschaft zu integrieren und seine Isolierung zu vermeiden in der Hoffnung, in diesem Land käme es zu Reformen, dient in Wahrheit nur dazu, das Leben Fidel Castros zu verlängern" und sein Chef Bush fügt siegesgewiß hinzu: „Das letzte kommunistische Regime der westlichen Hemisphäre wird fallen!"

Dementsprechend stützt sich die US-Regierung allein auf die reaktionäre anticastristische Fraktion unter den Exil-Kubanern und nicht auf den, mit der innerkubanischen Opposition verbundenen dialogbereiten Flügel. Der Führer der Kuba-Lobby in der US-Regierung Jorge Mas Canosa, seit 30 Jahren auf eine US-Invasion hoffend, verkündete im September sichtlich bewegt den „Anfang vom Ende Castros" und der Ironie der Weltgeschichte folgend tat er dies in Moskau: „Ich, der ich mein ganzes Leben gegen die Werte, die dieses Land repräsentierte, gekämpft habe, muß heute gestehen, mich geirrt zu haben. Entgegen meiner Erwartungen habe ich hier eine freundschaftliche Hand, eine solidarische Haltung vorgefunden. Ich habe die Sicherheit erhalten, daß die Subventionen für Kuba aufhören, die sowjetischen Truppen zurückkehren und die Militärhilfe eliminiert wird."

In dieser sich zuspitzenden Situation sind die Dialogversuche bis lang gescheitert. Von dem außenpolitisch handlungsunfähigen Europa sind hier kaum Initiativen zu erwarten, eher noch von lateinamerikanischen Ländern. Umgekehrt konnte dieser mit seiner unnachgiebigen Haltung auf dem Lateinamerika-Gipfel Ende Juli kaum Erfolge hinsichtlich stärkerer wirtschaftlicher Kooperation erreichen. Die Gefahr eines Blutvergießens rückt damit näher und die Auswirkungen auf die labile Stabilität der Region sind dabei nicht auszuschließen.

Angesichts dieser verfahrenen Situation wäre es eigentlich an der Zeit, Perspektiven der westlichen Solidaritätsbewegung zu diskutieren. Diese scheint dazu jedoch nicht in der Lage. Dringend notwendig wäre ein endgültiger Abschied von der Revolutionsrhetorik früherer Zeiten, die selbst aus Castros Mund inzwischen anachronistisch wirkt. Stattdessen müßte die Menschenrechtsfrage — und das haben die Erfahrungen in Mittel-Osteuropa deutlich gezeigt — ins Zentrum gerückt werden. Damit wäre sowohl Castros Diktatur wie Bushs kriegerischem Imperialismus die Legitimität abzusprechen. Anknüpfen könnte man dabei an die kubanische Menschenrechtsbewegung innerhalb und außerhalb Kubas und deren Forderungen. Nichtinvasion der einen und Dialogbereitschaft mit der dazu bereiten Opposition auf der anderen Seite müssen erkämpft werden, will man ein drohendes Blutvergießen oder auch nur Massenelend auf der Insel verhindern. Dies geht nicht mehr ohne die Mobilisierung internationaler politischer Kräfte und Institutionen. Solidarität und Sozialismus müssen auch und gerade für die „Dritte Welt" im Nach-Nachkriegszeitalter neu diskutiert werden. ■

NIKOLAJ PREOBRASHENSKIJ

Der nächste Zusammenstoß kommt bestimmt. Nur wann?

Nach den August-Ereignissen wurde auch bei uns allen klar: Im Lande herrscht Revolution. Die Logik der Revolution — das ist die Entwicklung aus einer Krise in eine Krise, die Ablösung der Perioden allgemeiner Ergriffenheit und schärfster Konfrontation, der Euphorie und der Enttäuschung, Massenaktivität und Apathie, breiter werdender Freiheiten und ihrer strengen Einschränkung.

Als Ergebnis der Wende gewannen die Ereignisse ein hohes Tempo. Als die liberale Etappe unserer Revolution (unter Vorbehalt „die Gorbatschowsche") an Schubkraft verlor, begann die demokratische (auch hier unter Vorbehalt „die Jelzinsche"). Sie wird ganz offensichtlich kürzer als die vorhergehende sein und zwangsläufig zur Spaltung unter den Demokraten führen. Die Volksbewegung ist zu heterogen, denn die sie konstituierenden sozialen Gruppen haben oftmals völlig gegensätzliche Interessen. Sie mag gegenüber einem gemeinsamen Feind noch einig und geschlossen sein, vor allem in den Minuten tödlicher Gefahr. Doch in dem Maße wie der Feind schwächer wird, werden im Lager der Gegner des alten Regimes unversöhnliche Widersprüche ans Tageslicht kommen.

Der Widerstand im August zeigt die spezifischen Züge der frühen Etappe einer Volksrevolution. Die eigene Position bei großen Teilen der Bevölkerung zur Verhängung des Ausnahmezustandes — sieht man einmal von der engen Schicht alter und neuer Mitglieder der Nomenklatura und Aktivisten ab — richtete sich nicht danach, ob sie mit konkreten, fühlbaren, materiellen Interessen übereinstimmte, sondern nach rein weltanschaulichen Einstellungen. Was die antiputschistischen Einstellungen betrifft, so wurde infolge der außergewöhlichen Lage etwas in der Geschichte sehr seltenes und kurzlebiges erreicht, das nur durch eine extreme Situation hervorgerufen werden kann, nämlich die Einheit eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung. Unter ihr herrschte die Illusion allgemeiner Einigkeit, fast Brüderlichkeit. Doch je stärker die Euphorie, desto tiefer ist nachher die Enttäuschung.

Auf der politischen Ebene trat die völlige Hegemonie nicht ausdifferenzierter Demokraten zutage. Die Ereignisse offenbarten die ungeheuerliche Schwäche unserer neuentstandenen Parteien. Als Zentralisationspunkte der Massen, als Organisationen des Widerstandes, als reale Macht fungierten nicht sie, sondern die neuen demokratischen Machtorgane. An den heißen Tagen vergaßen selbst die Mitglieder der neuen Parteien ihre Parteizugehörigkeit. Deutlich zeigte sich der Unterschied zu den Pekinger Ereignissen vom Mai/Juni 1989: Dort existierten keinerlei demokratisch gewählten Organe, was die Unorganisiertheit des Widerstands bedingte.

Das Scheitern der Konterrevolution führte zur gewaltigen Beschleunigung aller politischen Prozesse. Sowohl der Kornilow-Putsch (1917) als auch der Auftritt des Generals Spinola in Portugal im März 1975, als auch der Kapp-Putsch in Deutschland

(1920) hatten ähnliche Folgen.

In allerkürzester Zeit wurden und werden kardinale Entscheidungen getroffen. Selbstverständlich wird ein Teil von ihnen nicht eingehalten. Andere setzen sich durch, aber selbst wenn es dann unvermeidlich ist, sie einer Revision zu unterziehen, bleibt eine Reihe von Reformen unumkehrbar. Im Taumel des Sieges — der Widerstand ist vorübergehend suspendiert — ist ein Ruck in der sozio-ökonomischen Umgestaltung sehr wahrscheinlich und letzten Endes führt dies

Öffentliche Meinung entstellt?

sowohl zu einer heftigen Verstärkung gesellschaftlicher Widersprüche als auch zur Beschleunigung einer neuen Krise und der neuerlichen Entfesselung von Gewalt. Gleichzeitig mit der Spaltung im heutigen demokratischen Lager ist letztlich die Stärkung radikaler Kräfte wie der extremen (klassischen) Rechten und der (klassischen) Linken unvermeidlich.

Der Putsch schlug fehl, aber alle Probleme blieben, die ihn ausgelöst hatten: die sozialen, ökonomischen, ethnischen und die zwischen den Republiken. Es kamen sogar neue hinzu. Zum Beispiel beschleunigt sich die Flucht der nicht zur jeweiligen Titularnation gehörenden Menschen aus den Republiken; die Gründung paralleler bewaffneter Formationen wie in Jugoslawien nimmt explosiven Charakter an.

Nach der Beseitigung der Konservativen befindet sich der nun an die Macht gelangte Block der Demokraten und Liberalen nicht in einer sonderlich beneidenswerten Lage. Auf der einen Seite wird ihnen freie Hand gelassen. Auf der anderen Seite werden Mißerfolge niemand anderem als ihnen zugeschrieben. Der massenhafte Kampf gegen den Putsch hat objektiv neue Widersprüche hervorgerufen. Der 19. August brachte das Plätschern einer Arbeiterbewegung hervor. Leute in den Unternehmen wurden aktiviert, organisierten sich, gründeten neue Strukturen (zum Beispiel Streikkomitees), die kaum spurlos verschwinden werden. Die Aktivität der Massen rettete die demokratischen Führer, die stark auf sie angewiesen waren. Aber diese Aktivität wird die Politiker noch stören bei der erfolgreichen Durchführung der geplanten Politik, der Privatisierung mit Massenarbeitslosigkeit, fallendem Lebensstandard und scharfer sozialer Differenzierung. Hier hätte man es am liebsten mit ruhigen, passiven, unterwürfigen Massen zu tun. Jelzin, Popow, Sotschak und andere können als kluge Politiker nicht verstehen, daß auf sie zukünftig eine Konfrontation mit der Arbeiterbewegung zukommt. Schließlich müssen wir berücksichtigen, daß ungeachtet aller Ukase in den Basisgremien der neuen Parteien und gesellschaftlich-politischen Organisationen gegründet werden.

Am 19. August griffen die Streitkräfte erstmals in vollem Ausmaß in die Innenpolitik ein. Früher trat sie nur in „heißen" Regionen in Erscheinung. Ungeachtet aller Erklärungen, die Streitkräfte ein wenig weiter aus der Politik herauszuhalten, wird die Entwicklung der Ereignisse im Lande genau zum Gegenteil führen. Mit dem 19. August 1991 wurde die Armee endgültig zu einem ständigen Faktor des politischen Lebens.

Man sollte sich nicht dadurch irritieren lassen, daß viele Armeestrukturen nicht begierig waren, beim Putsch die Anweisungen des Notstandskomitees zu erfüllen. Es bleibt unklar, wie sie sich verhalten hätten, wenn die gleichen Befehle von einer legitimierten Machtinstanz ausgegangen wären, oder wenn die Operation insgesamt besser vorbereitet gewesen wäre, von populäreren Generälen durchgeführt worden wäre und Erfolg versprochen hätte. Der 19. bis 21. August offenbarte die ersten Anzeichen des Risses in den Streitkräften. Es ist offensichtlich, das sich dieser Riß vertiefen wird. Die Militärführung wird auf unterschiedliche Art und Weise die unzuverlässigen Offiziere abschütteln. Durch die hervorgerufene Verschärfung der Probleme des Landes und der Armee werden putschistische Stimmungen bei einem Teil des Offizierskorps unterstützt. Es ist unmöglich, sie durch irgendwelche Säuberungen zu beseitigen.

Nach den Augustereignissen bleibt die Armee die einzige reale Stütze der Macht des „Zentrums", das heißt Gorbatschows. Der Präsident bemüht sich alles zu tun, um die Armee nicht zu verärgern.

Neue Widersprüche

Nach dem 21. August war in unseren Massenmedien eine derartige Maßlosigkeit der „moralisch-politischen Einigkeit" auf dem Vormarsch, wie sie seit Breschnews Zeiten nicht mehr existiert hatte. Im Grunde findet eine gigantische Gehirnwäsche statt. Die Massenmedien waren sich in der Verurteilung des Umsturzes in einem solchen Ausmaß einig, wie sie sich im Falle eines Erfolges einmütig gezeigt hätten, ihn zu rechtfertigen. Wir weisen nicht deshalb daraufhin, um irgendjemanden der Unaufrichtigkeit zu überführen. Der Vorwurf ist ein anderer: Als Ergebnis dieses „Pluralismus" erscheint ein ziemlich beträchtlicher Teil der Bevölkerung, der den Putsch positiv aufgenommen hatte, als existierte er nicht. Das wahre Bild der öffentlichen Meinung wird absichtlich entstellt. Die Mehrheit der Leute im Lande verhielt sich zum Putsch passiv. Diejenigen, die gegen den Putsch waren, wurden aktiv, gingen auf die Straße, die den Putsch jedoch unterstützten, verhielten sich als gesetzeshörige Staatsbürger. Das Problem jeder Revolution besteht darin, daß nur die Minderheit auf die Barrikaden geht, zu den Wahlen aber gehen alle. Es läßt sich mit einem hohen Maß an Wahrscheinlichkeit vermuten, daß selbst heute, in den Tagen der Euphorie und propagandistischer Stürme, die Wahlergebnisse nicht derartig eindeutig ausfielen, wie die Bilder von den Versammlungen auf dem Schloßplatz oder vor dem „Weißen Haus". Dies gilt besonders dann, wenn man berücksichtigt, daß die Provinz, umso mehr die nicht-europäische und nicht-russische, eher konservativ gestimmt ist als die Großstädte.

Der Oberste Sowjet Rußlands war von Anfang an radikaler als der russische Parteitag und in den letzten Wochen hat er sich noch weiter radikalisiert. Das Kräfteverhältnis im Obersten Sowjet Rußlands entspricht nicht dem realen Meinungsspektrum in der Bevölkerung. Wahrscheinlich werden radikale sozial-ökonomische Entscheidungen des Obersten Sowjets Konflikte auslösen und in Widerspruch mit den Ansichten eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung geraten. Selbst die bloße Tatsache, daß die Demokraten während der sich vertiefenden Krise die Macht ausüben, verringert die Zahl ihrer Anhänger. Deshalb kann man eine beschleunigte Durchführung der Wahlen in den Republiken erwarten. Der Augenblick wäre für die heutigen Demokraten außerordentlich günstig.

Wie in jeder Revolution ergriffen die Sieger offen antidemokratische Maßnahmen. Jetzt werden Historiker, Politiker und Publizisten Jahrzehnte darüber streiten, ob diese Handlungen mit der „revolutionären Notwendigkeit" oder einfach mit dem Wunsch verbunden waren, die eigene politische Chance zu ergreifen und den Gegner niederzuhalten.

Unter dem absolut lächerlichen Vorwand der „Zusammenarbeit" mit dem Notstandskomitee wurde die „unerwünschte" zentrale Presse geschlossen. Wenn man schon diesen Standpunkt vertritt, ist es völlig unverständlich, warum nicht auch „Trud" und besonders „Krasnaja Sweswda" geschlossen wurden, die keine Spur weniger mit dem Notstandskomitee „zusammengearbeitet" hatten. Unter den geschlossenen war auch die einzige Massenzeitung, die tatsächlich in Opposition zu Jelzin und den Demokraten stand — die „Sovetskaja Rossija". Ein riesiger Bereich des öffentlichen Meinungsspektrums war jeder Möglichkeit der eigenen Meinungsäußerung beraubt. Die zentrale Presse wurde einfarbig. Die russische Führung brachte das Unionsradio und -fernsehen sowie TASS an sich. Unerwünschte Information kommt nicht durch oder wird in entsprechender Weise verbreitet, Kommentare und Urteile drücken nur die Ansichten der Sieger aus.

Zentrale Presse wurde einfarbig

Alle erinnern sich, als Jelzin vor einem Jahr auf seiner Reise durch Rußland jedem Telegraphenpfosten die Souveränität versprach. „Nehmt euch soviel Rechte, wie ihr wollt". Stattdessen stehen die Regionen unter strenger Kontrolle und in die Orte werden, wie während der Französischen Revolution, Kommissare des Präsidenten mit weitgehenden Vollmachten gesandt. Zum

Abgeordneten noch unter dem abgedroschenen Slogan „Alle Macht den Räten"gewählt, erhielt der Russische Präsident nun eine riesige verfassungsmäßige Macht, die — schon vor den außerordentlichen Umständen — durch außerordentliche Vollmachten ergänzt wird. Aber selbst diese Vollmachten werden überschritten.

Schon ein Monat vor dem Umsturz erschien das Dekret über das Verbot der Parteiorganisationen in den Betrieben. Der Wunsch den politischen Kampf hinter das Tor der Unternehmen zu tragen, stimmt nicht gerade mit dem deklarierten „Demokratismus" überein. Wenn man sich andererseits die Unterdrückung der Räte der Arbeiterkollektive und den irrelevanten Charakter der Gewerkschaften vor Augen hält, eröffnet dieser Schritt noch weiteren Raum für Willkür der Verwaltung. Ungeachtet des Konservatismus, der Schwäche und oftmals reinen Fiktion dieser Betriebszellen der KPdSU könnten einige von ihnen, wie auch die Zellen der neuen gesellschaftlichen Organisationen, unter den Bedingungen einer wachsenden Krise zu Kristallisationspunkten des Protests in den Arbeitskollektiven werden.

▶ Internationale Aspekte ◀

Wie in der Innenpolitik wurden auch in der Außenpolitik bereits vor sich gehende Prozesse durch den Zusammenbruch des Putsches außerordentlich beschleunigt. Während des Umsturzes half der Westen nicht nur mit Erklärungen, sondern auch über Gemeimdienstkanäle (z. B. durch Organisation spezieller Nachrichtenverbindungen). Die Annäherung an den Westen, sein Einfluß und die Orientierung der sowjetischen Politik auf ihn verstärken sich. Die Unterstützung und Hilfe für Befreiungsbewegungen sind beendet oder werden beträchtlich verringert. Wahrscheinlich zeitigt die Einstellung der Hilfe für Kuba und Afghanistan schlimmste Konsequenzen für die Handelsbeziehungen. Die sowjetischen Ereignisse haben Einfluß auf die öffentliche Meinung in allen verbleibenden „sozialistischen Ländern", indem sie jeder Art von Opposition Auftrieb geben. Sie werden die Destabilisierung der Lage in der Mongolei fördern und der Opposition in die Hände spielen. Ab einem bestimmten Ausmaß der Destabilisierung ist ein indirektes Eingreifen der Volksrepublik China möglich.

Betrachtet man die Ereignisse der Jahre 1989/90 in den sozialistischen Ländern, so zeigt sich eine interessante Gesetzmäßigkeit. Während der demokratischen Revolutionen in den Satellitenstaaten der UdSSR wurde auf das Volk nicht geschossen, sie verliefen ohne Blutvergießen. Selbst dort, wo die Führung wie in der DDR bereit war, Waffengewalt anzuwenden, wurde dies nicht ohne sowjetisches Zutun vereitelt. Dagegen taten sich die von der UdSSR unabhängigen Länder keinen Zwang an zu schießen: die Volksrepublik China, Rumänien und Albanien. Das ist verständlich. Denn hier verließen sich die Regime immer auf ihre eigenen Kräfte. Es ist interessant, wie der unvermeidliche Übergang zur Demokratie auch in derartigen Ländern wie Kuba, Vietnam, der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea und natürlich hinter der berühmten Chinesischen Mauer vor sich gehen wird.

Es lohnt sich nicht, blindlings auf ausländische Hilfe und ausländische Ratschläge zu vertrauen. Hier gibt es positive wie auch negative Beispiele. Heute erinnern viele an den Marshall-Plan, aber niemand erinnert sich an den Dawes-Plan: Westliche Experten werden in den Himmel gehoben, doch es wird vergessen, wohin die Ratschläge amerikanische Berater, zum Beispiel im Iran, geführt haben.

Es ist auch interessant, daß fremde Erfahrung niemandem eine Lehre ist. Heute beschuldigt die Staatsanwaltschaft den Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des KGB, Viktor Gruschko, eine wichtige Rolle in der Organisation des Sturzes von Milos Jakes gespielt zu haben. Am 14. November war er in Prag eingetroffen. Schon am 17. provozierten seine tschechoslowakischen Kollegen die Studentendemonstration und den äußerst harten Prügeleinsatz und inszenierten sogar vor aller Welt den Totschlag an einem Studenten (tatsächlich ein Oberstleutnant der Staatssicherheit) durch die Polizei. Im großen und ganzen lief alles ausgezeichnet, doch wurde ein bißchen des Guten zuviel getan: Sie provozierten die für alle unerwartete Revolution und aus Fahrlässigkeit wurde mit Jakes das gesamte Regime fortgerissen. Obwohl Gerneralleutnant Gruschko und der Armeegeneral Krjutschkow diese analoge, traurige Erfahrung gemacht hatten, waren sie nicht in der Lage zu verstehen, welche Wendung der Umsturz in der heutigen Sowjetunion nehmen könnte. Stattdessen ließen sie sich in ein von vorneherein verlorenes, stümperhaftes Abenteuer hineinziehen.

Die Anstifter des August-Umsturzes dachten, daß das Land an der Schwelle zum Bürgerkrieg oder einer Reihe lokaler Bürgerkriege stünde, weshalb sie ihre Handlungen als letzten Versuch betrachteten, die Revolution zu vermeiden, die unvermeidlich aus den Ergebnissen der Politik Gorbatschows folgen mußte. Denen, die sich dafür interessieren, rate ich, noch einmal V. A. Krjutschkows Rede auf dem letztjährigen Parteitag der KPdSU durchzulesen, wo er ganz offen über die Möglichkeit einer derartigen Revolution sprach (Pravda, 5.7.1990). Wie schon in der Tschechoslowakei geschah das Gegenteil des Gewünschten: Anstatt die Revolution zu vermeiden, wurde sie durch die Verschwörer beschleunigt. Na, und beginnt nun der Bürgerkrieg? Mal sehen. Auf alle Fälle erinnert die Lage im Land gegenwärtig immer mehr an das Deutschland der zwanziger Jahre (noch eher vielleicht an China der dreißiger), aber nicht an den Westen der neunziger. ■

Aus dem Russischen von Manfred Sapper
Aus: Tschas Pik.

Peter von Oertzen/Susi Möbbeck (Hrsg.)

Vorwärts, rückwärts, seitwärts...

Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform

ca. 200 Seiten / Buchhandelspreis: DM 19,80
Erscheinungstermin: November 1991

Aus dem Inhalt:
Solidarität und Individualisierung • Wie man einen Parteitag aufmischt • Die AfA-Betriebsgruppe - der Ortsverein neuen Typs? • Der Ortsverein - lebendige Basiseinheit oder tote Hose? • Arbeitnehmerpartei, Volkspartei, Allerweltspartei? • SPD zwischen Yuppies und Proleten? • Was erwarten anspruchsvolle Frauen von der SPD? • Mitmachen, Mitentscheiden, Mitglied sein - worauf kommt es an? • Gibt es Politik ohne Partei? • Partei und Computer - mit neuer Technik zu neuen Ufern? • Professionalität - Mythos oder Chance? • Projektarbeit in der SPD • Kultur- und Medienarbeit heute

Beiträge von und mit
Rudolf Dreßler • Diether Dehm • Konrad Elmer • Peter Grafe • Horst Kern • Werner Kindsmüller • Dieter Lattmann • Susi Möbbeck • Peter von Oertzen • Hans Scheibner • Ulf Skirke • Franz Sommerfeld • Kurt Tucholsky • Karin Vogel • Claudia Walther und vielen anderen mehr

Ich bestelle
..... Expl. von **"Vorwärts, rückwärts, seitwärts..."**, zum Subskriptionspreis* von je DM 15,- zzgl. je DM 1,- Versandkosten.

Name, Vorname
Straße
PLZ, Ort
Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle mit Verrechnungsscheck (beiliegend) ☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung
* bei Direktbestellungen beim Verlag bis 31.1.1992

Coupon senden an:
spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

MARK DUFFIELD

Funktionalisierung des Hungers

Reale Anpassungsstrategien und Hilfeleistungen in Sudan

Angesichts der andauernden Hungerkatastrophen auf dem afrikanischen Kontinent beschäftigt sich Mark Duffield mit den internationalen Hilfsaktionen, deren Rolle im Zusammenhang einer zunehmenden Regionalisierung der Weltwirtschaft und der Frage warum so viele Hilfsaktionen von den jeweiligen politischen Akteuren im Lande unterlaufen werden.

Die neoliberale Wende in den westlichen Industrieländern hat auch zu einer Veränderung von deren Interventionspolitik geführt. Mehr und mehr beauftragen internationale Geldgeber NGOs (Nichtregierungsorganisationen) mit der Verteilung von Hilfslieferungen. Fast unter völliger Ausschaltung der jeweilig betroffenen afrikanischen Regierungen ist somit ein soziales Sicherheitsnetz entstanden, das nicht nur den Geldgebern großen Einfluß zusichert, sondern auch parallel zu oder gegen die existierenden öffentlichen Einrichtungen wirkt.

Wenn afrikanische Regierungen versichern, daß die Geberländer bzw. NGOs (Nichtregierungsorganisationen) sozusagen am Staat vorbei ein paralleles Wohlfahrtssystem aufgebaut haben, dann verweisen sie indirekt darauf, daß es noch immer eine öffentliche Kompetenz in diesem Bereich gibt. Im Sudan hat sich als Reaktion auf den ökologisch-ökonomischen Zusammenbruch und die von IWF und Weltbank geforderten Strukturanpassungsmaßnahmen allerdings eine besondere Art der Anpassung durch die dominaten Schichten durchgesetzt, die in keinster Weise voraussehbar war. Diese Form der Anpassung ist im Zusammenhang mit der Frage nach der noch realen staatlichen Kompetenz von größter Bedeutung. Das Widerspruchspotential entsteht nämlich zwischen dem Geber-NGO-System einerseits und einem Staat auf der anderen Seite, dessen Funktion sich deutlich gewandelt hat.

Statt unter dem steigenden Gewicht unüberwindlicher Probleme zusammenzubrechen, scheint sich die sudanische Regierung unter Bashir eher zu konsolidieren. Neuere Untersuchungen konzentrieren sich daher auf die Überlebensstrategien der dominanten Gruppen und Klassen in Afrika. Im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Schulden handelt es sich bei den afrikanischen weniger um Schulden bei privaten Geldinstitutionen als um solche bei öffentlichen bi- oder multilateralen Organen. Sudans wachsender Schuldenberg hat keinerlei Auswirkungen auf die tatsächlichen und wesentlich niedrigeren Rückzahlungen. Selbst wenn diese Schulden, die nur auf dem Papier bestehen, über Nacht erlassen würden, würde das nicht das wesentlich gravierendere Problem lösen, daß nämlich die öffentlichen Deviseneinnahmen entsprechend der Schrumpfung der formellen Wirtschaft zurückgehen.

Die reale Anpassung konzentriert sich auf den Sektor der informellen Wirtschaft, deren Wachstum kaum registriert wird. Mit anderen Worten heißt das, daß neben oder auch innerhalb der formellen Wirtschaft parallele Märkte entstehen. Daraus hat sich ein Fragmentierungsprozeß entwickelt, in dessen Verlauf sich die informellen/formellen und öffentlichen/privaten Sektoren immer stärker in einen hoch komplexen aber wenig verstandenen Tauschkreislauf verwickeln.

Innerhalb des Sudan bildet der Schattenmarkt für Devisen, der sich auf die Einkommen legaler wie illegaler Migranten gründet, einen wichtigen Bestandteil der Untergrundökonomie. Da Devisen dort zu einem Vielfachen des offiziellen Wechselkurses gehandelt werden, trägt dieser Markt zu einer Verschärfung der Kapitalflucht bei. Zwischen 1978 und 1987 belief sich die Kapitalflucht aus dem Sudan auf eine Summe von 10 Milliarden Dollar, was ungefähr der sudanesischen Auslandsverschuldung gleichkommt. Rechnet man dazu noch die nicht verzeichneten sudanesischen Sparguthaben im Ausland, die ebenfalls 10 Milliarden betragen, so kann man nicht mehr vom Sudan als einem Schuldnerland reden. Würden diese Schätzungen berücksichtigt, müßte das sudanesische Bruttosozialprodukt um 45 Prozent höher angesetzt werden als zur Zeit. Das wichtigste Problem, mit dem sich der Staat auseinandersetzen müßte, ist die Mobilisierung privaten Kapitals.

Je weiter die offiziellen und die Schattenmärkte auseinanderdrifteten, desto mehr Devisen flossen in die Parallelwirtschaft. Daraus folgte, daß Importe wie auch im Land produzierte Waren, die aus Importgütern hergestellt wurden, immer knapper geworden sind. Dominante Gruppierungen konnten die Situation zu ihrem Vorteil nutzen, indem sie durch Schmuggel und Zurückhaltung von Waren den Schwarzmarkt unter ihre Kontrolle brachten. All jene, die an Devisen, Bankkredite und Importgenehmigungen herankommen können, können demzufolge enorme „Knappheitsrenten" kassieren. Die Änderungen im Staatshaushalt, die sich durch die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank ergaben, haben dieses Spekulationsklima noch gefördert. Die Nationale Islamische Front (NIF) wuchs und gedieh aufgrund ihres Zugriffs auf Staatsämter und ihrer Verbindungen zu islamischen Banken. Seit der Hungerkatastrophe von 1984-1985 haben sich die islamischen Banken darüber hinaus auf die Getreidespekulation konzentriert. Das Regime Bashirs hat ihnen zudem die Verantwortung für die strategischen Getreidereserven des Sudan übertragen.

Als sich 1990 die Anzeichen für eine weitere Hungersnot mehrten, wurden die gesamten Getreidevorräte exportiert. An diesem Beispiel wird eine weiterer Aspekt realer Anpassung deutlich: *die Funktionalisierung einer Hungerkatastrophe.* Wie bekannt ist, fallen zu Zeiten einer Getreideknappheit die

Viehpreise. Weniger beachtet wurden allerdings die Aktivitäten der Händler und Mittelsmänner, die von solch niedrigen Preisen profitieren. Schnelle und effektive Hilfsaktionen sind keineswegs im Interesse dieser Gruppen, bei denen es sich außerdem häufig um wichtige lokale Akteure handelt. Im Gegenteil, ihre Profite steigen, wenn sie die Hilfelieferungen zurückhalten.

In Kriegszeiten mag diese Logik nicht einer gewissen Legitimität entbehren. So wurde teilweise argumentiert, daß die Ursache für die große Hungerkatastrophe im nördlichen Bahr-al-Ghazal von 1988 nicht die Armut der betroffenen Dinka war, sondern vielmehr deren Reichtum an Vieh. Aufgrund dieses Reichtums wurden sie automatisch Ziel von Interessen von außen. Händler, Führer der Milizen, Politiker und Offiziere der Armee haben sich zusammgetan, um die Hungersnot auszulösen und von ihr zu profitieren. Sie bewaffneten die Milizen, organisierten den Verkauf erbeuteten Viehs, ließen Zwangsarbeiter für kommerzielle Farmunternehmen arbeiten, verhinderten das Eintreffen von Hilfsgütern in der Gegend und konnten mit Hilfe der informellen Wirtschaftkreisläufe einen Teil ihrer Profite ins Ausland bringen. Während die Armen unter solchen „Katastrophen" wie Krieg und Hunger leiden, machen die Mächtigen und die mit Beziehungen aufgrund der tatsächlichen Anpassung häufig Gewinne.

Sich verstärkende Widersprüche

Informelle Aktivitäten werden umso wichtiger als die formelle Wirtschaft zerfällt. Da das Beamtentum eine so zentrale Rolle in der informellen Wirtschaft spielt, bedeutet deren Anwachsen auch gleichzeitig einen Verlust staatlich-öffentlicher Kompetenz, die ehemals vorhanden war. Dieser Prozeß ist identisch mit der Trennung von Staat und ziviler Gesellschaft. Er eröffnet dominanten Gruppen und Klassen trotz widriger Umstände die Möglichkeit, nicht nur zu überleben, sondern auch zu gedeihen. Ein Widerspruch zwischen dem Staat und dem Geber-NGO-System ergibt sich zum Beispiel daraus, daß das internationale Sicherheitssystem mit seinem Anspruch an Zuverlässigkeit und seiner Verpflichtung auf die Menschenrechte die informelle Ökonomie konterkariert. Damit werden aber die Überlebensstrategien der dominanten Gruppen gefährdet. Dieser Widerspruch, der sich zwar auch in ökologisch-ökonomischen Notfallsituationen zeigt, wird im Falle von internen Kriegen noch deutlicher.

Interne Kriege nehmen auch Einfluß auf noch einen anderen Aspekt des Widerspruchs zwischen Staat und Geber-NGO-System, indem sie die internationalen Sicherheitsnetzwerke dazu zwingen, entsprechend der ständig brüchiger werdenden Souveränität afrikanischer Staaten zu operieren. Da Regierungen sich häufig weigern, Gebieten unter der Kontrolle der Opposition Hilfe zukommen zu lassen, müssen oft Aktionen von außerhalb des betroffenen Staates und grenzüberschreitende Operationen durchgeführt werden. Solche Operationen hat es im Horn von Afrika von Sudan nach Eritrea und Tigray hinein und von Kenia und Uganda in den südlichen Sudan hinein gegeben. Eine mittelbare Folge dieser humanitären Interventionen war die Stärkung solcher Kräfte, die die gegenwärtigen Staatsgrenzen in Frage stellen. Seit Mitte der achtziger Jahre werden jährlich mehrere Tausend Tonnen an Nahrungsmitteln über den Sudan nach Eritrea und Tigray befördert. Dadurch wurde dazu beigetragen, daß sich die lokalen Bedingungen stabilisieren und die Befreiungsfronten ihre Dynamik bewahren konnten. Als 1989 die längst überfällige Intervention von UN und NGOs im Südsudan zum Tragen kam, wurde der Exodus von Menschen aus dieser Region gestoppt. Das wiederum bedeutete, daß der Norden jetzt überhaupt keine Chance mehr — wenn er sie denn je gehabt hätte — auf einen militärischen Sieg hat. Anders gesagt, war also das Geber-NGO-Sicherheitssystem mitverantwortlich für die De-facto-Teilung des Sudan.

Obwohl das System des „Public Service Contracting" den Geberländern zu großem Einfluß verhilft, waren es in Eritrea, Tigray und Südsudan die permanenten Agitationen der NGOs, den Menschen in diesen Regionen zu helfen, die die Geberländer, oft sehr zögernd, dazu brachten, ihre Ressourcen dorthin zu lenken und sich der Funktionalisierung der Hungersnot zu stellen. In Eritrea und Tigray haben einheimische Organisationen, die Eritreische Hilfsorganisation (ERA) und die Hilfsorganisation von Tigray (REST) das „Public Service Contracting"-System dahingehend verändert, daß sie selbst die lokale Verteilung monopolisierten. Im Gegensatz zu der Trennung von Staat und Gesellschaft, die in Sudan stattfinden, haben ERA und REST hinsichtlich der politischen Aktivitäten, denen sie sich zurechnen, überall professionelle Anerkennung gefunden.

Neuaufteilung des Staates

Der Antagonismus gegenüber dem Staat entsteht aus der Art und den Auswirkungen internationaler Interventionen und hat mindestens drei Ebenen: a) Das Geber-NGO-System steht für einen wesentlichen und einseitigen Ressourcentransferweg vom Staat; b) bei dem Versuch, eine gewisse Zuverlässigkeit zu erhalten und sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, konterkariert das Sicherheitsnetz die Überlebensstrategien der einheimischen Eliten, und außerdem c) stärkt es mittelbar solche Kräfte, die auf eine Neuverteilung der Souveränität hinarbeiten. Anders gesagt: die internationale Intervention im Bereich der humanitären Hilfe droht, an die Stelle des nicht reformierten Staates zu treten und ihn

neu aufzuteilen.

Nach 1986 versuchte die Regierung Sadq al-Mahdi, die NGOs im Sudan zu kontrollieren und einzuschränken. Mit Einschüchterungen wie der Ausweisung von Hilfspersonal verhinderte Khartum die Lieferung von Hilfsgütern an den Südsudan. Das Regime Bashirs setzte diese Politik fort und machte es internationalen Einrichtungen praktisch unmöglich, wichtige Ausrüstungen einzuführen und Visa und Reisedokumente zu erhalten. Übergriffe auf die allgemeine Presse haben das Klima der Einschüchterung noch zusätzlich verschärft.

Mit dem erneuten Auftreten der Hungersnot hat sich dieser Widerspruch weiter vertieft. Um der internationalen Gemeinschaft nicht noch mehr Kontrolle zukommen zu lassen, hat das Bashir-Regime seine eigenen begrenzten Handlungsmöglichkeiten nur zögernd zugegeben. Außerdem hat der Sudan nicht nur seine Nahrungsmittelreserven den Islamischen Banken unterstellt, sondern er versuchte auch, die internationalen NGOs zu einer „Zusammenarbeit" mit islamischen Einrichtungen zu zwingen. Daran wird deutlich, daß hier der Schein eines alternativen Wohlfahrtssystems aufgebaut werden sollte. Die Geber reagierten mit einem der wenigen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf. Sie verbanden die Hilfslieferungen mit bestimmten Konditionen. In Staaten allerdings, die gelernt hatten, auch ohne ihre Zivilbevölkerung zu überleben, führte diese Strategie dazu, daß denen geschadet wurde, denen man eigentlich helfen wollte.

Wenn allerdings nicht schnellstens eine internationale Struktur geschaffen wird, die die dort stattfindende Strukturanpassung in Frage stellt und die Funktionalisierung des Hungers bestraft, werden die Armen in Afrika immer wieder unter solchen Katastrophen leiden, während der Rest der Welt von zu Hause aus zusieht. ■

Übersetzung: Eva-Maria Krampe
aus: Middle East Report, September/Oktober 1991, Washington

SILVIA KONTOS

Eine Strategie zur Entschärfung des Geschlechterkonflikts

Weitere kritische Anmerkungen zum Konzept der Zivilgesellschaft

Am 29.6. fand unter dem Titel „Eine andere Moderne" die jährliche Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros statt. Vor dem Hintergrund der Ungleichzeitigkeit der sozialen und ökonomischen Entwicklungen in Ost und West setzte man sich in drei Foren mit den Konzepten einer „Zivilgesellschaft" und der „demokratischen Frage" auseinander, wie sie von den Autoren Rödel/ Frankenberg/ Dubiel neu gestellt und in der *links* kontrovers diskutiert worden ist (vgl. *links* Nr. 237/239). Der Vortrag von Sylvia Kontos ist ein Ko-Referat zu den bereits veröffentlichten Vorträgen von Irmgard Schultz (*links* Nr. 257) und Andrea Maihofer (*links* Nr. 258).

Mein Problem mit dem Konzept der Zivilgesellschaft, wie es von Rödel/Frankenberg/ Dubiel vorgestellt wurde, bezieht sich vor allem auf deren höchst selektiven Umgang mit den neuen sozialen Bewegungen. Am Beispiel der autonomen Frauenbewegung möchte ich an vier Punkten zeigen, daß die theoretischen Positionen und die politischen Erfahrungen der neuen sozialen Bewegungen nur sehr kursorisch herangezogen werden, obwohl sie als Protagonisten zivilgesellschaftlicher Politik eine zentrale Stelle in dem obengenannten Konzept einnehmen.

Die *erste Frage* ergibt sich aus der bereits vielfach kritisierten Konzentration der Autoren auf die symbolische Ebene der Macht, „die Selbstinstituierung einer autonomen Zivilgesellschaft, vermittelt durch die Herstellung einer Sphäre des Öffentlichen und Politischen gegenüber der leeren Stelle der Macht." (Rödel/Frankenberg/Dubiel, Die demokratische Frage, Frankfurt a.M. 1989, S. 90; im folgenden Seitenangaben in Klammern). Aufgabe der sich immer wieder neu entzündenden sozialen Bewegungen ist es in diesem Entwurf, die immer wieder bedrohte und in sich konflikthafte Sphäre der öffentlichen Auseinandersetzung offen zu halten; und zwar auch und gerade für Gruppen, die den Geltungsbereich dieser Öffentlichkeit selbst thematisieren. Das scheint exakt auf die neue Frauenbewegung zugeschnitten zu sein — An den entsprechenden Stellen wird sie auch immer wieder benannt — deren Spezifikum es ja gerade war, die Definition des Politischen auf die scheinbar privaten Konflikte zwischen den Geschlechtern hin auszuweiten (Gewalt, Sexualität, Hausarbeit). Und doch wird gerade hier ein wesentlicher Teil der politischen Praxis der Frauenbewegung der letzten Jahre unterschlagen, und zwar der *separatistische, partikularistische*, der auf eine *autonome Lebenspraxis von Frauen abzielte*, die sich „einen Dreck" um die symbolische Anerkennung der Konfliktgegner und die zivilisatorische Wirkung der „Auseinandersetzung im Medium symbolischer Praxis" scherte und sich systematisch den Legitimationszwängen etablierter Öffentlichkeit entzog. Ich habe an anderer Stelle versucht zu zeigen, daß es gerade dieser Rückzug und die Ansätze zu einer alternativen Lebenspraxis mit Frauen waren, die der autonomen Frauenbewegung Durchschlagskraft auch in den traditionellen Politikarenen verliehen haben. Aber das eine läßt sich nicht auf das andere reduzieren und schon gar nicht läßt sich der „privatistische" Teil von Frauenpolitik zu Lernschritten auf dem Weg zu einem „reifen", universalistischen Politikverständnis herunterdefinieren. Die partikularistischen Gehalte autonomer Frauenpolitik sind so unverzichtbar wie die universalistischen und sie sind gleichrangig!

Am Beispiel der Paragraph-218-Politik der Frauenzentren in den siebziger Jahren läßt sich zeigen, daß diese immer zweigleisig angelegt war und daß es dementsprechend unzulässig ist, sie auf politischen Protest oder zivilen Ungehorsam zu reduzieren. Die von Rödel u.a. für letzteren reklamierten „Grundsätze konstitutioneller Selbstbindung (S. 45/46) beschreiben durchaus zutreffend die Logik der zahllosen Paragraph-218-Demonstrationen, Go-Ins, Besetzungen usw., aber sie gehen an der der Öffentlichkeit abgewandten Seite dieser Politik vorbei, nämlich an der Alltagspraxis der damaligen Frauengruppen, Abtreibungen zu organisieren und jeder Frau, hier und heute, und unabhängig von der geltenden Rechtslage die freie Entscheidung über die Fortsetzung bzw. den Abbruch einer Schwangerschaft zu ermöglichen. Politik ist eben mehr als Protest und der Kampf um Anerkennung der eigenen Position im Namen jener „vernünftigen, einsichtigen, allgemein zustimmungsfähigen Prinzipien" (S. 46), *sie ist immer auch* das Ignorieren und Unterlaufen geltender Normen und Legitimationszwänge und hat als solche in der Lebenspraxis von Ausgegrenzten (Frauen, Unterschichten, rassisch Diskriminierten u.a.) eine ebenso lange wie ehrwürdige politische Tradition.

Modernisierung des Geschlechterverhältnisses

Die in dem Entwurf von Rödel u.a. fast lyrisch anmutenden Passagen über die Autonomie einer Sphäre des Öffentlichen und Politischen klingen für den Bereich der Frauenpolitik wenig überzeugend. Angesichts der Tiefenstruktur patriarchaler Herrschaft, die von der Alltagsinteraktion zwischen den Geschlechtern, über Selbstdeutungen, die Strukturen von Wissenschaft und Recht und die Prozeduren des öffentlichen Diskurses bis zu den Grundstrukturen der geschlechtlichen Arbeitsteilung reicht,

ist es eher das Bewußtsein der Interdependenzen und Verschränkungen unterschiedlicher Dimensionen von Macht und der Verschiebungen, Brüche und Widersprüche innerhalb dieser hegemonialen Struktur, das den Ausgangspunkt feministischer Politik bildet als das Bild von ,,einer leeren Stelle der Macht".

Unter dem Gesichtspunkt einer ,,Verschränkung verschiedener Machtebenen" ist dann aber z.B. der Zugewinn an Handlungsspielraum, den die neue Frauenbewegung durch die Ausweitung des Politischen gewonnen hat, nicht gradlinig als fortschreitender Demokratisierungsprozeß zu verstehen. Einmal abgesehen davon, daß das Private natürlich nicht erst seit 1969 ,,politisch" war, sondern als Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien- und Sexualpolitik zum klassischen Kanon obrigkeitsstaatlicher Politik gehörte, ist der Aufbruch der Frauen in den siebziger und achtziger Jahren nur auf dem Hintergrund struktureller Verschiebungen im Verhältnis von Produktion und Reproduktion, Öffentlichkeit und Privatheit, Staat und Familie zu verstehen, die eine Modernisierung des Geschlechterverhältnisses unabdingbar machten und neue Formen gesellschaftlicher Zugriffe auf Frauen hervorbrachten (vom Paragraph 218 zu den Gen- und Reproduktionstechnologien z.B.). Erst aus dem komplexen Zusammenhang von strukturellen Veränderungen, Legitimationsbrüchen und politischen Lernprozessen sowohl bei den sozialen Bewegungen wie bei ihren Kontrahenten lassen sich dann sinnvolle Erklärungen für die Spielräume und Schranken aktueller feministischer Politik finden. Ein Politikkonzept, das von einer autonomen Sphäre des Politischen ausgeht, wird sich mit einer Analyse derartiger Interdependenzen schwertun.

Innere Grenzen der Zivilgesellschaft

Mein *dritter Einwand* bezieht sich auf das Problem der inneren Grenzen der Zivilgesellschaft, auf die ihr inhärenten Ausschlußprozesse entgegen dem Postulat der prinzipiellen Offenheit und Unabgeschlossenheit. A. Demirovic hat auf die Selektionsmechanismen hingeweisen, die in den impliziten professionalisierten Rationalitätsstandards und in ,,der Anschlußfähigkeit öffentlicher Kommunikationen an staatlichen Entscheidungen" steckt (Das Argument, 185/1991). Ich denke, daß dieses Argument für Frauen nocheinmal verschärft werden muß. Denn es geht bei dem Ausschluß und der Separation von Frauen aus der Öffentlichkeit nicht nur um die sattsam bekannte Problematik repräsentativer Mechanismen oder um den sukzessiven Einschluß immer neuer Randgruppen und Minderheiten, sondern um die *strukturelle Ausgrenzung der Hälfte der Bevölkerung*, die bis in die Konstruktionsprinzipien des symbolischen Raums der öffentlichen Kommunikation hineinreicht. Rödel u.a. argumentieren aber immer in einem simplen Mehrheits/Minderheits-Modell, das Strukturbrüche dieser Art gar nicht wahrnimmt. ,,Wenn Minderheiten mißachtet oder ausgeschlossen werden, wird damit auch das Gründungsversprechen revoziert und es den Betroffenen unter Umständen unmöglich gemacht, für die Verfassung einzustehen." In der Tat. Frauen machen alltäglich die Erfahrung, daß das ,,Gründungsversprechen" für sie auch heute noch heißt: Partizipation nur um den Preis der Verleugnung ihrer Differenz. Oder noch deutlicher: ,,Die Ahnenreihe der Ausgeschlossenen reicht von den Besitzlosen, Frauen, Arbeitern und Unmündigen bis hin zu anderen (!) politischen, ethnischen und religiösen Minderheiten."

Im gleichen Atemzug wird vor einer Usurpation der Macht durch die Minderheiten gewarnt, die darauf abzielen, nun ihrerseits ,,die öffentliche Sphäre zu besetzen und den Zugang nach dem Freund-Feind-Schema zu kontrollieren." Und das, obwohl es der ,,Minderheit" der Frauen seit den Gründungsversammlungen der bürgerlichen Revolution nicht ein einziges Mal gelungen ist, in dem fröhlichen Wechselspiel von Mehrheiten und Minderheiten mitzuhalten. — Ich höre da eher die Beschwichtigungsversuche gegenüber den Schärfen des gegenwärtigen Geschlechterdiskurses heraus, in dem sich die Frauen mit den Kooptationmodellen eines modernisierten Patriarchats nicht mehr zufriedengeben (...ein bißchen Männerhaß steht jeder Frau, taramtamtam...).

Und schließlich scheint mir in der Auseinandersetzung um die Zivilgesellschaft zuwenig ernstgenommen zu werden, daß das aktuelle Konzept an der gesellschaftlichen Realität der sich auflösenden ,,Volksdemokratien" Osteuropas entwickelt wurde, in denen es überhaupt erst einmal darum ging, politische Handlungsspielräume gegenüber einem autoritär-bürokratischen Staat zu eröffnen und zu sichern. In diesem Sinne ist der Begriff nicht zuletzt ein politisches Programm, dessen emphatischer Gehalt sich meines Erachtens nicht bruchlos auf die politischen Konstellationen der westlichen Kapitalismen übertragen läßt. Denn während die Chance des osteuropäischen Aufbruchs in die Zivilgesellschaft gerade darin besteht, daß die alten hegemonialen Strukturen auf der ganzen Linie zusammengebrochen sind, haben wir es hier mit rasanten Modernisierungsprozessen zu tun, in denen die neuen sozialen Bewegungen als potentielle Träger eines politischen ,,Aufschwung West" ihre Spielräume sowohl gegen strukturelle Barrieren wie gegen die Übergriffe modernisierter Herrschaftstechniken verteidigen müssen.

Foto: Christa Donner, Frauenkalender 1992

Daß diese unterschiedlichen Frontstellungen und die sich daraus ergebenden politischen Identitäten nur schwer auf einen Nenner zu bringen sind, zeigt sich nicht zuletzt an den Serien von Miß- und Unverständnissen und den mehr als mühsamen Kommunikationsprozessen zwischen den osteuropäischen Bürgerbewegungen und den westlichen neuen sozialen Bewegungen. Bürger ist eben nicht gleich Bürger; und das gilt natürlich auch für die Frauenbewegung.

Ihre offensichtliche Schwäche in der aktuellen Auseinandersetzung um den § 218, in der sie auf ihrem ureigenen politischen Territorium die Initiative fast vollständig an die etablierten Parteien abgegeben hat, rührt u.a. daher, daß es ein eklatanter Unterschied ist, ob die Ostdeutschen Frauen die Abtreibungsproblematik primär auf dem Hintergrund einer schonungslosen Überarbeitung in Produktion und Familie oder die Westfrauen unter der Perspektive einer Vervielfältigung weiblicher Lebensentwürfe sowie neuartiger Kontrollstrategien diskutieren.

Wie es so schön heißt: die Einheit, auch die der sozialen Bewegungen gibt's eben nicht zum Nulltarif; und ob das Konzept der *Zivilgesellschaft* der adäquate Sammelfahrschein ist, daran habe ich (s.o) erheblichen Zweifel. ■

Sylvia Kontos lehrt als Sozialwissenschaftlerin an der FH Wiesbaden.

Anmerkung: *Alle Zitate beziehen sich auf Rödel/Frankenberg/Dubiel, Die demokratische Frage, Frankfurt 1991.*

Kulturpolitik im Transformationsprozeß Osteuropas

Zu diesem Thema veranstaltet die evangelische Akademie Loccum in Kooperation mit dem Europarat in Brüssel und der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. das 37. Loccumer kulturpolitische Kolloquium. Im Sommer 1991 fand in Krakau das erste KSZE-Kultur-Symposium statt. Die Delegierten verabschiedeten dort ein Dokument, das künftig die Grundlage der gemeinsamen Kulturpolitik in Europa sein wird. Die Tagung setzt sich damit auseinander, wie sich die Forderungen des KSZE-Symposiums, vor allem zum Komplex ,,Kultur und Freiheit'' in kulturpolitisches Handeln in den Ländern Ost- und Mitteleuropas umsetzen lassen. Dabei sollen folgende Fragen diskutiert werden: kann Kulturpolitik zum Prozeß der Demokratisierung und Modernisierung beitragen? Wo sind Ost-West-Kooperationen von Verbänden, Kommunen und anderen Gremien erforderlich und wie können sie organisiert werden?
Termin: 21. - 23. Februar 1992
Ort: Ev. Akadmie Loccum
Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, Frau Daniel, 3056 Rehburg-Loccum

Ansätze einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft

Unter diesem Titel veranstaltet die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit der Grünen Liga und INKOTA einen bundesweiten Kongreß im Januar 1992 in Dresden. Seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus reden einige vom ,,Ende der Geschichte''. Aber der Nord-Süd-Gegensatz, die Gefahren globaler ökologischer Katastrophen und der Zerfallsprozeß in Osteuropa wachsen weiter. Eine Neuordnung der Weltwirtschaft steht deshalb drin-

gend an. Durch das Scheitern der Planwirtschaft wird die Debatte über Lösungswege nicht mehr vom alten ideologischen Systemgegensatz überlagert. Darin sieht der Kongreß die Chance und Herausforderung für die Suche nach neuen weltwirtschaftlichen und politischen Leitbildern. Der Kongreß versteht sich nicht als ExpertInnensymposium, sondern als offenes Diskussionsforum für wirtschaftspolitisch Interessierte und Engagierte.
Termin: 17. - 19. Januar 1992
Ort: Dreden, Dreikönigskirche, Hauptstr. 23
Schriftl. Anmeldung an: Ökumenisches Informationszentrum, Claudia Greifenhahn, Kreuzstr. 7,
O — 8010 Dresden,
Tel.: 003751/49 52 190

Mehr Freiheit für Hochschulen

Über Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Probleme der Hochschulautonomie veranstaltet die evangelische Akademie Loccum im Frühjahr 1992 eine Tagung. Das Verhältnis von Hochschulen und Staat ist — wieder einmal — in die Diskussion gekommen. Die staatliche Regulierung wird immer stärker als disfunktional beurteilt. In einer Reihe von europäischen Ländern wurde inzwischen eine Deregulierung in Gang gesetzt. Diese Bestrebungen gibt es auch in Deutschland. Am Beispiel Niedersachsens soll auf dieser Tagung Institutionen, Gruppen und der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben werden, die in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen und Probleme zu diskutieren.
Termin: 14. - 16. Februar 1992
Ort: Ev. Akademie Loccum
Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, Frau Daniel, 3056 Rehburg-Loccum

Die Dritte Welt und wir

Veranstalter des Kongresses ist die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt der Universität Osnabrück, äußerer Anlaß das zehnjährige Bestehen des Colloquim Dritte Welt, das von der Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem ortsansässigen Aktionszentrum 3. Welt, terre des hommes, dem DGB und der Ländlichen Erwachsenenbildung (LEB) getragen wird. Im Rahmen dieses Colloqiums ist in fast zehn Jahren ein breites Spektrum grundsätzlicher wie aktueller Probleme der Entwicklungsländer von über 170 ReferentInnen — zum Teil aus Wissenschaft und Forschung, aber auch aus der entwicklungspolitischen Praxis und der Solidaritätsarbeit — abgehandelt und diskutiert worden. Das Vorhaben eines interdisziplinären und praxisbezogenen Dritte Welt-Kongresses knüpft inhaltlich an die im Colloqium Dritte Welt gemachten positiven wie negativen Erfahrungen an.

In insgesamt 18 Arbeitsgruppen, welche die wesentlichen die öffentliche Diskussion bewegenden Themenkreise abdecken (regionale Hungerkatastrophen, globale Verschuldung, Umweltzerstörung, sinkende Rohstoffpreise, Nationalismus und Regionalkriege, regionale/globale Umweltkatastrophen, Bevölkerungsentwicklung, Migrationsströme) soll unter folgenden Fragestellungen diskutiert werden:
- Gibt es für die Dritte Welt Alternativen im oder zu den bestehenden Entwicklungsmodellen?
- Welche Rolle spielen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland/EG in bezug auf die Verursachung wie auf die Lösung der drängenden Probleme der Dritten Welt?
- An welchen Maßstäben orientiert sich die entwicklungspolitische Praxis und wie bemißt sich deren entwicklungspolitische Relevanz?
- Was sind die zukünftig dringendsten Aufgaben für Wissenschaft und Praxis?

Termin: 5. - 8. Oktober 1992
Ort: Osnabrück
Nähere Informationen: Arbeitsgruppe Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt, z.Hd. Birgit Sommer, Universität Osnabrück FB 1, Seminarstr. 33, 4500 Osnabrück, Tel.: 0541/969-4616

Leserbrief zu *links* Nr. 258

Auf Auf zur linken Inquisition

Den Leserbrief von Anonymus finde ich dermaßen anmaßend, daß ich mir eine Antwort nicht verkneifen kann.

Auch die Säkularisierung linker TheoretikerInnen, die Kanonisierung ihrer theoretischen Arbeiten und Ausgrenzung und Vernichtung von ,,RenegatInnen'' hat den Untergang des ,,realsozialistischen'' Systems bewirkt. Kleinbürgerlich ist nicht eine kritische Auseinandersetzung mit deren Werken, sondern eine Absolutheitserklärung ihrer, wenn auch noch so genialen Ideen. Bekanntlich sind aber Genies Menschen, die auch Fehler machen dürfen, und keine GöttInnen, die an jeder Gemarkungsgrenze angebetet werden sollen. Wenn es eine Linke nicht schafft, sich dem Schubladendenken zu entziehen, bedeutet dies ihren politischen Untergang. QuerdenkerInnen sollten demnach nicht wie Ketzer behandelt werden, sondern ich halte es für sinnvoll, sich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen. Falsche ProphetInnen sind diejenigen, die Versatzstücke linker TheoretikerInnen für eigene Machtgelüste mißbrauchen und sich hinter Worthülsen verstecken. Es ist bedauerlich, daß einige ,,GenossInnen'' nicht begreifen wollen, daß jede antikapitalitische Utopie für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. **JOACHIM ZOEPF**

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665 und Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 13, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 255 September 1991
23. Jahrgang W: DM 6,—/O: DM 4,—

HEADLINE: Oktober 1990

MOSKAU NEWS

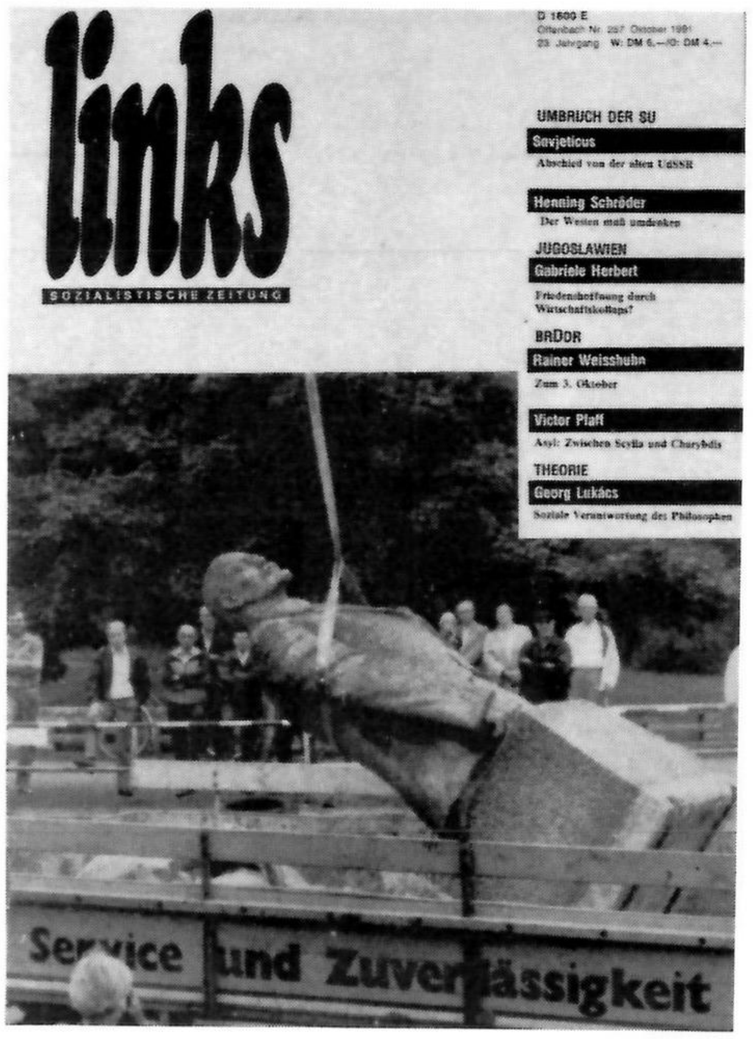
Deutschsprachige Ausgabe

Nr. 10 / Okt. 1990 Diese sowjetische Zeitung erscheint in 9 Sprachen und wird in 140 Ländern verbreitet 2,50 DM

Droht der Sowjetunion ein Militärputsch?

Am Tag X rollen die Panzer der Roten Armee zum Kreml

Sovjeticus: Hintergründe des gescheiterten Putsches — Mohssen Massarrat: Krieg am Golf. Ein Jahr danach — Renate Hürtgen: Zwei Varianten eines Grundverhältnisses — Lothar Baier: Rede zum Tod von Traugott König — Hans-Joachim Maaz: Sozialpsychologische Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung


links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 257 Oktober 1991
23. Jahrgang W: DM 6,—/O: DM 4,—

UMBRUCH DER SU
Sovjeticus
Abschied von der alten UdSSR

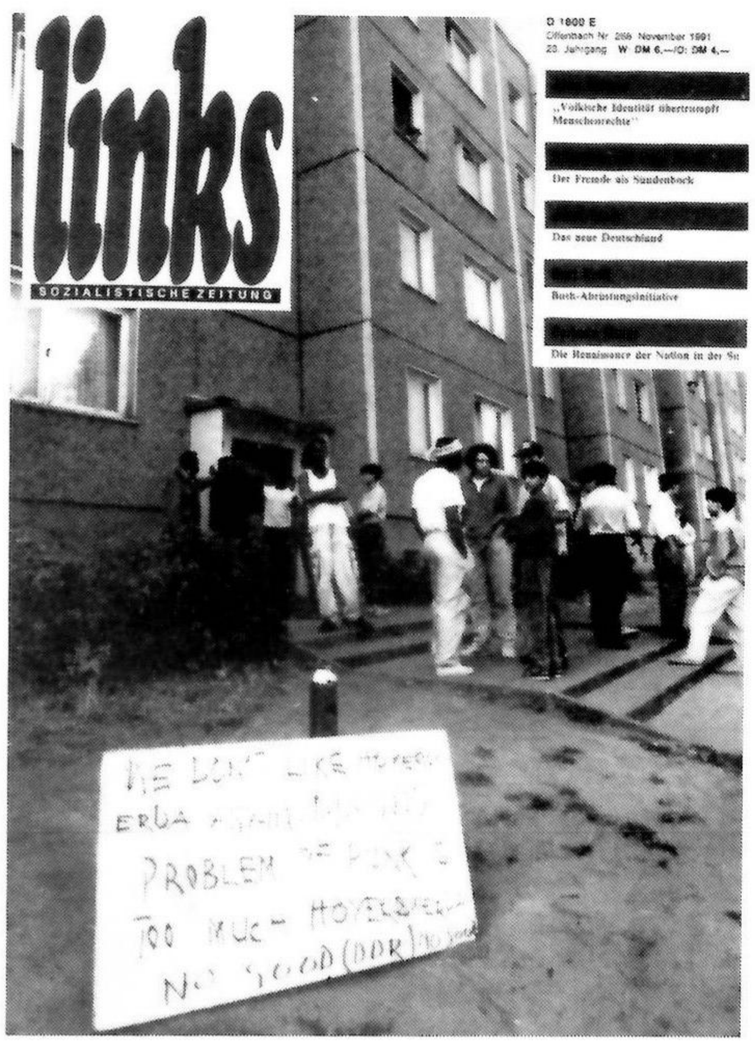
Henning Schröder
Der Westen muß umdenken

JUGOSLAWIEN
Gabriele Herbert
Friedenshoffnung durch Wirtschaftskollaps?

BRDDR
Rainer Weisshuhn
Zum 3. Oktober

Victor Pfaff
Asyl: Zwischen Scylla und Charybdis

THEORIE
Georg Lukács
Soziale Verantwortung des Philosophen


links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 259 November 1991
23. Jahrgang W: DM 6,—/O: DM 4,—

„Volkliche Identität übertreumpft Menschenrechte"

Der Fremde als Sündenbock

Das neue Deutschland

Bush-Abrüstungsinitiative

Die Renaissance der Nation in der Sit

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Zerfall der Sowjetunion, zum Bürgerkrieg in Jugoslawien, zur vergrößerten Bundesrepublik und zur Problematik des Rassismus.
Kostenlose Probeexemplare senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.

Achtung!

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name Vorname

Straße, Hausnummer PLZ u. Wohnort

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank Datum

Das Abo erhält:

Name Vorname

Straße, Hausnummer PLZ u. Wohnort

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7

BUCHLÄDEN